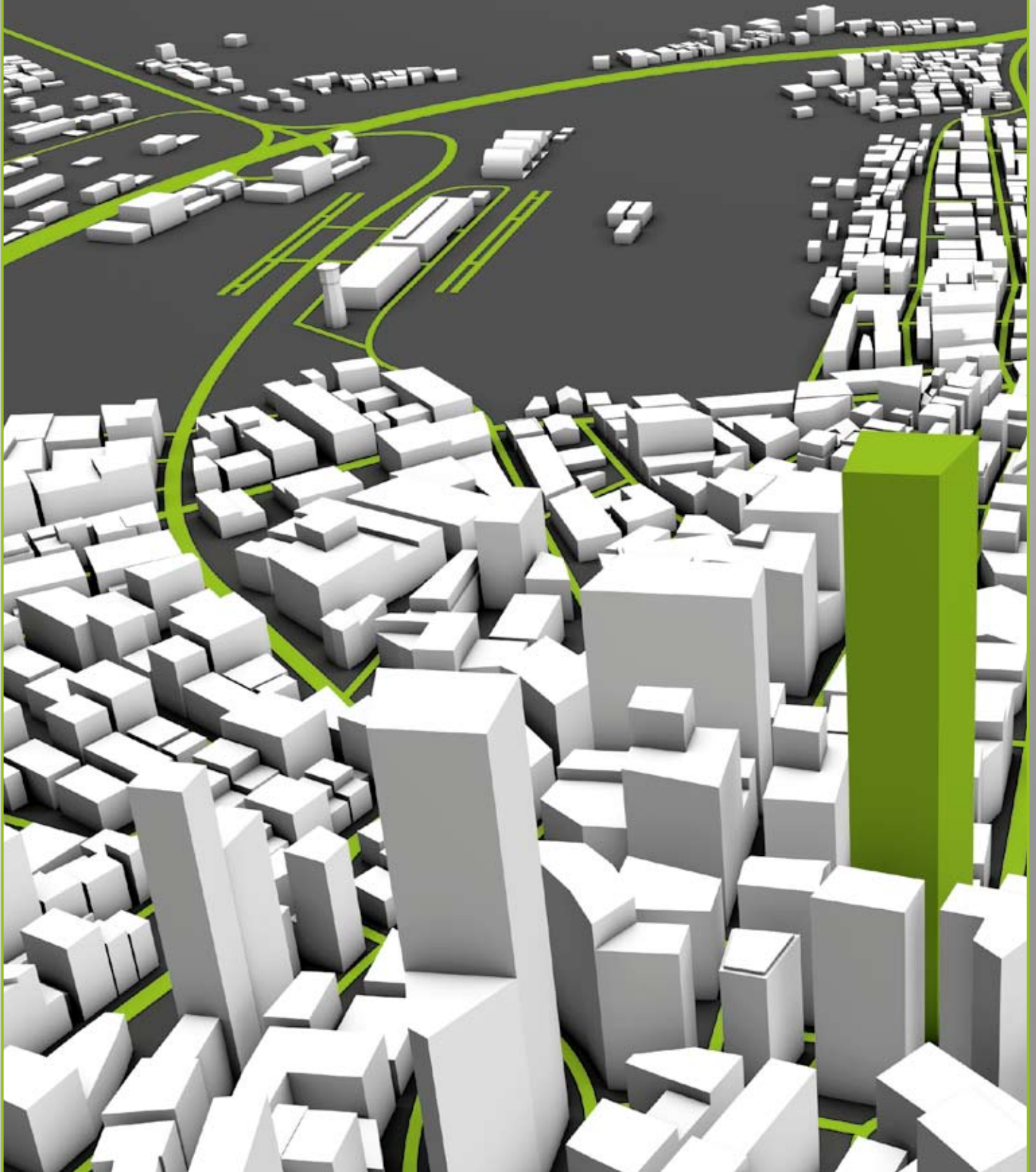


Geschäftsbericht 2010

PUBLIC SECTOR FINANCE
REAL ESTATE FINANCE

pbb

DEUTSCHE
PFANDBRIEFBANK



Inhaltsverzeichnis

Lagebericht	3
Geschäftstätigkeit und Rahmenbedingungen	3
Wirtschaftsbericht	17
Nachtragsbericht	21
Risikobericht	22
Prognosebericht	62
Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2010	69
Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2010	70
Bilanz zum 31.12.2010	71
Anhang	73
Versicherung der gesetzlichen Vertreter	107
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	108

Lagebericht

Geschäftstätigkeit und Rahmenbedingungen

Gesamtwirtschaftliche Lage

Nach dem konjunkturellen Rückschlag im Jahr 2009 hat sich die wirtschaftliche Lage im Berichtsjahr weltweit deutlich stabilisiert. Dabei sind große Unterschiede zwischen einzelnen Ländern festzustellen. Mit einem Wachstum von 3,6% konnte sich Deutschland weitgehend dem Niveau der wirtschaftlichen Aktivität vor der Krise annähern. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass auch der Rückgang im Jahr 2009 in Deutschland besonders stark ausgeprägt war. Im besonderen Fokus standen aufgrund ihrer hohen Staatsverschuldung die Länder Portugal, Italien, Irland, Griechenland und Spanien. Bei den drei letztgenannten war im zweiten Jahr in Folge ein Rückgang des realen Bruttoinlandsproduktes zu verzeichnen. Darüber hinaus standen weitere Staaten und Regionen auch außerhalb des Euroraumes und Europas aufgrund ihrer Verschuldung von den Finanzmärkten und Ratingagenturen in einem besonderen Fokus. Die Ursachen dafür sind jedoch unterschiedlich. Irland hat vor allem mit einem relativ zur Größe der Realwirtschaft überdimensionierten und in Schieflage geratenen Bankensektor zu kämpfen, während in Griechenland fiskalische Probleme im Vordergrund stehen. In Spanien sind die Auswirkungen einer platzenden Immobilienblase und der schwierige Arbeitsmarkt die Hauptprobleme.

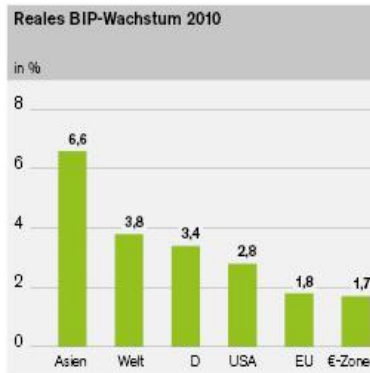
Sehr gut aus der Krise gekommen sind die asiatischen Volkswirtschaften, allen voran China, das im Jahr 2010 mit 10,3% wieder ein zweistelliges Wachstum verbuchen konnte. Die USA erreichten auf einem Wachstum von 2,9% wieder das Vorkrisenniveau der wirtschaftlichen Aktivität; allerdings verharrte die Arbeitslosenquote in den USA auch im Jahr 2010 auf einem Niveau knapp unterhalb der 10%-Marke.

Die auf der makroökonomischen Ebene wichtigste Politikmaßnahme im Berichtsjahr war die Kombination einer weiterhin weltweit expansiven Geldpolitik mit einem »Rettungsschirm« für Länder in fiskalischer Bedrängnis auf europäischer Ebene. Der Rettungsschirm, an dem sich nationale Regierungen, die EU und auch der Internationale Währungsfond beteiligen, wurde notwendig, um angesichts immer größer werdender Risikoaufschläge die fiskalische Handlungsfähigkeit einzelner Staaten – bislang insbesondere Griechenland und Irland – zu erhalten. Trotz des Volumens des Rettungsschirms von insgesamt rund 750 Mrd. € hat er bislang deutliche Rückstufungen der Bonität einzelner Länder und damit auch entsprechende Risikozuschläge bei den Zinsen nicht verhindert. Dennoch sind die Zinsunterschiede beispielsweise zwischen Griechenland und Deutschland deutlich moderater als vor der Einführung des Euro.

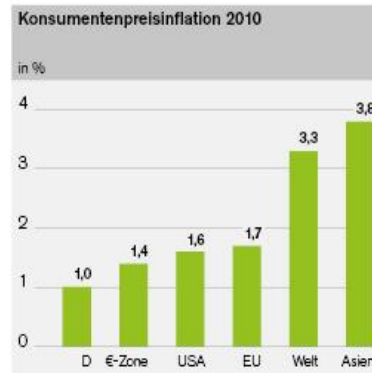
Im Bereich der Geldpolitik wurde im Berichtsjahr der bereits 2009 begonnene Weg einer quantitativen Lockerung weiter beschritten. Im Mai 2010 gab die Europäische Zentralbank (EZB) bekannt, erstmals auch griechische Staatsanleihen mit geringerer Bonität als Sicherheiten für die üblichen liquiditätszuführenden Maßnahmen zu akzeptieren. Zeitgleich griff die EZB erstmals durch Ankäufe von Staatspapieren stabilisierend in diese Märkte ein. Noch stärker als in Europa wurde in den USA die Geldpolitik der quantitativen Lockerung verfolgt. Im November 2010 hat das Federal Reserve System angekündigt, bis Mitte 2011 Staatsanleihen im Wert von ca. 600 Mrd. US-\$ zu kaufen und damit die Geldmenge weiter ansteigen zu lassen. Trotz dieser Maßnahmen sind im Jahr 2010 die Inflationsraten sowohl in Europa als auch in den USA unter der Marke von 2% geblieben.

Der Wechselkurs des Euros zum Dollar hat sich im Laufe des Jahres recht uneinheitlich entwickelt. Haben in der ersten Jahreshälfte 2010 die Sorgen um die (fiskalische) Stabilität einiger Länder in der Eurozone noch zu einem Rückgang des Euro von 1,44 \$/€ auf knapp 1,20 \$/€ geführt, stieg der Euro bis Anfang November wieder auf über 1,40 \$/€ und beendete das Berichtsjahr mit knapp 1,33\$/€. Ähnlich starke Schwankungen gab es auch zwischen dem Euro und den anderen wichtigen Währungen. Gegenüber dem Schweizer Franken verlor der Euro im Jahresverlauf 2010 mehr als 15%.

Die Fiskalpolitik war durch die in der Krise 2008/2009 beschlossenen Stützungsmaßnahmen in den meisten Ländern auf einem noch deutlich expansiven Kurs mit entsprechend hohen staatlichen Defiziten. Die notwendige Haushaltskonsolidierung zwingt aber immer mehr Staaten, dieses konjunkturpolitische Mittel deutlich weniger aggressiv einzusetzen. Das offenbar wieder gestiegene Risikobewusstsein auf den (Finanz-) Märkten und die damit einhergehenden international unterschiedlichen Risikoaufschläge trugen und tragen zu dieser Entwicklung bei.



Quelle: EIU, Abfrage über Datastream



Quelle: EIU, Abfrage über Datastream



Quelle: OECD, Economic Outlook No. 88, 11/2010

Branchenspezifische Rahmenbedingungen

Gesamtsituation der Bankbranche

Die Lehren, die aus der Finanzkrise zu ziehen sind, und die damit verbundenen Konsequenzen für die Bankenbranche, waren die dominierenden Themen des Jahres 2010. Die neuen Basel-III-Vorschriften, die für eine bessere Eigenkapitalausstattung der Branche sorgen sollen, führten bereits zu intensiven Überlegungen über Möglichkeiten der Eigenkapitalbeschaffung.

Viele Staaten verschärften die Regelungen der Finanzbranche, um das Risiko künftiger Krisen zu verkleinern. Einige Länder führten zum Beispiel eine separate Bankenabgabe ein, um die umfangreichen staatlichen Unterstützungszahlungen von der Bankbranche zurückzuerhalten oder um Rücklagen für zukünftige Krisen zu bilden. In Europa haben die Banken bisher nur einen Teil der erhaltenen Unterstützung zurückgezahlt. Auch wurden keine verstaatlichten Banken reprivatisiert. In den USA ist das bereits bei der Mehrzahl der Institute gelungen.

Im Tagesgeschäft hatten einige Banken Probleme, bei denen Kredite zur Refinanzierung anstanden, deren Sicherheiten eine geringere Werthaltigkeit aufwiesen, als zum Zeitpunkt der Kreditausreichung. Belastend wirkten auch Portfolios mit Staatsanleihen aus europäischen Staaten im besonderen Fokus, da für diese Anleihen aufgrund der erwähnten Markturbulenzen zusätzliche Sicherheiten gestellt werden mussten.

Finanzierung des öffentlichen Sektors

Die Euro-Krise hat im Jahr 2010 die Sensibilität der Finanzmärkte für finanzpolitische Risiken geschärft. Die Finanzmärkte bewerteten die konkreten Haushalts- und Budgetzahlen der einzelnen Volkswirtschaften, wodurch die finanzpolitischen Risiken der Staaten in den Mittelpunkt rückten. Diese erhöhte Aufmerksamkeit vor allem in Europa hat alle Volkswirtschaften - nicht nur die durch ein hohes Staatsdefizit in den Fokus geratenen Staaten - dazu veranlasst, Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung zu definieren und zu kommunizieren. Ein besonderes Augenmerk liegt auf Spanien aufgrund der Größe seiner Volkswirtschaft. Die spanische Regierung hat zusätzliche Konsolidierungsmaßnahmen angekündigt und eine Arbeitsmarktreform eingeleitet. Frankreich und Großbritannien haben ebenfalls Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung beschlossen. Der britische Nothaushalt wurde generell positiv aufgenommen. Frankreich hat sich ebenfalls Konsolidierungsmaßnahmen auferlegt, um ein Ansteigen der Verschuldungsquote zu stoppen und so sein AAA-Rating nicht zu gefährden. Viele der am stärksten betroffenen Volkswirtschaften können sich nur zu deutlich höheren Zinssätzen refinanzieren und sind auf multilaterale Finanzierung (Internationaler Währungsfonds, Finanzausgaben der EU) angewiesen. Es wird in zweierlei Hinsicht entscheidend sein, die finanzpolitischen Ziele zu erfüllen: zur Sicherung der Liquidität und der Bonität. Unruhige Märkte haben dazu geführt, dass Kunden aus Ländern strategischer Kernmärkte, wie zum Beispiel Spanien, versucht haben, ihren Finanzierungsbedarf für das Jahr 2010 abzudecken, und deshalb schneller und mit größeren Beträgen an den Markt gegangen sind. Die Märkte für gedeckte Schuldverschreibungen sind (im Vergleich zu den Margen-Entwicklungen bei Staatsanleihen) relativ stabil geblieben. Auch vor dem Hintergrund von Zentralbankkäufen zur Stützung der Märkte haben sich die gesamten Emissionsvolumina positiv entwickelt (höher als in den Vorjahren), da öffentliche

Papiere mit besserem Rating und andere konservative Anlageformen (insbesondere Pfandbriefe) im gegenwärtigen Umfeld für ein breiteres Investorenspektrum attraktiv werden.

Immobilienfinanzierung

Die unerwartet positiven Konjunktorentwicklungen im Jahr 2010 haben sich stabilisierend auf die für die Bank relevanten Immobilienmärkte ausgewirkt. Wichtige Haupt- und Nebenimmobilienmärkte bzw. – Branchen erhielten durch steigendes Investoreninteresse wieder Wachstumsimpulse, die sich in steigenden Transaktionsvolumina auswirkten. Andererseits leiden die gewerblichen Immobilienmärkte immer noch unter gesunkenen Mieten, hohen Leerstands niveaus und stagnierenden Kaufpreisen. Das Investoreninteresse wies eine starke Fokussierung auf das Premium- bzw. Qualitätssegment des Immobilienmarktes auf.

Der deutsche Markt für Gewerbeimmobilien hat sich im Jahr 2010 gegenüber dem Vorjahr positiv entwickelt. Insbesondere auch aufgrund der Rückkehr von ausländischen Investoren konnte 2010 in Deutschland ein Transaktionsvolumen von rund 18 Mrd. € realisiert werden, wenn auch begünstigt durch größere Einzeltransaktionen. Das niedrige Zinsniveau und der Wirtschaftsaufschwung machten deutsche Immobilien attraktiv für institutionelle Investoren, wie offene und geschlossene Fonds, Finanzinvestoren, Pensionskassen und Stiftungen. Das Interesse der Käufer konzentrierte sich stark auf Immobilien in guten bis sehr guten Lagen, mit solventen Mietern und lang laufenden Mietverträgen. Dabei wurde in Deutschland das Segment Büro und Einzelhandel besonders bevorzugt. Auch im restlichen Europa hat sich die Nachfrage nach Gewerbeimmobilien im Jahr 2010 erhöht. Großbritannien hat die Erholung der europäischen, gewerblichen Immobilienmärkte angeführt und insbesondere aufgrund der Nachfrage ausländischer Investoren eine Erholung 2010 erzielt, wenngleich sich die Erholung im zweiten Halbjahr 2010 deutlich verlangsamt hat. In Frankreich konnte der gewerbliche Investmentmarkt im Jahr 2010 besonders deutlich zulegen, während in Spanien die Erholung der gewerblichen Immobilienmärkte weiter auf sich warten lässt.

Der deutsche Wohnungsbau konnte im Jahr 2010 wieder wachsen. Nach einer längeren Talsohle stieg die Zahl der Baugenehmigungen wieder deutlich an. Dank einer erhöhten Wohnungsnachfrage in den Ballungsräumen, entstehen in den Großstädten und Zuzugsregionen derzeit neue Wohnquartiere. Im Neubau folgen die Fertigstellungszahlen der Entwicklung erst mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung. Dieser Nachfrageüberhang dürfte vor allem in den Ballungszentren zu steigenden Mietpreisen führen. Gleichwohl das Interesse von institutionellen Investoren stärker wurde, entfiel der Großteil des Wohnungsneubaus 2010 auf die private Wohneigentumsbildung.

Die Verunsicherung im Immobilienvermietungs geschäft nach der Wirtschaftskrise wich 2010 in einen vorsichtigen Optimismus. Das Mietniveau für die wichtigsten gewerblichen Objektarten in Deutschland gab nur moderat nach, beziehungsweise stabilisierte sich sogar im Jahr 2010. Auch wenn der Tiefpunkt durchschritten zu sein scheint, ist es zu früh von einer vollständigen Entspannung zu sprechen. Zwar wurden wieder mehr Büros in Deutschland vermietet, doch waren diese Vermietungen teilweise nur Flächenverschiebungen, der Leerstand an einzelnen Standorten bleibt noch hoch. Die britische Wirtschaft stabilisiert sich bislang trotz der Haushaltskonsolidierung weiter. Die Immobilienmärkte konnten davon in unterschiedlichem Ausmaß profitieren. Vor allem die Mieten im Büroimmobilienmarkt London konnten sich seit ihrem Tiefstand wieder deutlich erholen, die Spitzenmieten sind im europäischen Vergleich wieder am schnellsten gestiegen. Mieten für bevorzugte Lagen im Großraum Paris konnten sich ebenfalls weiter stabilisieren. In Madrid und Barcelona sinken hingegen auch die Spitzenmieten weiterhin. Dieser Trend dürfte anhalten.

Die Leerstände in Deutschland haben im Jahr 2010 erwartungsgemäß weiter leicht zugenommen. Die vorhandene Angebotsreserve, insbesondere an Büroflächen, drückte auf die Märkte und führte zu einem mehr als ausreichenden Flächenangebot. Das Gesamtangebot an kurzfristig verfügbaren Flächen wird – ungeachtet reduzierter Fertigstellungsvolumina – nicht markant sinken. Aufgrund der positiven wirtschaftlichen Entwicklung verbessern sich allerdings die Vermarktungschancen für moderne Gebäude mit einer entsprechenden Ausstattung in guten Lagen. Die Leerstandsraten in Großbritannien gingen im Jahr 2010 weiter zurück, insbesondere in den stadtnahen Büromärkten in London. In Frankreich sind die Leerstände leicht gestiegen mit Ausnahme des Großraumes Paris, wo insbesondere im Bürobereich sich die Leerstände nicht weiter erhöht haben. In Spanien haben sie sich in allen Segmenten weiter erhöht.

In Deutschland wird der Markt in der gewerblichen Immobilienfinanzierung derzeit von regionalen/nationalen Anbietern beherrscht. In den anderen europäischen Ländern traten internationale Immobilienfinanzierer verstärkt als Wettbewerber auf. Gleichzeitig ist zu beobachten, dass deutsche Immobilienfinanzierer sich aus den Auslandsmärkten zurückziehen und sich auf den Heimatmarkt konzentrieren.

Der Wettbewerb ist bei kleineren und mittelgroßen Finanzierungen, insbesondere bei der Finanzierung von langfristig vermieteten Immobilien, sehr groß. Bei großen Finanzierungen ab rund 50 Mio. € haben Investoren teilweise Schwierigkeiten eine finanzierende Bank zu finden. Marktteilnehmer, die mit pfandbrieffähigen Finanzierungen den Investoren ein Angebot machen können, werden dieses Segment besetzen.

Der Verbriefungsmarkt hat sich im Jahr 2010 noch nicht erholt. Das Vertrauen der Investoren ist noch nicht zurückgekehrt. Der Gesetzgeber hat durch die Änderung der Eigenkapitalvorschriften zur Verbriefung von Krediten und zur Investition in Verbriefungen einen europäischen Regelungsrahmen geschaffen. Inwieweit diese neuen Regelungen das Vertrauen der Kapitalmärkte wiederherstellen, muss sich zeigen.

Refinanzierungsmärkte

Die Refinanzierungsmärkte zeigten sich 2010 sehr volatil. Zu Beginn des Jahres stabilisierte sich der Markt und es konnten einige erfolgreiche Benchmark Transaktionen durchgeführt werden. Mit der zunehmenden Verschlechterung der Situation in Griechenland und Irland, nahm die Emissionstätigkeit sehr stark ab und es konnten nur noch vereinzelt und in engen Zeitfenstern Emissionen durchgeführt werden. Mit der Ankündigung eines weiteren Ankaufprogramms durch die EZB, neben Covered Bonds kaufte die EZB auch Staatsanleihen, beruhigten sich die Märkte teilweise. Die verbleibende Unsicherheit schlug sich sowohl auf öffentliche Transaktionen als auch auf Privatplatzierungen nieder. Die Gründung des Europäischen Stabilisierungsfonds und weitere Stabilisierungsmaßnahmen beruhigten die Märkte weiter und führten zu einer Wiederbelebung der Refinanzierungsmärkte. Das Ergebnis der hohen Volatilität 2010 war bei den meisten Emittenten eine Erhöhung der Zinsaufschläge für die Refinanzierung.

Der Pfandbrief bleibt daher ein wesentliches Refinanzierungsinstrument der Banken im Jahr 2011. Die Bedeutung der gedeckten Finanzierung wird weiterhin sehr hoch bleiben.

Wesentliche rechtliche Rahmenbedingungen

Im Dezember 2010 hat der Gesetzgeber mit dem Restrukturierungsfondsgesetz (RStruktFG) weitere Möglichkeiten zur Stabilisierung des Finanzmarktes durch Überwindung von Bestands- und Systemgefährdungen geschaffen. In diesem Zusammenhang hat der Gesetzgeber zugleich das Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz (FMStFG) ergänzt und die Möglichkeiten des Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin) im Zusammenhang mit der vom SoFFin im Zuge der Finanzkrise gewährten Stabilisierungsmaßnahmen (Kapitalzuführungen, Garantien etc.) präzisiert, insbesondere um bestehende Beteiligungen des SoFFin bestmöglich wieder privatisieren zu können. Mit der Novelle des KWG aufgrund der Änderungen der Bankenrichtlinie und der Kapitaladäquanzrichtlinie (kurz: CRD II) wurden ab dem 31. Dezember 2010 die aufsichtsrechtlichen Anforderungen gegenüber der Banken verschärft. Im wesentlichen betreffen die Änderungen die Großkreditvorschriften (Wegfall der Anrechnungserleichterungen von Interbankenforderungen und Erweiterungen der Definition von Kreditnehmereinheiten), die Anerkennung hybrider Kernkapitalbestandteile und das Verbriefungsregelwerk. Durch die damit einhergehende Begrenzung der Kreditvergabe soll das Risiko der Banken weiter eingeschränkt werden.

Unternehmensspezifische Rahmenbedingungen

Organisatorische und rechtliche Struktur der Deutschen Pfandbriefbank AG

Die Deutsche Pfandbriefbank AG ist die strategische Kernbank des Konzerns Hypo Real Estate und befindet sich zu 100% im Eigentum der Hypo Real Estate Holding AG.

Unternehmensstrategie

Neugeschäft wird im HRE Konzern nur von der Deutschen Pfandbriefbank AG getätigt. Dabei konzentriert sich die Bank auf pfandbrieffähiges Neugeschäft in der Finanzierung des öffentlichen Sektors (Public Sector Finance) und der Immobilienfinanzierung (Real Estate Finance) mit geographischem Schwerpunkt auf Europa. Wesentlicher Erfolgsfaktor in der Neugeschäftsstrategie sind die zahlreichen und langjährigen Kundenverbindungen und der große Kundenstamm, welche die Basis für die im Jahr 2010 getätigten Neugeschäfte waren. Die Auswahl der Kreditgeschäfte erfolgt vor dem Hintergrund einer konservativen Refinanzierungsstrategie und den daraus resultierenden Anforderungen an den Umfang und die Qualität des Aktivgeschäfts. Im Mittelpunkt steht eine konsequente Risikoanalyse und die Konzentration auf Geschäft mit angemessenem Risiko-Ertrags-Verhältnis. Eine gezielte Vertriebssteuerung ermöglicht es, den Anforderungen der Investoren an die Qualität des Aktivgeschäfts gerecht zu werden.

Die Neugeschäftsstrategien dieser beiden Geschäftssegmente gestalten sich wie folgt:

Public-Sector-Finance-Neugeschäftsstrategie:

Das Neugeschäft des Public Sector Finance Geschäftsbereichs zielt vor allem auf primäres Kundengeschäft. Auf dem Sekundärmarkt wird die Bank nur aktiv sein, wenn dies zur Ergänzung oder Verbesserung der Portfoliostruktur notwendig ist. Der regionale Schwerpunkt liegt auf europäischen Ländern mit guten Ratings, in denen sich Aktivgeschäft über die Emission von Pfandbriefen refinanzieren lässt – aktuell konzentriert sich die Bank insbesondere auf Deutschland und Frankreich. Daneben ist die Bank auch in weiteren ausgewählten europäischen Ländern wie Belgien, Dänemark, Finnland, Italien, Luxemburg, den Niederlanden, Norwegen, Schweden, Spanien sowie Mittel- und Osteuropa tätig.

In der Finanzierung des öffentlichen Sektors bietet die Deutsche Pfandbriefbank AG ihren Kunden folgende Finanzierungsinstrumente und Beratungsdienstleistungen an:

- öffentliche Investitionsfinanzierungen
- Kommunal- und Staatsfinanzierungen
- Verbürgte Darlehen
- Finanzierung von Public-Private-Partnerships
- Spezialfinanzierungen mit Exportgarantie
- Spezialfinanzierungen - „Forfaitierung“ (Forderungsankauf)
- Zinssicherungsinstrumente

Real-Estate-Finance-Neugeschäftsstrategie:

Die Neugeschäftsstrategie im Bereich Real Estate Finance fokussiert sich auf professionelle nationale und internationale Immobilieninvestoren (wie z.B. Immobilienunternehmen, institutionelle Investoren, Immobilienfonds und darüber hinaus in Deutschland mittelständig und regional orientierte Kunden). Der Schwerpunkt liegt auf Investmentfinanzierungen in den pfandbrieffähigen europäischen Märkten, insbesondere Deutschland, Großbritannien und Frankreich sowie andere ausgewählte europäische Regionen, in denen die Deutsche Pfandbriefbank AG schon in der Vergangenheit aktiv war. Entwicklungsfinanzierungen werden selektiv und ohne spekulativen Charakter vorgenommen.

In der Immobilienfinanzierung bietet die Deutsche Pfandbriefbank AG ihren Kunden folgende Finanzierungsinstrumente:

- Finanzierung bestehender Immobilien
- Aufbaufinanzierung vorab verkaufter oder vermieteter Immobilien
- Länderübergreifende Portfoliofinanzierungen
- Zwischenfinanzierungen für Investitionen
- Ankauf-/Vorratslinien
- Derivate

Steuerungskonzept

Das Steuerungskonzept der Deutschen Pfandbriefbank AG ist darauf ausgerichtet, den Fortbestand des Unternehmens zu sichern und gleichzeitig langfristig den Unternehmenswert zu steigern. Im Vordergrund stehen bei bestandssichernden Maßnahmen die Sicherstellung der Liquidität und der Solvabilität sowie die Verbesserung des Risikofrüherkennungssystems. Bei der Liquiditätssteuerung steht die jederzeitige Fähigkeit im Vordergrund, alle fälligen Zahlungsverpflichtungen erfüllen zu können. Die Solvabilität, also die ausreichende Ausstattung mit Eigenkapital, wird auf Basis der aufsichtsrechtlichen Kennziffern Kernkapitalquote und Eigenmittelquote auf HRE-Konzernebene gesteuert. Die HRE steuert diese Quoten auch auf Basis von Szenarioanalysen, die zum Beispiel Ratingmigrationen oder Wechselkursveränderungen berücksichtigen. Bei der Steuerung des Eigenkapitals steht im Vordergrund, die bankaufsichtsrechtlichen Anforderungen sowie die Anforderungen der Ratingagenturen und Geschäftspartner an die Mindestkapitalisierung zu erfüllen. Darüber hinaus hat die Deutsche Pfandbriefbank AG bereits Vermögenswerte und Verbindlichkeiten an die FMS-Wertmanagement übertragen, welches zu einer Reduzierung der risikogewichteten Aktiva und entsprechender Steigerung der Kapitalquoten führte. Das Risikofrüherkennungssystem wurde nach der Krise der HRE überarbeitet; es ist ausführlich im Risikobericht dargestellt.

Gleichzeitig ist zur Realisierung der Reprivatisierbarkeit des Unternehmens ein Ertrag oberhalb der Kapitalkosten und zu diesem Zweck strikte Kostendisziplin erforderlich. Diese wird sowohl anhand der absoluten Kosten als auch mittels der Cost-Income-Ratio überwacht. Die Cost-Income-Ratio ist das Verhältnis zwischen dem Verwaltungsaufwand und den operativen Erträgen, bestehend aus dem Zinsüberschuss und ähnlichen Erträgen, dem Provisionsüberschuss, dem Handelsergebnis, dem Finanzanlageergebnis, dem Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen und dem Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge/Aufwendungen auf Basis der nach IFRS ermittelten Werte. Eine Verbesserung der Cost-Income-Ratio wird sowohl durch eine Reduzierung des Verwaltungsaufwandes im Zuge der Restrukturierung als auch durch zunehmendes Neugeschäft angestrebt. Die Steigerung des Unternehmenswertes ist gegeben, wenn die Eigenkapitalrentabilität einer Steuerungseinheit ihre Eigenkapitalkosten nachhaltig übersteigt. Zur Ermittlung der Eigenkapitalrentabilität wird der Jahresüberschuss nach IFRS in Beziehung zum durchschnittlichen Eigenkapital (ohne AfS-Rücklage und Cashflow-Hedge-Rücklage) gesetzt. Dabei stellen die Eigenkapitalkosten die rechnerischen Kosten für das Eigenkapital dar und geben den Grenzkostensatz für die bestehende und künftige Risikoprämiierung vor. Durch Vergleich der Eigenkapitalrentabilität mit den Eigenkapitalkosten werden das Neugeschäft und das bestehende Portfolio auf Rentabilität unter Berücksichtigung des ökonomischen Risikos untersucht.

Wesentliche Ereignisse

Liquiditätssichernde Maßnahmen

Die durch den SoFFin garantierten und von der Deutschen Pfandbriefbank AG zur Liquiditätsbeschaffung emittierten Wertpapiere umfassten bis Ende September 2010 ein Gesamtvolumen von rund 124 Mrd. €. Diese Garantien wurden im Rahmen des Portfoliotransfers vollständig an die FMS-Wertmanagement übertragen. Es bestehen keine Garantien des SoFFin für die Deutsche Pfandbriefbank AG mehr. Die Refinanzierung der Deutschen Pfandbriefbank AG erfolgt seitdem vor allem über bereits ausstehende Pfandbriefe und unbesicherte Emissionen. Für alle Liquiditätsgarantien galten folgende Konditionen: Die

Deutsche Pfandbriefbank AG zahlte an den SoFFin eine zeitanteilig berechnete Bereitstellungsprovision in Höhe von 0,1% p. a. auf den nicht in Anspruch genommenen Teil des Garantierahmens. Für ausgestellte Garantien fiel eine Provision in Höhe von 0,5% bzw. 0,8% p. a. an.

Rekapitalisierungsmaßnahmen

Im Jahr 2010 erhielt die HRE verschiedene Hilfen zur Rekapitalisierung. Davon hat die Deutsche Pfandbriefbank AG nicht profitiert. Der SoFFin hat sich verpflichtet, weitere 0,45 Mrd. € in Form einer Einzahlung in die Kapitalrücklage der HRE oder der Deutschen Pfandbriefbank AG zu leisten. Diese Verpflichtung ist u.a. von beihilferechtlichen Voraussetzungen abhängig. Der Nachweis, dass die Voraussetzungen erfüllt sind, kann bis 31. Dezember 2011 erbracht werden. Danach erlischt der Einlageanspruch.

Verfahren bei der Europäischen Kommission

Die Europäische Kommission prüft im laufenden Beihilfeverfahren die der HRE gewährten Unterstützungsmaßnahmen sowie die Übertragung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten in die Abwicklungsanstalt. In ihrer abschließenden Entscheidung wird die Europäische Kommission diese Unterstützungsmaßnahmen höchstwahrscheinlich genehmigen, allerdings zugleich einzelne wesentliche Auflagen gegen die HRE verhängen (unter anderem Verpflichtung zu einer wesentlichen Reduzierung der Bilanzsumme, Vorgabe eines bestimmten Zeitrahmens für die Reprivatisierung der Deutschen Pfandbriefbank AG und der DEPFA Gruppe).

Auslagerung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten in die Abwicklungsanstalt FMS-Wertmanagement

Mit Wirkung zum 1. Oktober 2010 hat der HRE-Konzern Darlehen und Wertpapiere mit einem ausstehenden Nominalvolumen (ohne nicht gezogene Zusagen) von rund 173 Mrd. € rechtlich und/oder wirtschaftlich auf die FMS-Wertmanagement übertragen beziehungsweise durch Finanzgarantien der FMS-Wertmanagement abgesichert. Ausgelagert wurden Geschäftsaktivitäten, die für die Neuausrichtung des Konzerns nicht strategienotwendig waren, sowie Vermögenswerte aus dem Public-Sector-Finance-Portfolio und Immobilienfinanzierungsportfolio, insbesondere der DEPFA Bank plc und der Deutschen Pfandbriefbank AG. Das Nominalvolumen der übertragenen Vermögenswerte der Deutschen Pfandbriefbank AG belief sich auf 42 Mrd. €, das der DEPFA Bank plc auf 131 Mrd. €.

Das Public-Sector-Finance-Portfolio enthält Aktiva öffentlicher oder dem öffentlichen Sektor nahestehender Schuldner mit hoher Kreditqualität, aber derzeit niedriger Marktbewertung. Der Großteil des ausschließlich aus der Deutschen Pfandbriefbank AG übertragenen Immobilienfinanzierungsportfolios in Höhe von 26 Mrd. € ist von dem derzeit schwierigen Umfeld in diesem Immobiliensegment belastet. Zusätzlich wurden strukturierte Produkte, die mit erhöhten Ausfallrisiken behaftet sind, transferiert.

Darüber hinaus wurden Derivate übertragen bzw. durch Finanzgarantien abgesichert, die ganz überwiegend der Absicherung der Vermögenswerte gegen Zinsrisiken dienen.

Weiterhin wurden Tochtergesellschaften der Deutschen Pfandbriefbank AG auf die FMS-Wertmanagement übertragen. Im Wesentlichen handelt es sich dabei um die Gesellschaften Hypo Real Estate Capital Corp., New York, sowie Flint Nominees Ltd., London.

Das Asset Management für das auf die FMS-Wertmanagement übertragene Portfolio wird über einen Kooperationsvertrag weiterhin durch den HRE-Konzern erbracht.

Auch die durch den SoFFin garantierten, von der Deutsche Pfandbriefbank AG zur Liquiditätsbeschaffung emittierten Wertpapiere im Volumen von rund 124 Mrd. € wurden vollständig auf die FMS-Wertmanagement übertragen.

Die Transaktion wurde von der EU-Kommission vorläufig genehmigt und in das laufende Beihilfeverfahren aufgenommen. Es wird damit gerechnet, dass ein Abschluss des Verfahrens bis Mitte des Jahres zu erreichen ist.

Mit der Übertragung der Vermögenswerte ist der zentrale und wichtigste Schritt der Restrukturierung und Neuausrichtung getan. Insbesondere wurde die strategische Kernbank Deutsche Pfandbriefbank AG neu aufgestellt und durch die verbesserte Bilanzstruktur unabhängig von Liquiditätshilfen.

Restrukturierungsmaßnahmen

Im Jahr 2010 konnten mit Singapur und Mumbai zwei weitere nicht-strategische Standorte geschlossen werden. Das Business- und IT-Transformationsprogramm New Evolution konnte 2010 wichtige Projekte erfolgreich in Produktion nehmen, so zum Beispiel ein konzernweit eingesetztes Credit-Limit-System und eine auf SAP basierende Personalverwaltungssoftware. Ebenso konnten die für den bereits erwähnten Transfer an die FMS-Wertmanagement notwendigen IT-Projekte fristgerecht umgesetzt werden.

Personalia

Der Aufsichtsrat der Deutschen Pfandbriefbank AG hat am 10. November 2009 Dr. Bernhard Scholz mit Wirkung zum 1. Januar 2010 zum Mitglied des Vorstands bestellt. Er verantwortet den Geschäftsbereich Real Estate Finance und seit dem 19. Juli 2010 zusätzlich den Geschäftsbereich Public Sector Finance.

Dr. Axel Wieandt hat mit Wirkung vom 25. März 2010 sein Vorstandsmandat in der Deutschen Pfandbriefbank AG niedergelegt. Am gleichen Tag hat der Aufsichtsrat Manuela Better interimistisch zur Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Pfandbriefbank AG bestellt. Am 15. November 2010 wurde sie vom Aufsichtsrat endgültig als Vorstandsvorsitzende der Deutschen Pfandbriefbank AG bestätigt. Zusätzlich übt sie weiterhin ihre Aufgabe als Chief Risk Officer aus. Am 6. Dezember 2010 schieden Dr. Kai Wilhelm Franzmeyer und Frank Krings aus dem Vorstand der Deutschen Pfandbriefbank AG aus. Als neues Vorstandsmitglied der Deutschen Pfandbriefbank AG hat der Aufsichtsrat zum 1. Januar 2011 Wolfgang Groth bestellt, der unter anderem die Aufgabe des Treasurers wahrnehmen wird. Das Ressort des COO wird nicht mehr neu besetzt. Die Aufgaben wurden innerhalb des neu formierten Vorstands verteilt.

Ratings der Deutschen Pfandbriefbank AG

Die mandatierten Ratingagenturen sind Fitch Ratings, Moody's und Standard & Poor's.

Im Geschäftsjahr 2010 und bis zum 23. März 2011 kam es im Hinblick auf die Bankratings und die Ratings der Covered Bonds zu folgenden wesentlichen Ratingveränderungen:

- Mit Umsetzung der neuen Standard & Poor's Ratingmethodik für Covered Bonds, die unter anderem die Covered-Bond-Ratings an die Bankratings knüpft, wurden im April 2010 die Ratings der Deutschen Pfandbriefbank AG für Öffentliche Pfandbriefe und Hypothekendarlehen von jeweils AAA nach unten auf AA+ angepasst und auf der Überprüfungsliste belassen. Im August 2010 wurden die AA+ Ratings der Öffentlichen Pfandbriefe und der Hypothekendarlehen durch Standard & Poor's bestätigt und mit einem stabilen Ausblick versehen.
- Fitch Ratings senkte im August 2010 das Kurzfrustrating von F1+ auf F1.
- Im September 2010 bestätigte Moody's das Aa3 Rating der Hypothekendarlehen sowie das Aaa Rating der Öffentlichen Pfandbriefe der Deutschen Pfandbriefbank AG.
- Nach der Übertragung von Vermögenswerten auf die FMS-Wertmanagement haben alle Ratingagenturen ihre Ratings überprüft und die Ergebnisse im Oktober 2010 veröffentlicht:
 - Moody's bestätigte das A3 Langfrustrating, das P-1 Kurzfrustrating sowie das E+ Finanzstärkerating der Deutschen Pfandbriefbank AG und änderte den Ausblick für das Langfrustrating von negativ auf stabil. Der negative Ausblick auf das Finanzstärkerating wurde in positiv umgewandelt.
 - Fitch Ratings hat die Lang- und Kurzfrustratings der Deutschen Pfandbriefbank AG bestätigt und ein Individualrating von D vergeben.

- Standard & Poor's bestätigte die Lang- und Kurzfrustratings bei BBB bzw. A-2 und nahm die Deutsche Pfandbriefbank AG von der Überprüfungsliste für eine mögliche Heraufstufung. Der Ausblick ist stabil.
- Im Dezember 2010 leitete Moody's die Überprüfung auf Herabstufung von Nachrangemissionen deutscher Kreditinstitute ein.
- Im Februar 2011 hob Moody's das Rating der Hypothekenpfandbriefe der Deutschen Pfandbriefbank AG von Aa3 auf Aa1 an. Ebenfalls im Februar stufte Moody's in einer branchenweiten Aktion nachrangige Emissionen deutscher Kreditinstitute herab. Diese Ratings liegen für die Deutsche Pfandbriefbank AG nun bei B2 mit positivem Ausblick. Standard & Poor's hat die Lower Tier 2 Ratings der Deutschen Pfandbriefbank AG von BBB- auf BB- zurückgestuft.

Insgesamt passen die Agenturen ihre Ratingmethoden weiter an und stellen höhere Anforderungen an die Emittenten oder gerateten Produkte.

Überblick der Ratings der Deutschen Pfandbriefbank AG und deren Pfandbriefe zum 23. März 2011:

		Fitch Ratings	Moody's	Standard & Poor's
Deutsche Pfandbriefbank AG	Langfrist-Rating	A-	A3	BBB
	Ausblick	Stabil	Stabil	Stabil
	Kurzfrist-Rating	F1	P-1	A-2
Öffentliche Pfandbriefe		AAA	Aaa	AA+
Hypotheken-Pfandbriefe		AA+ ⁽¹⁾	Aa1	AA+

(1) Überprüfung auf Herabstufung

Arbeitsweise des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat der Deutschen Pfandbriefbank AG setzte sich vom 1. Januar 2010 bis 31. Dezember 2010 wie folgt zusammen: Dr. Bernd Thiemann (Vorsitzender), Dagmar Kollmann (stellvertretende Vorsitzende), Dr. Günther Bräunig, Dr. Hedda von Wedel, Ursula Bestler (Arbeitnehmervertreterin) und Georg Kordick (Arbeitnehmervertreter).

Der Aufsichtsrat erklärte sich einverstanden mit den Vorstandsmandatsniederlegungen von Dr. Axel Wieandt zum 25. März 2010 sowie Dr. Kai Wilhelm Franzmeyer und Frank Krings zum 6. Dezember 2010. Manuela Better wurde vom Aufsichtsrat am 25. März 2010 zur interimistischen und am 15. November 2010 endgültig zur Vorstandsvorsitzenden bestellt. Der Aufsichtsrat bestellte in der Sitzung vom 6. Dezember 2010 Wolfgang Groth zum Mitglied des Vorstands ab 1. Januar 2011.

In der Zeit vom 1. Januar 2010 bis 5. Mai 2010 hatte der Aufsichtsrat der Deutschen Pfandbriefbank AG keine Ausschüsse. Mit Änderung der Geschäftsordnung des Aufsichtsrats der Deutschen Pfandbriefbank AG am 6. Mai 2010 wurde der Risikomanagement- und Liquiditätsstrategieausschuss neu eingeführt, der mit Dr. Günther Bräunig (Vorsitzender), Dagmar Kollmann und Dr. Bernd Thiemann besetzt wurde. Durch die Änderung der Geschäftsordnung des Aufsichtsrats und die am 17. Juni 2010 erfolgte Änderung der Satzung wurden die Anforderungen aus dem Public Corporate Governance Kodex des Bundes umgesetzt.

Im Jahr 2010 hielt der Aufsichtsrat der Deutschen Pfandbriefbank AG 13 Sitzungen und vier Telefonkonferenzen ab und fasste außerhalb von Sitzungen neun Umlaufbeschlüsse. Alle Aufsichtsratsräte nahmen an mehr als der Hälfte der Sitzungen teil.

Aufsichtsrat und Vorstand erörterten intensiv die Maßnahmen zur Liquiditäts- und Kapitalunterstützung sowie zur Restrukturierung und Neuausrichtung der Deutschen Pfandbriefbank AG. Schwerpunkte dabei waren der Transfer von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten auf die FMS-Wertmanagement und das EU-Beihilfeverfahren. Intensiv beriet der Aufsichtsrat auch die Vergütung 2009 und das neue Vergütungssystem 2010. Der Vorstand informierte den Aufsichtsrat regelmäßig und zeitnah über die wirtschaftliche und finanzielle Entwicklung des Konzerns Deutsche Pfandbriefbank, über die Geschäftspolitik und -planung, die Strategie, die Risikolage, das Risikomanagement, die Liquiditätsstrategie, über alle berichtspflichtigen Kreditengagements sowie über andere wichtige Vorgänge. Die Vorstandsvorsitzende stand mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden laufend über wichtige Entwicklungen in Kontakt. Regelmäßig erörtert wurden die Entwicklung im Kreditgeschäft und die Kreditpolitik im Ganzen, die Risikoentwicklung, die Risikosteuerung, die geschäftspolitische Ausrichtung sowie die Entwicklungen und Tendenzen der Märkte im Aktiv- und Passivgeschäft.

Weiter befasste sich der Aufsichtsrat mit den Revisionsergebnissen, der Jahres- und Mehrjahresplanung der Bank, den Steuerungs- und Kontrollmechanismen im Kredit-, Wertpapier- und Derivategeschäft. Erörtert wurden der Bericht über Compliance (inklusive Datenschutz- und Geldwäschegesetz), die Umsetzung von »Basel II« und die voraussichtlichen Auswirkungen von »Basel III«, die Prüfung der erforderlichen Unabhängigkeit des Abschlussprüfers, die Erteilung des Prüfungsauftrags an den Abschlussprüfer und die Honorarvereinbarung mit ihm.

Danksagung des Aufsichtsrats: Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr.

Die Deutsche Pfandbriefbank AG als Arbeitgeber

Die bedeutendsten mitarbeiterbezogenen Themen lagen in der Vorbereitung, Einrichtung und Befüllung einer Abwicklungsanstalt und den damit einhergehenden organisatorischen Änderungen sowie in der Vorbereitung und Umsetzung eines konzernweit einheitlichen neuen Vergütungssystems.

Veränderungen in der Aufbauorganisation: Die Aufbauorganisation, die das Servicing der in die FMS-Wertmanagement übertragenen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten unter Wahrung von Datenschutzaspekten und Vermeidung etwaiger Interessenskonflikte vornimmt, wurde systematisch verändert. Vorbereitend zu diesen organisatorischen Änderungen wurden die hierfür notwendigen Interessenausgleiche sowie ein Sozialplan mit dem Konzernbetriebsrat geschlossen, der es ermöglichte, die Mitarbeiter den Anforderungen entsprechend flexibel in den unterschiedlichen Unternehmensbereichen einzusetzen.

Konsolidierungs- und Stabilisierungsphase: Während die Deutsche Pfandbriefbank AG Ende 2009 insgesamt 782 Mitarbeiter beschäftigte, waren es Ende 2010 insgesamt 849 Mitarbeiter. Der Beschäftigungsanstieg ist insbesondere auf die neue Aufbauorganisation und dem damit einhergehenden Servicing für die FMS-Wertmanagement zurückzuführen. Die bereinigte Fluktuation¹⁾ in der Deutschen Pfandbriefbank AG im Jahr 2010 betrug 15,29%.

¹⁾Fluktuation infolge Kündigung durch Mitarbeiter oder Bank und durch Ablauf befristeter Verträge, ohne Ausscheiden durch Tod, Pensionierung, Vorruhestand, Aufhebungsvertrag oder Konzerntransfer

Vergütungsbericht Vorstand und Aufsichtsrat

Im Folgenden sind die individualisierten Angaben der Vergütung für das Geschäftsjahr 2010 für jedes einzelne Mitglied des Vorstands und des Aufsichtsrats dargestellt. Es sind jeweils die Bezüge veröffentlicht, die die Vorstandsmitglieder und Aufsichtsratsmitglieder für das Geschäftsjahr 2010 erhalten haben.

Die Deutsche Pfandbriefbank AG leistet keine Bezüge für die Tätigkeit ihres Vorstands. Die Bezüge des Vorstands wurden ausschließlich von der HRE Holding AG geleistet, die Pensionszusagen bestehen ausschließlich bei der HRE Holding AG. Insofern werden im Folgenden aus Informations- und Transparenzgründen die von der HRE Holding geleisteten Konzernbezüge und Pensionszusagen des Vorstands dargestellt:

Konzernbezüge an Vorstandsmitglieder der Hypo Real Estate Holding AG

in Tsd. €	2010			2009
	Fixbezüge	Sachbezüge ¹⁾	Insgesamt	Insgesamt
Manuela Better, Vorsitzende	500	13	513	482
Dr. Bernhard Scholz (ab 1.01.2010)	500	18	518	-
Alexander Freiherr von Uslar-Gleichen	500	19	519	128
Dr. Axel Wieandt, Vorsitzender (bis 25.03.2010) ²⁾	167	14	181	1.492
Dr. Kai Wilhelm Franzmeyer (bis 6.12.2010) ³⁾	500	2	502	850
Frank Krings (bis 6.12.2010) ³⁾	500	28	528	864
Summe⁴⁾	2.667	94	2.761	3.816

¹⁾ Darin enthalten: Sachaufwand für Nebenleistungen im üblichen Rahmen, die der Besteuerung unterliegen

²⁾ Beendigung des Dienstvertrages zum 30. April 2010

³⁾ Beendigung des Dienstvertrages zum 31. Dezember 2010

⁴⁾ Darüber hinaus bestehen einzelvertragliche Zusagen auf Altersversorgung in Höhe eines Prozentsatzes der jährlichen Fixbezüge

Pensionszusagen der Vorstandsmitglieder der Hypo Real Estate Holding AG

in Tsd. €	2010			2009	
	Barwert der im Geschäftsjahr erdienten Pensionsansprüche	Zinsaufwand	Nachzuver-rechnender Dienstzeit-aufwand	Pensions-verpflichtung zum 31.12.	
Manuela Better, Vorsitzende	73	109	-	2.463	2.084
Dr. Bernhard Scholz (ab 1.01.2010)	1.236	-	-	1.342	-
Alexander Freiherr von Uslar-Gleichen	63	95	-	2.208	1.815
Dr. Axel Wieandt, Vorsitzender (bis 25.03.2010)	40	151	-	2.351	2.873
Dr. Kai Wilhelm Franzmeyer (bis 6.12.2010)	81	126	-	2.144	2.406
Frank Krings (bis 6.12.2010)	68	106	-	1.560	2.017
Summe	1.561	587	-	12.068	11.195

Rückstellung Aufsichtsratsvergütung 2010

in Tsd. €	Vergütung	Umsatzsteuer		Gesamt
			19%	
Dr. Bernd Thiemann, Vorsitzender	10,0		1,9	11,9
Ursula Bestler	10,0		1,9	11,9
Dr. Günther Bräunig	10,0		1,9	11,9
Dagmar Kollmann	10,0		1,9	11,9
Georg Kordick	10,0		1,9	11,9
Dr. Hedda von Wedel	10,0		1,9	11,9
Summe	60,0		11,4	71,4

Vergütung der Mitarbeiter

Ersatzlösung für 2009: Aufgrund der anhaltend schwierigen Lage an den Finanzmärkten, der weiterhin negativen Ergebnisse des Konzerns im Jahr 2009 sowie der auch nach wie vor notwendigen Unterstützungsleistungen wurde seitens des Vorstands für das Jahr 2009 kein Budget für diskretionäre variable Vergütungen zur Verfügung gestellt und keine diesbezügliche Auszahlung vorgenommen. Dies galt, wie bereits im Jahr 2008, für alle HRE Konzerngesellschaften und Standorte.

Gleichwohl wurde als Ersatzlösung für den Entfall einer variablen Vergütung für das Jahr 2009 eine freiwillige einmalige Zahlung gewährt und im Jahr 2010 ausbezahlt. Der Vorstand hatte bei der Ausgestaltung und Umsetzung der Ersatzlösung vor allem die Sicherung der operativen Stabilität sowie die Vermeidung arbeitsrechtlicher Risiken im Blick.

Diese Zahlung war eine nach Zweck, Rechtsgrund, Höhe und inhaltlicher Ausgestaltung andere Zahlung als die in der Vergangenheit gezahlte diskretionäre variable Vergütung. Im Sinne einer solchen Ersatzlösung wurde die Zahlung grundsätzlich nur Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gewährt, die im Gegenzug rechtswirksam auf eine etwaige Zahlung diskretionärer variabler Vergütung für das Jahr 2009 und zum Teil zusätzlich für 2008 verzichteten. Durch die grundsätzliche Verzichtleistung konnten die

arbeitsrechtlichen Risiken der Gesellschaft im Hinblick auf mögliche Klagen im Zusammenhang mit nicht geleisteter variabler Vergütung erheblich reduziert werden.

Eine Information und Einbindung des Aufsichtsrates sowie SoFFins bezüglich der Ersatzzahlung hat stattgefunden. Die Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmervertreter in Deutschland wurden gewahrt. Für 2010 ist eine solche Zahlung nicht vorgesehen.

Vergütungsausschuss: Anlässlich des im Dezember 2009 veröffentlichten BaFin Rundschreibens 22/2009 »Aufsichtsrechtliche Anforderungen an die Vergütungssysteme von Instituten« wurde am 22. Januar 2010 vom Vorstand ein Vergütungsausschuss eingerichtet. Der Vergütungsausschuss setzt sich zusammen aus Vertretern der Bereiche Personal, den Vertriebsseinheiten sowie dem Asset Management, Risikocontrolling und -Management, Compliance / Corporate Governance, Finanzen sowie – als Mitglied ohne Stimmrecht im Rahmen der Aufgaben – einem Vertreter der internen Revision. Der Personalvorstand nimmt den Vorsitz des Vergütungsausschusses wahr.

Der Vergütungsausschuss hielt im Jahr 2010 insgesamt fünf Sitzungen ab und befasste sich schwerpunktmäßig mit folgenden Themen:

- Auseinandersetzung mit und Begutachtung der »Ersatzlösung 2009« vor dem Hintergrund der gesetzlichen und regulatorischen Anforderungen
- die Erarbeitung eines Vorschlags für die Anwendbarkeit der besonderen Anforderungen aus Abschnitt 4 des BaFin Rundschreibens (positive Selbsteinschätzung) jetzt § 1 InstitutsVergVO
- im Zusammenhang mit der Auslegung des Abschnitts 4 des BaFin Rundschreibens jetzt § 5 InstitutsVergVO die Erarbeitung eines Vorschlags für die Definition der risikobegründenden Funktionen (»Risk Taker«), auf die die besonderen Anforderungen des Abschnitts 4 aus dem BaFin Rundschreibens jetzt § 5 InstitutsVergVO Anwendung finden sowohl für das Jahr 2009 als auch für das Jahr 2010.
- Auseinandersetzung mit und Begutachtung des für die Einführung vorbereiteten neuen Vergütungssystems vor dem Hintergrund der geltenden gesetzlichen und regulatorischen Anforderungen und der Angemessenheit der Ausgestaltung des neuen Vergütungssystems. Bezugnehmend auf das beschlossene Restrukturierungsgesetz erfolgte zudem eine ausführliche Erörterung zu den möglichen Folgen für den Konzern und zu den Auswirkungen auf die Implementierungsstrategie zum neuen Vergütungssystem sowie die Angemessenheit der Vergütung beziehungsweise des neuen Vergütungssystems.

Einführung eines neuen Vergütungssystems ab 2010 und Inkrafttreten des Restrukturierungsgesetzes: Der HRE Konzern hat für 2010 ein den regulatorischen und gesetzlichen Anforderungen (Langfristigkeit, Nachhaltigkeit, Transparenz und Angemessenheit) an Vergütung konformes neues Vergütungssystem entwickelt, welches im Mai 2010 von Vorstand und Aufsichtsrat beschlossen und umfassend mit dem SoFFin abgestimmt wurde und für welches alle notwendigen Implementierungsschritte vorbereitet wurden.

Im Oktober 2010 und noch vor Implementierung dieses neuen Vergütungssystems wurde die Aushändigung der neuen Arbeitsverträge vor dem Hintergrund der Diskussionen über das Restrukturierungsgesetz zur Vergütung bis zur endgültigen Klärung des gesetzgeberischen Willens zurückgestellt. Im Dezember 2010 hat die Deutsche Pfandbriefbank AG, unter Berücksichtigung des mittlerweile erlassenen Restrukturierungsgesetzes, die zurückgestellte Umsetzung des neuen Vergütungssystems wieder aufgenommen. Das beschlossene Restrukturierungsgesetz führt eine Vorschrift ein, die variable Vergütung für Unternehmen des Finanzsektors, die Stabilisierungsmaßnahmen nach § 7 dieses Gesetzes in Anspruch nehmen und bei dem der SoFFin unmittelbar oder mittelbar über ein oder mehrere Tochterunternehmen mindestens 75% der Anteile hält, verbietet. Zudem darf die monetäre Vergütung der Organmitglieder und Angestellten jeweils 500.000 € pro Jahr nicht übersteigen.

Das entwickelte neue Vergütungssystem, das in seiner Konzeption als Komponenten feste und variable Vergütungsbestandteile vorsah, wurde als Zielsystem aufrechterhalten, wobei die Regelungen über eine variable Vergütung für die Zeit der Geltung der neuen gesetzlichen Regelung nicht zur Anwendung kommen. Die aufgrund des neuen Gesetzes notwendigen Anpassungen für die weitere Implementierung des neuen Vergütungssystems wurden vorgenommen. Es wurde sichergestellt, dass in der Zeit und für die Zeit der Geltung des Restrukturierungsgesetzes durch die Einführung des neuen Vergütungssystems keine

neuen Ansprüche auf variable Vergütung entstehen. Den u. a. aus der Institutsvergütungsverordnung abgeleiteten regulatorischen Anforderungen im Hinblick auf z.B. Langfristigkeit, Nachhaltigkeit oder aber auch angemessene steuerungs- und verhaltensanreizbietenden Wirkung konnte aufgrund des Verbots variabler Vergütung nicht vollumfänglich Rechnung getragen werden.

Die Regelungen des Restrukturierungsgesetzes werden auf alle Unternehmen des HRE-Konzerns angewendet. Diese Vorgehensweise wurde sowohl mit dem Aufsichtsrat als auch mit dem SoFFin abgestimmt.

Nachhaltigkeit

Unternehmen haben Verantwortung gegenüber ihrem Eigentümer, ihren Kunden, ihren Mitarbeitern, der Gesellschaft und der Umwelt. Die Deutsche Pfandbriefbank AG war wegen der besonderen Situation des Unternehmens nur in begrenztem Umfang in der Lage, dieser Verpflichtung in einem aus Sicht des Unternehmens ausreichenden Maße nachzukommen. Gleichwohl steht die Deutsche Pfandbriefbank AG zu Ihrer Verantwortung.

Ökologische Nachhaltigkeit: Die Deutsche Pfandbriefbank AG ist an der Förderung und dem Erhalt einer lebenswerten Umwelt gelegen. So wird darauf geachtet, dass Hersteller und Zulieferer den definierten Umweltschutzansprüchen genügen und entsprechend zertifiziert sind. Intern wird diesem Anspruch z. B. durch papiersparende Arbeitsabläufe oder die Verwendung moderner, energiesparender Geräte Rechnung getragen. Durch die Zusammenlegung doppelter Bürostandorte und den Einsatz von Video-Konferenz-Systemen zur Vermeidung von Dienstreisen konnte der Energieverbrauch weiter reduziert werden. Eine neue Firmenwagenregelung begünstigt die Anschaffung von Fahrzeugen mit geringem CO₂-Ausstoß

Gesellschaftliches Engagement: Ihrer gesellschaftlichen Verantwortung widmete sich die Deutsche Pfandbriefbank AG im Jahr 2010 hauptsächlich über ihre beiden Stiftungen, der pbb Stiftung Deutsche Pfandbriefbank, München sowie der Stiftung für Kunst und Wissenschaft der Hypo Real Estate Bank International AG, München. Seit deren Gründungen in den Jahren 1968 bzw. 1987 durch Vorgängerinstitute der Deutsche Pfandbriefbank AG verfügen die Stiftungen über ein eigenständiges, von der Bank losgelöstes Kapital, das ausschließlich zur Erfüllung der Stiftungszwecke verwendet werden darf. Auf diese Weise war die Deutsche Pfandbriefbank AG trotz der finanziellen Situation weiterhin in begrenztem Umfang in der Lage, ihrer gesellschaftlichen Verantwortung über die Stiftungen auch bei der Förderung von Kunst, Kultur und Wissenschaft nachzukommen.

Die pbb Stiftung Deutsche Pfandbriefbank unterstützt auf der einen Seite Konzerte und Ausstellungen. Auf der anderen Seite ergreift sie mit ihrem bundesweit viel beachteten Architekturpreis selber die Initiative zur Verbesserung architektonischer Kultur bei gewerblichen Objekten in Deutschland.

Mit dem Architekturpreis werden ästhetisch und ökologisch vorbildliche Gewerbebauten prämiert. Seit 1992 wird dieser renommierte Preis im zweijährigen Rhythmus vergeben. Der Wettbewerb zählt zu den wenigen Preisen in der Branche, die sich ausschließlich mit Gewerbebau befassen. Im Jahr 2006 wurde er um einen Nachwuchspreis erweitert, der jungen Architekten eine Plattform bietet und den Dialog zwischen diesen und erfahrenen Architekten, Bauherren und Investoren fördert.

Beide Wettbewerbe stehen unter der Schirmherrschaft des Bundesministers für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und des Bundes Deutscher Architekten (BDA).

Die aus ganz Deutschland stammenden Projekte zeigen die gesamte Spannweite des Gewerbebaus. Sowohl großmaßstäbliche Bauvorhaben sowie kleinere, ungewöhnliche Projekte sind darin beinhaltet und werden für ihre ganzheitliche und umfeldorientierte Programmatik ausgezeichnet. Ziel des Wettbewerbs ist es, – auch außerhalb repräsentativer Orte – das Augenmerk stärker auf die Balance zwischen wirtschaftlicher Zweckmäßigkeit und architektonischer Ästhetik zu richten. Die pbb Stiftung Deutsche Pfandbriefbank möchte damit dem Geisterstädtecharakter der Gewerbeviertel am städtischen Speckgürtel entgegenwirken. Immer häufiger führen vor allem Gewerbegebiete zu einer Zersiedlung. Hier soll mit dem Architekturpreis für vorbildliche Gewerbebauten bei Entwicklern, Investoren und Bauherren neue Signale gesetzt werden.

Über den Architekturpreis hinaus nimmt die Stiftung auf der anderen Seite monetäre Förderungen auf den Gebieten der Musik und Kunst vor.

Die Stiftung für Kunst und Wissenschaft der Hypo Real Estate Bank International AG, fördert – mit dem Schwerpunkt Baden-Württemberg – geistige und künstlerische Arbeiten vor allem in Schrifttum, Malerei, Bildhauerei, Musik, Theater, Architektur/Design, Landeskunde und Brauchtum.

So wurden zum Beispiel im Jahr 2010 folgende Förderungen ausgesprochen:

- Mit dem Künstlerhaus Stuttgart wurde eine Institution gefördert, die wesentlich zum kulturellen Leben in Baden-Württemberg aber auch darüber hinaus beiträgt und sich vom klassischen Museumsbild entfernt hat und Kunst und Künstlern den Weg in den öffentlichen Raum öffnet.
- Eine weitere Förderung erhielt das Studio Theater Stuttgart für das Vorhaben »Prinz Friedrich von Homburg« von Heinrich von Kleist.

Der Sitz der Stiftung für Kunst und Wissenschaft der Hypo Real Estate Bank International AG wurde im Jahr 2010 von Stuttgart nach München verlegt. Ebenso wurden die Gremien der Stiftung neu bestellt.

Wirtschaftsbericht

Das Jahr 2010 markierte für die Deutsche Pfandbriefbank AG den Übergang von der Stabilisierung und Restrukturierung hin zu einer Neuausrichtung. In diesem Zusammenhang war die Übertragung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten auf die im Juli 2010 von der FMSA / SoFFin gegründete FMS-Wertmanagement der zentrale und wichtigste Schritt. Die strategische Kernbank Deutsche Pfandbriefbank AG ist neu aufgestellt, die verbleibenden Vermögenswerte sind profitabel und die verbesserte Bilanzstruktur ist unabhängig von Liquiditätshilfen. Somit ist die Basis geschaffen, um sich wieder erfolgreich an den Kredit- und Finanzmärkten zu etablieren.

Im Jahr 2010 war die Erfolgslage materiell von der Auslagerung aber auch von anderen Stabilisierungs- und Restrukturierungsmaßnahmen geprägt. Dadurch war das Jahresergebnis vor Steuern mit -112 Mio. € wie erwartet nochmals negativ. Dennoch spiegelt die Entwicklung im Jahr 2010 einen deutlichen Aufwärtstrend wider. Der Vergleich zum Vorjahr unterstreicht die verbesserte Entwicklung der Deutschen Pfandbriefbank AG. Insgesamt war das Ergebnis vor Steuern deutlich weniger negativ als im Vorjahr.

In der Entwicklung der Erfolgslage wurde die Übertragung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten auf die FMS-Wertmanagement nicht gesondert berücksichtigt. Stattdessen werden die Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage beschrieben. Die Übertragung der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten erfolgte zum Buchwert. Als Gegenleistung für die Übertragung der Finanzinstrumente auf die Abwicklungsanstalt erhielt die Deutsche Pfandbriefbank AG einen Ausgleichsanspruch gegenüber der FMS-Wertmanagement.

Entwicklung der Erfolgslage

Ergebnis vor Steuern Das Ergebnis vor Steuern belief sich im Jahr 2010 auf – 112 Mio. €. Trotz des negativen Ergebnisses zeichneten sich die Erfolge bei der Restrukturierung und Neuausrichtung der Deutschen Pfandbriefbank AG ab. Das Ergebnis vor Steuern war deutlich weniger negativ als im Vorjahr (2009: – 1.613 Mio. €).

Gewinn- und Verlust-Rechnung in Staffelform	2010 Mio. €	2009 Mio. €	Veränderung Mio. €	Veränderung %
Zinsüberschuss	587	718	-131	-18,2
Provisionsüberschuss	13	-22	35	159,1
Personalaufwand	-96	-139	43	30,9
Andere Verwaltungsaufwendungen	-183	-136	-47	-34,6
Abschreibungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	-13	-14	1	7,1
Verwaltungsaufwendungen insgesamt	-292	-289	-3	-1,0
Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge/Aufwendungen	28	4	24	600,0
Betriebsergebnis (vor Risikovorsorge)	336	411	-75	-18,2
Risikovorsorge	-395	-1.975	1.580	80,0
Ergebnis aus Finanzanlagen	-28	-40	12	30,0
Betriebsergebnis	-87	-1.604	1.517	94,6
Außerordentliches Ergebnis	-25	-9	-16	-177,8
Ergebnis vor Steuern	-112	-1.613	1.501	93,1
Steuern	-6	-46	40	87,0
Jahresfehlbetrag	-118	-1.659	1.541	92,9
Verlustvortrag	-3.792	-2.578	-1.214	-47,1
Entnahmen aus Genussrechtskapital	3	48	-45	-93,8
Entnahme aus stiller Beteiligung	318	397	-79	-19,9
Bilanzverlust	-3.589	-3.792	203	5,4

Operative Erträge¹⁾ Die operativen Erträge gingen verglichen mit dem Vorjahr deutlich um 120 Mio. € auf 591 Mio. € zurück, maßgebend beeinflusst durch den rückläufigen Zinsüberschuss.

¹⁾ Summe aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss, Saldo aus sonstigen betrieblichen Erträgen/Aufwendungen und Ergebnis aus Liquiditätsvorsorgebestand

Der Zinsüberschuss lag in 2010 mit 587 Mio. € um 131 Mio. € unter dem Vorjahresniveau (718 Mio. €). Der Zinsüberschuss nahm zum einen ab, da die im Einklang mit der Risikostrategie erfolgten Rückzahlungen das Neugeschäft deutlich überstiegen. Zum anderen wurden mit der Übertragung von zinstragenden Vermögenswerten an die FMS-Wertmanagement positive Zinsmargen abgegeben. Im Vergleich mit dem Vorjahr profitierte der Zinsüberschuss 2010 jedoch nicht mehr von einem sinkenden Zinsniveau am Geldmarkt, wodurch in 2009 kurzfristig eine verbesserte Zinsspanne erzielt wurde. Sondereinflüsse waren Einmalserträge wie Rücknahme- und Vorfälligkeitsentschädigungen im Hypothekengeschäft (28 Mio. €) und Close-Out Erträgen aus Derivaten (20 Mio. €). Der Zinsüberschuss wurde durch den rückläufigen Portfoliobestand sowie durch den Ausfall von Kreditnehmern und damit einhergehenden Zinsausfällen belastet. Die Zinsausfälle betragen in 2010 49 Mio. € (Vorjahr: 87 Mio. €).

Wie im Vorjahr wurden aufgrund der Verlustsituation Ausschüttungen auf Genussrechte in Höhe von 11 Mio. € und Zinsen auf das Hybridkapital mit 21 Mio. € nicht bezahlt.

Das Provisionsergebnis war mit 13 Mio. € positiv. Im Vorjahr wurde noch ein negatives Provisionsergebnis in Höhe von 22 Mio. € ausgewiesen. Die darin enthaltenen Provisionsaufwendungen für die Liquiditätsunterstützung betragen unter Verrechnung der von der DEPFA plc erstatteten Beträge 72 Mio. € (im Vorjahr 154 Mio. €). Im Vorjahr waren hier auch Aufwendungen für eine erfolgsabhängige Prämie in Höhe von 51 Mio. € enthalten.

Im positiven Saldo aus sonstigen betrieblichen Erträgen/Aufwendungen in Höhe von 28 Mio. € sind als wesentliche Einzelposten 40 Mio. € Erträge aus der Auflösung von nicht mehr benötigten Rückstellungen (im Wesentlichen Restrukturierungsrückstellungen und Personalarückstellungen) enthalten. Zudem enthält die Position Nettoerträge für an die FMS-Wertmanagement erbrachte Dienstleistungen in Höhe von 35 Mio. €. Dem stehen 20 Mio. € Aufwendungen im Zusammenhang mit der Übertragung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten auf die FMS-Wertmanagement sowie 11 Mio. € Aufwand aus der Währungsumrechnung gegenüber.

Verwaltungsaufwand Der Verwaltungsaufwand stieg geringfügig um 3 Mio. € gegenüber dem Vorjahr (289 Mio. €) auf 292 Mio. €.

Der Personalaufwand reduzierte sich im Vergleich zum Vorjahr um 43 Mio. € auf 96 Mio. €. Die Deutsche Pfandbriefbank AG hat bereits im Vorjahr die Pensionsrückstellungen auf die Projected Unit Credit Methode umgestellt. Aus dieser Umstellung resultierte in 2009 eine Rückstellungszuführung in Höhe von 42 Mio. €.

Der andere Verwaltungsaufwand erhöhte sich jedoch deutlich um 47 Mio. € auf 183 Mio. €. Ursache hierfür waren stark gestiegene Beratervergütungen und IT-Aufwendungen im Zusammenhang mit der Übertragung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten auf die FMS-Wertmanagement. Der Personalaufwand sank dagegen gegenüber dem Vorjahr um 43 Mio. € auf 96 Mio. €.

Betriebsergebnis vor Risikovorsorge Das Betriebsergebnis vor Risikovorsorge hat sich um 75 Mio. € auf 336 Mio. € vermindert. Hauptgrund hierfür ist der Rückgang des Zinsüberschusses.

Risikovorsorge Die Risikovorsorge ermäßigte sich von 1.975 Mio. € im Vorjahr auf 395 Mio. € und betrifft überwiegend die Kreditrisikovorsorge. Die Situation auf den gewerblichen Immobilienmärkten hat sich im Jahresverlauf 2010 teilweise verbessert, jedoch blieb die Lage weiterhin angespannt. Das Ergebnis aus dem Liquiditätsvorsorgebestand war durch erhöhte Wertpapierabschreibungen mit 37 Mio. € negativ gegenüber dem positiven Vorjahresergebnis von 11 Mio. €.

Ergebnis aus Finanzanlagen Der Saldo des Finanzanlageergebnisses betrug -28 Mio. € (Vorjahr: -40 Mio. €). Der negative Saldo des Finanzanlageergebnisses resultiert im Wesentlichen aus Abschreibungen für Wertpapiere des Anlagebestandes. Im Geschäftsjahr wurden Abschreibungen im Wertpapierbestand des Anlagevermögens zulässiger Weise in Höhe von 1.807 Mio. € unterlassen (Vorjahr 2.461 Mio. €).

Betriebsergebnis Nach Risikovorsorge und Ergebnis aus Finanzanlagen ergibt sich gegenüber dem Vorjahr ein deutlich weniger negatives Betriebsergebnis in Höhe von -87 Mio. € (Vorjahr: -1.604 Mio. €).

Außerordentliches Ergebnis Im Außerordentlichen Ergebnis sind im Wesentlichen Aufwendungen aus der Restrukturierung in Höhe von 7 Mio. € (Vorjahr 9 Mio. €) sowie 19 Mio. € aus der erstmaligen Anwendung der Vorschriften zu § 254 HGB (Bewertungseinheiten) enthalten.

Ergebnis vor Steuern Auch das Ergebnis vor Steuern stellt sich mit -112 Mio. € gegenüber -1.613 Mio. € im Vorjahr deutlich besser dar. Das Vorjahr war beeinflusst durch die deutliche Aufstockung der Risikovorsorge in Höhe von 1.975 Mio. €.

Ergebnis nach Steuern Nach Steuern wird ein Jahresfehlbetrag für 2010 in Höhe von 118 Mio. € (Vorjahr: 1.659 Mio. €) ausgewiesen.

Bilanzverlust Dem Genussrechtskapital wurden in Folge der Verlustsituation des Unternehmens 3 Mio. € entnommen. Unter Hinzurechnung des Verlustvortrags von 3.792 Mio. € und der Entnahme aus stiller Beteiligung von 318 Mio. € ergibt sich ein Bilanzverlust in Höhe 3.589 Mio. €.

Entwicklung der Vermögenslage

Die Bilanzsumme der Deutschen Pfandbriefbank AG belief sich zum 31. Dezember 2010 auf 168,7 Mrd. € nach 272,9 Mrd. € im Vorjahr. Der Rückgang steht primär im Zusammenhang mit den auf die FMS-Wertmanagement ausgelagerten Vermögenswerten und Verbindlichkeiten. Hinsichtlich der Auswirkung der Auslagerung wird auf die Angaben im Anhang verwiesen.

Durch den Übertrag verminderte sich die Bilanzsumme deutlich. Im Gegenzug ergaben sich jedoch zum Übertragungszeitpunkt 1. Oktober 2010 auch die folgenden kompensierenden Effekte:

- Für übertragene Hypothekendarlehen, die sich im Deckungsstock befinden konnte kein bilanzieller Abgang erzielt werden. Die im Rahmen der Ausgleichsverbindlichkeit erhaltenen Forderungsgegenwerte wurden unter sonstigen Verbindlichkeiten passiviert.
- Einige Derivatpositionen wurden zunächst nicht physisch (True Sale) auf die FMS Wertmanagement übertragen. Stattdessen wurden sogenannte back-to-back-Geschäfte eingegangen, das heißt die Risiken wurden durch Abschließen eines Derivats mit der FMS-Wertmanagement transferiert. Dadurch konnte die ursprüngliche Position nicht ausgebucht werden. Stattdessen verursachte das back-to-back-Geschäft eine Bilanzverlängerung.
- Die Aktivierung der Ausgleichssforderung gegenüber der FMS-Wertmanagement wirkte sich bilanzsummenerhöhend aus.
- Außerdem übernimmt die Deutsche Pfandbriefbank AG aufgrund des fehlenden Bankstatus der FMS-Wertmanagement bestimmte Refinanzierungsfunktionen für die Abwicklungsanstalt, zum Beispiel mit der EZB oder in bilateralen Repo-Geschäften. Die Refinanzierungsmittel werden an die FMS-Wertmanagement weitergegeben. Als Ergebnis erhält die Deutsche Pfandbriefbank AG eine Forderung gegenüber der FMS-Wertmanagement, wodurch sich die Bilanzsumme erhöht.

Bis zum Jahresende 2010 konnten diese kompensierenden Effekte bereits teilweise reduziert werden. Es wurde begonnen, die back-to-back-Geschäfte durch direkte Geschäftsbeziehungen zwischen der FMS-Wertmanagement und den externen Kunden zu ersetzen. Außerdem wurde die Kaufpreisforderungen mit der FMS-Wertmanagement ausgeglichen. Zudem hat die FMS-Wertmanagement wesentliche Teile der Liquiditätsunterstützungen des SoFFin zurückgegeben. Dies führte zu einem Rückgang der SoFFin-garantierten Schuldverschreibungen der FMS-Wertmanagement bei der Deutsche Pfandbriefbank AG.

Neben den Effekten im Zusammenhang mit dem Übertrag von Vermögenswerten auf die FMS-Wertmanagement erhöhte sich die Bilanzsumme aufgrund von marktinduzierten Effekten. Der Kursverfall des Euros gegenüber dem US-Dollar, dem japanischen Yen und dem britischen Pfund führte zu einer Verlängerung der in Euro dargestellten Bilanz, da die Fremdwährungsaktiva und -passiva durch die Währungsumrechnung einen höheren Eurobuchwert erhalten. Ferner musste die Deutsche Pfandbriefbank AG wegen der Ratingverschlechterungen einiger Staaten und wegen des schwächeren Euros zusätzliche Sicherheiten für gedeckte Refinanzierungen stellen, wodurch die Bilanzsumme weiter stieg.

Das bilanzielle Eigenkapital reduzierte sich gegenüber dem Vorjahr von 2,5 Mrd. € auf 2,4 Mrd. €. Die Reduktion entfällt im Wesentlichen auf den Jahresfehlbetrag. Kapitalerhöhungen wurden im Geschäftsjahr 2010 nicht durchgeführt.

Bankenaufsichtsrechtliche Kennzahlen nach Solvabilitätsverordnung

Gemäß der „Waiver-Regelung“ nach § 2a KWG ist die Deutsche Pfandbriefbank AG nicht verpflichtet, auf Institutsebene die Eigenmittel- und Kernkapitalquoten zu ermitteln.

Entwicklung der Finanzlage

Der Rückgang bei den verbrieften Verbindlichkeiten ist im Wesentlichen auf die Übertragung von Verbindlichkeiten auf die FMS-Wertmanagement in Höhe von 124 Mrd. begründet. Im Zeitraum vom 1.1.-30.09.2010 wurden weitere vom SoFFin garantierte Schuldverschreibungen in Höhe von 29 Mrd. € emittiert. Per Saldo reduzierten sich die verbrieften Verbindlichkeiten aus diesem Sachverhalt im Vergleich zum Vorjahr somit um 95 Mrd. €. Weiterhin reduzierten sich die verbrieften Verbindlichkeiten in Folge von Endfälligkeiten und Rückkäufen um 22 Mrd. €.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten erhöhten sich per 30.09.2011 um weitere 21 Mrd. €. Im Zusammenhang mit der Übertragung von Verbindlichkeiten auf die FMS-Wertmanagement wurden 6,5 Mrd. € Repo Verbindlichkeiten transferiert. Aufgrund der Rückführung der Verbindlichkeiten seitens der FMS-Wertmanagement bis zum 31.12.2010 konnten die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um weitere 21 Mrd. € zurückgeführt werden.

Die Kundeneinlagen erhöhten sich um 4 Mrd. €. Dies ist im Wesentlichen in Sichtverbindlichkeiten aus dem Zahlungsverkehr gegenüber der FMS-Wertmanagement begründet.

Der Anstieg bei den Sonstigen Verbindlichkeiten ist größtenteils auf die im Kapitel „Entwicklung der Vermögenslage“ beschriebenen kompensierenden Effekten zurückzuführen.

Zusammenfassende Würdigung

Das Ergebnis vor Steuern der Deutschen Pfandbriefbank AG belief sich im Jahr 2010 auf -112 Mio. €. Es war jedoch deutlich weniger negativ als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum (-1.613 Mio. €). Diese Tendenz verdeutlicht die Erfolge der Deutschen Pfandbriefbank AG bei der Restrukturierung und Neuausrichtung und die Profitabilität des Portfolios nach dem Übertrag von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten auf die FMS-Wertmanagement.

Verbundene Unternehmen

Zur Hypo Real Estate Holding AG in München steht die Deutsche Pfandbriefbank AG in einem Abhängigkeitsverhältnis gemäß § 17 AktG. Am 8. Juni 2009 übernahm der Finanzmarktstabilisierungsfonds SoFFin die Aktienmehrheit der Hypo Real Estate Holding AG. Ab diesem Zeitpunkt entfällt die Berichtspflicht nach § 312 AktG.

Nachtragsbericht

Im März 2011 ereignete sich eine Natur- und Atomkatastrophe in Japan. Die daraus resultierenden Folgen für die Deutsche Pfandbriefbank AG sind derzeit noch nicht abschätzbar. Allerdings gilt in Japan unser Augenmerk zurzeit vor allem unseren rund 40 Kolleginnen und Kollegen, die vor Ort tätig sind. Die Deutsche Pfandbriefbank AG hat im Segment Real Estate Finance gegenüber ihrer Tochtergesellschaft Hypo Real Estate Capital Japan Corporation Ausfallrisiken mittels einer Finanzgarantie übernommen. Diese mittelbaren Kreditausreichungen gegenüber japanischen Kontrahenten per 31. Dezember 2010 belaufen sich auf 1,5 Mrd. €. Davon wurde im März eine Finanzierung mit einem Volumen von 0,7 Mrd. € zurückgeführt. Daneben hat sie per 31. Dezember 2010 Finanzierungen in den Segmenten Public Sector Finance / Value Portfolio direkt in Höhe 0,7 Mrd. € ausgereicht.

Darüber hinaus fanden keine berichtenswerten Vorgänge nach dem 31. Dezember 2010 statt.

Risikobericht

In 2010 war die Lage an den Kapitalmärkten von der unsicheren Entwicklung der Verschuldungssituation der derzeit im Fokus stehenden europäischen Staaten, insbesondere Portugal, Spanien, Italien, Irland und Griechenland, geprägt. Der Markt für europäische Staatsanleihen war insgesamt in 2010 extrem volatil. Nach einer ruhigeren Zwischenphase richtete sich der Fokus zuletzt erneut auf die genannten Länder der Eurozone. Die Entscheidung Irlands, den Rettungsschirm in Anspruch zu nehmen, stabilisierte die Situation kurzfristig, wobei unsicher ist, ob sich die Risikoaufschläge nachhaltig und signifikant einengen werden. Die Aufschläge sind nach wie vor sehr volatil und liegen deutlich über dem Niveau der vergangenen Jahre.

Nach dem Übertrag von Risikopositionen und Portfolien auf die neu gegründete Anstalt öffentlichen Rechts „FMS-Wertmanagement“ zum ersten Oktober 2010 ist die Deutsche Pfandbriefbank AG nurmehr in vermindertem Umfang von der unsicheren Entwicklung der Schuldendienstfähigkeit der verschiedenen im Fokus stehenden europäischen Staaten betroffen. Griechische bzw. irische Staatsanleihen wurden vollständig übertragen bzw. abgebaut; neben einem geringen Anteil gegenüber Portugal verbleiben Teile des italienischen und spanischen Exposures mit Staatsbezug im Portfolio der Deutsche Pfandbriefbank AG. Gleichwohl ist jedoch die weitere Entwicklung der verschiedenen im Fokus stehenden europäischen Staaten aufgrund ihrer grundsätzlichen, geschäftspolitischen Relevanz für die Deutsche Pfandbriefbank AG genau zu beobachten.

Auf den Immobilienmärkten hat sich die Lage etwas entspannt; in einigen Länder nehmen die Immobilientransaktionen - ausgehend von einem niedrigen Niveau - auch unterstützt durch die sehr niedrigen Hypothekenzinsen wieder zu. Jedoch bestehen nach wie vor hohe Leerstände, die die Preise für gewerbliche Immobilien belasten. Insbesondere die Hypothekenzinsenmärkte in Spanien und Irland werden sich voraussichtlich auch mittelfristig nicht erholen, da die zugrundeliegenden Immobilienmärkte schwach bleiben werden.

Die Refinanzierungssituation war in 2010 unter anderem von Liquiditätsbelastungen aus der Abwertung des Euro zum US-\$ um ca. 8% geprägt. Weitere wesentliche Einflussfaktoren sind im Kapitel zu Liquiditätsrisiken erläutert. Die Auswirkungen konnten durch die Liquiditätsunterstützungsmaßnahmen des SoFFin, auf die die Deutsche Pfandbriefbank AG auch im zweiten Halbjahr 2010, zum Übertrag von Positionen auf die FMS- Wertmanagement, angewiesen war und die ausführlich im Kapitel „Wesentliche Ereignisse“ des Lageberichtes dargestellt sind, ausgeglichen werden. Auch in 2010 konnte die Deutsche Pfandbriefbank AG Privatplatzierungen und Benchmarktransaktionen am Markt durchführen.

Die Deutsche Pfandbriefbank AG ist in das übergeordnete Risikomanagementsystem der HRE integriert.

Übertragung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten auf die FMS-Wertmanagement

Wie bereits in den Ausführungen zu wesentlichen Ereignissen im Lagebericht beschrieben hat die Deutsche Pfandbriefbank AG als Teil des HRE Konzerns mit Wirkung zum 1. Oktober 2010 Vermögenswerte und Verbindlichkeiten auf die FMS-Wertmanagement übertragen. Eine Konsolidierung der Bilanzen der Deutsche Pfandbriefbank AG mit denen der FMS-Wertmanagement findet nicht statt. Dadurch werden unter anderem neben einer Bilanzreduktion und –strukturverbesserung eine Kapitalentlastung sowie weiterhin eine Verbesserung der Liquiditätsposition erreicht.

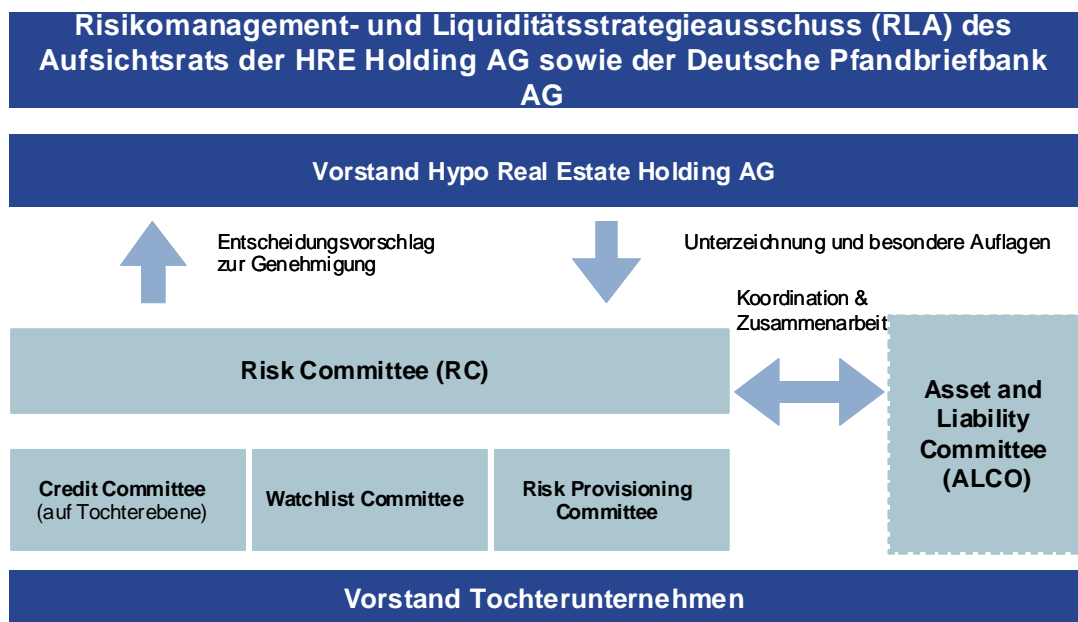
Sowohl für Vermögenswerte aus dem Bereich Immobilienfinanzierung ("Real Estate Assets") als auch für „Non Real Estate Assets“ der Deutsche Pfandbriefbank AG wurden spezifische Selektionskriterien für eine Übertragung auf die FMS-Wertmanagement angewendet. Selektionskriterien zur Reduzierung des Kreditrisikos stellten beispielsweise Immobilien-Objektklassen mit grundsätzlich erhöhtem Risiko sowie Standard-Risikoparameter (z.B. Beleihungsauslauf [Loan to Value], Verlustquote bei Ausfall [Loss Given Default], Zinsdeckungsquote [Interest Service Coverage] Rating) mit erhöhten Risikowerten dar. Ebenfalls im Fokus der Selektion standen Vermögenswerte als Teil von Konzentrationsrisiken sowie Positionen mit extrem langer Restlaufzeit oder Denominierung in anderer Währung als dem Euro. Daneben wurden zur Liquiditätsoptimierung unter anderem nicht-repofähige sowie nicht-EZB-fähige Vermögenswerte sowie Geschäfte in Ländern, die nicht deckungsstockfähig sind bzw. die aufgrund von Unsicherheiten hinsichtlich der Entwicklung der Schuldendienstfähigkeit zu überhöhten Übersicherungsanforderungen führen, selektiert.

Organisation und Grundsätze des Risiko- und Kapitalmanagements

Die HRE hat ein konzernweites Risikomanagement- und Risikocontrollingsystem eingerichtet. Dies stellt gleichzeitig eine wichtige Voraussetzung zur Anwendung der Waiver-Regelung dar. Alle Aufgaben gemäß §25a KWG im Bereich der einheitlichen Risikoidentifizierung, -messung und -limitierung sowie des Risikomanagements werden von der HRE zentral vorgegeben. Die operative Umsetzung obliegt den jeweiligen Tochterinstituten und somit auch der Deutsche Pfandbriefbank AG.

Organisation und Komitees

Die Grundsätze, Methoden und Prozesse des Risikomanagementsystems der HRE werden zentral vom Risikomanagement und –controlling der HRE Holding vorgegeben und finden in der Deutsche Pfandbriefbank AG Anwendung. Außer dem Credit Committee, das in der Deutsche Pfandbriefbank AG für Kreditentscheidungen zuständig ist, sind die nachfolgend dargestellten Komitees unter Beteiligung der jeweiligen Kompetenzträger der Deutsche Pfandbriefbank AG auf HRE-Konzernebene eingerichtet.



Der Vorstand der HRE Holding trägt die Verantwortung für das konzernweite Risikomanagementsystem und entscheidet über alle Strategien und die wesentlichen Fragen des Risikomanagements und der -organisation des HRE Konzerns. Das Risikomanagementsystem ist ein alle Geschäftsaktivitäten der HRE Holding umfassendes System der nachvollziehbaren und systematischen Identifikation, Analyse, Bewertung, Steuerung, Dokumentation und Kommunikation aller wesentlichen Risiken sowie deren Überwachung auf Basis einer definierten, jährlich überarbeiteten Risikostrategie.

Die Mitglieder des Vorstandes der Deutsche Pfandbriefbank AG, die jeweils dieselbe Funktion auch im HRE Vorstand ausüben, tragen gesamtheitlich die Verantwortung für alle strategischen und operativen Entscheidungen der Deutsche Pfandbriefbank AG auf Basis der Vorgaben der HRE.

Im Überblick sind die wesentlichen, vom Vorstand zu verantwortenden Aktivitäten im Risikomanagementsystem dargestellt:

- Festlegung, Aktualisierung und Kommunikation von Geschäfts- und Risikostrategien als Grundlage der Geschäftsaktivitäten und Risikoprävention für die Deutsche Pfandbriefbank AG
- Festlegung und Weiterentwicklung von Organisationsstrukturen insbesondere für das Risikomanagement zur Gewährleistung der Steuerung und Überwachung aller wesentlichen Risiken der Deutsche Pfandbriefbank AG

- Verabschiedung von Kreditkompetenzrichtlinien als Entscheidungsrahmen entlang der Kreditprozesse der Deutsche Pfandbriefbank AG
- Entscheidung über (Portfolio-) Steuerungsmaßnahmen außerhalb der übertragenen Kompetenzen

Der Vorstand der Deutsche Pfandbriefbank AG informiert den Aufsichtsrat der Deutsche Pfandbriefbank AG über Änderungen der Geschäfts- und Risikostrategien sowie das Risikoprofil der Deutsche Pfandbriefbank AG.

Der für die Deutsche Pfandbriefbank AG zuständige Risikomanagement- und Liquiditätsstrategieausschuss (RLA) des Aufsichtsrats befasst sich hauptsächlich mit der Steuerung der Gesamtrisikosituation, der Überwachung, Einrichtung und Fortentwicklung eines effizienten Risikomanagementsystems sowie mit der Liquiditätssteuerung und -sicherung der HRE, in die die Deutsche Pfandbriefbank AG eingebunden ist. Der Vorstand informiert das Gremium über alle Erhöhungen und Neubildungen von Einzelwertberichtigungen über 5 Mio. € und in regelmäßigen Abständen über größere und risikoreichere Engagements.

Das Risk Committee (RC) der HRE setzt sich aus dem Chief Risk Officer (CRO; Vorsitzender) der HRE Holding in Personalunion für die Deutsche Pfandbriefbank AG, dem Chief Financial Officer (CFO), den Chief Credit Officers (CCOs) der Geschäftssegmente sowie dem Leiter Risikomanagement & Control zusammen. Das Gremium tagt in der Regel monatlich und verabschiedet Guidelines/Policies¹, Methoden zur Risikomessung, deren Parametrisierung sowie Methoden der Risikoüberwachung für alle Risikoarten. Es unterbreitet dem HRE Holding Vorstand und dem Vorstand der Deutsche Pfandbriefbank AG unter anderem Entscheidungsvorschläge zu Risikolimiten auf HRE-Konzernebene und auf Ebene der Deutsche Pfandbriefbank AG sowie zu Risikostrategien.

Das Risk Committee überwacht die Entwicklung der Risikotragfähigkeit, des ökonomischen Kapitals, der Risikodeckungsmasse, des Kreditportfolios und die Einhaltung von Limiten. Es entscheidet über geeignete Maßnahmen des Kreditrisikomanagements.

Für die Adaption und Ausführung der getroffenen Entscheidungen ist der CRO der Deutsche Pfandbriefbank AG sowie die CCOs der Segmente Real Estate Finance und Public Sector Finance bzw. der Bereich Treasury und Assetmanagement der HRE verantwortlich.

Das Asset and Liability Committee (ALCO) der HRE ist unter Vorsitz des zuständigen Vorstandsmitglieds für Treasury mit dem Chief Risk Officer, dem Chief Financial Officer, den Leitern der Bereiche Treasury und Assetmanagement, Finance, Risk Management & Control besetzt und tagt monatlich. Die Aufgaben umfassen das Liquiditätsmanagement, das Management der Bilanzstruktur der HRE und der Deutsche Pfandbriefbank AG, Funds Transfer Pricing, sowie die Marktrisikosteuerung und die Steuerung der regulatorischen Kapitalquoten. In diesem Gremium erfolgt auch die Vorbereitung von Entscheidungsvorlagen für Liquiditäts- und Refinanzierungsstrategien, die nach Diskussion im Risk Committee ebenso wie Akquisitionen und Desinvestments im Management Board der HRE entschieden werden.

Das Credit Committee setzt sich bei der Deutsche Pfandbriefbank AG aus dem CRO (Vorsitzender), den CCOs der Geschäftssegmente, den Senior Credit Executives und dem Leiter Risk Management & Control sowie Vertretern der Marktseite zusammen. Die Vertreter der Marktseite haben dabei ein Votierungsrecht im Rahmen der Marktverantwortung. Das Gremium tagt in der Regel mindestens wöchentlich und ist für kompetenzgerechte Kreditentscheidungen für Neugeschäft, Prolongationen und materiellen Veränderungen im Kreditverhältnis verantwortlich. Es gibt zudem ein Votum ab für alle Kreditentscheidungen, die in die Kompetenz des Vorstandes der Deutsche Pfandbriefbank AG fallen bzw. die durch den Aufsichtsrat zu genehmigen sind. Das Credit Committee stellt sicher, dass die Kreditentscheidungen der jeweils aktuellen Geschäfts- und Risikostrategie entsprechen.

Das Watchlist Committee der Deutsche Pfandbriefbank AG tagt monatlich. Stimmberechtigte Mitglieder sind die jeweiligen CCOs der jeweiligen Geschäftssegmente (Vorsitz), die Senior Credit Executives, optional der CRO sowie die zuständigen Leiter des Credit Risk Managements. In dem Gremium werden

¹ Policies und Guidelines, die strategische Entscheidungen beinhalten, sind durch den Gesamtvorstand der Deutsche Pfandbriefbank AG zu genehmigen.

alle im Rahmen des Frühwarnsystems aufgefallenen Engagements der Deutsche Pfandbriefbank AG besprochen und gegebenenfalls individuelle, risikobegrenzende Maßnahmen festgelegt, die nachfolgend von den zuständigen Abteilungen umzusetzen sind. Sofern notwendig beschließt das Gremium über die Engagementübergabe an den Bereich Global Workout, der auf Basis einer Engagementsstrategie die notwendigen Schritte zur Restrukturierung und Abwicklung durchführt. Alle notwendigen Kreditentscheidungen werden von den jeweils verantwortlichen Kompetenzträgern entsprechend der Kreditkompetenzordnung bzw. im Credit Committee der Deutsche Pfandbriefbank AG getroffen.

Sofern Hinweise auf eine Wertminderung bei einem Engagement vorliegen wird das Ergebnis nach erfolgter Ermittlung der Höhe der Wertminderung im Risk Provisioning Committee vorgestellt. Das regelmäßig tagende Gremium setzt sich aus dem CRO (Vorsitzender), dem CFO, dem Leiter Global Workout sowie den CCOs der Geschäftssegmente zusammen. Es entscheidet im Rahmen einer vorgegebenen Kompetenzordnung bzw. gibt Empfehlungen im Hinblick auf die Bildung und Auflösung von Risikovorsorge sowie gegebenenfalls notwendige Rettungserwerbe. Die Empfehlungen des Gremiums sind vom Vorstand der Deutsche Pfandbriefbank AG im Rahmen der jeweils gültigen Kompetenzordnung zu entscheiden.

Group Chief Risk Officer (CRO)

Neben den oben genannten Komitees bilden folgende Organisationseinheiten des Chief Risk Officer, der in Personalunion auch CRO der Deutsche Pfandbriefbank AG ist, einen integralen Bestandteil des Risikomanagementsystems der HRE, in das die Deutsche Pfandbriefbank AG einbezogen ist:



Die Organisation der CRO-Funktion umfasst als Überwachungs- und Marktfolgeeinheit auf HRE-Konzernebene

- die Einheit **Risk Management & Control**, die unter anderem Markt-, Adress-, operationelle Risiken und Liquiditätsrisiken der Deutsche Pfandbriefbank AG überwacht und auch für einheitliche Risikomessmethoden, Risikoberichte und Kreditprozesse verantwortlich ist
- die Einheiten **des Credit Officer Real Estate I** der Deutsche Pfandbriefbank AG und des **Credit Officer Public Sector, Financial Institutions & Value Portfolio I**, die jeweils das Bestandsmanagement sowie die Analyse des selektiven Neugeschäfts zur Aufgabe haben
- die Einheit **Global Workout RE Europe/Asia**, die die Sanierung und Abwicklung aller kritischen Engagements im Segment Real Estate Finance zum Ziel hat. Für die Segmente Public Sector Finance und Value Portfolio erfolgt die Bearbeitung in den jeweiligen Credit Risk Management (CRM) - Bereichen
- das **Credit Secretary**, welches insbesondere für die Organisation des Credit Committee verantwortlich zeichnet
- die **Immo Trading**, welche –unter anderem – die Gebäudeverwaltung von Immobilien, die in den Bestand genommen wurden, betreut.

Die Einheit Credit Quality Control, wurde dem Bereich Risk Management & Control zugeordnet und bildet die Abteilung Risk Governance. In deren Aufgabenbereich fallen auf HRE-Konzernebene sowie auf Ebene der Deutsche Pfandbriefbank AG die Überwachung der Risikotragfähigkeit, die Risikostrategie, Gewährleistung der MaRisk-Konformität von Prozessen, sowie das Anweisungswesen und die Qualitätssicherung im Hinblick auf Kreditprozesse.

Der Bereich Property Analysis & Validation, der für die Analyse und einheitliche Bewertung der Besicherungsobjekte nach Markt- und Beleihungswertverfahren zuständig ist, war im Berichtszeitraum dem Verantwortungsbereich des CEO unterstellt.

Neben der CRO-Funktion ergänzen die Einheit Compliance/Corporate Governance und die Einheit Audit das Risikomanagementsystem der Deutsche Pfandbriefbank AG. In den Aufgabenbereich von Audit fallen die turnusmäßige sowie anlassbezogene Prüfung von Prozessen und Systemen sowie signifikante Transaktionen. Zudem wird das Risikomanagement durch die Einheit Legal unterstützt.

Neben der Beurteilung eigener Portfolien nimmt die Deutsche Pfandbriefbank AG auch Servicerfunktionen wahr, deren Umfang in Leistungsscheinen sowie in einem Kooperationsvertrag geregelt ist. In dem dabei vorgegebenen Rahmen bestehen lediglich geringe Entscheidungskompetenzen.

Risikostrategie und –Policies

Die Risikostrategie des HRE-Konzerns basiert auf der Geschäftsstrategie und den Ergebnissen des konzernweiten Finanzplanungsprozesses. Sie gilt für die Geschäftssegmente und rechtlichen Einheiten der HRE und somit auch für die Deutsche Pfandbriefbank AG und bildet ferner den Rahmen für die Risiko- und Geschäftsstrategien der HRE-Geschäftssegmente sowie für das konzernweite Risikohandbuch. Die Risikostrategie wurde im Dezember 2010 durch den Vorstand der Deutsche Pfandbriefbank AG verabschiedet und wurde dem Risikomanagement- und Liquiditätsstrategieausschuss des Aufsichtsrates der Deutsche Pfandbriefbank AG zur Kenntnisnahme vorgelegt.

Die Risikostrategie spiegelt die strategische Neuausrichtung der Deutsche Pfandbriefbank AG als ein spezialisierter Immobilien- und Staatsfinanzierer in Deutschland und Europa mit pfandbrieforientierter Refinanzierung wider, ist in den Geschäftsplanungsprozess integriert und wird jährlich aktualisiert.

Die operative Konkretisierung der Risikostrategie erfolgt über Risiko-Policies für die einzelnen Geschäftssegmente, sowie für alle wesentlichen Risikoarten (Adress-, Markt-, Liquiditäts- und operationales Risiko), die die Risikomessung, Risikoüberwachung und das -management, den Limitierungsprozess sowie den Eskalationsprozess im Falle einer Limitüberschreitung beschreiben. Die Policies werden regelmäßig überprüft und gegebenenfalls aktualisiert.

Risikoberichtswesen

Das gesamte Risikoberichtswesen der HRE und der Deutsche Pfandbriefbank AG wurde 2010 an die neue Segmentstruktur angepasst. Die regelmäßigen Berichte an den Vorstand der HRE sowie an die Vorstände der Tochterinstitute umfassen unter anderem:

- Täglicher Liquiditätsrisikobericht über die Liquiditätslage und –vorschau
- Wöchentliche Zusammenfassung der Märkte, der Marktrisikowentwicklung sowie relevante Steuerungsinformationen
- Vierteljährlicher Group Risk- und Credit Risk Report
- Monatlicher, verkürzter Group Risk Report über wesentliche, steuerungsrelevante Kennzahlen

Daneben erhalten der CRO der Deutsche Pfandbriefbank AG und der Vorstand der HRE für Treasury täglich Marktrisikoberichte.

Diese Berichte geben dem Vorstand der Deutsche Pfandbriefbank AG einen umfassenden Überblick, detaillierte Informationen über die Risikosituation pro Risikoart sowie weitere steuerungsrelevante Informationen. Darüber hinaus werden anlassbezogen bzw. auf Wunsch des Vorstands oder Aufsichtsrats Spezialberichte erstellt, die auf spezifische und akute Risikoschwerpunkte eingehen, so zum Beispiel bezogen auf kritische Märkte, Produkte oder Kontrahenten.

In den einzelnen, oben beschriebenen Komitees erhalten die jeweiligen Vorstandsmitglieder weitere detaillierte Berichte zur Risikolage mit spezifischen Steuerungsinformationen und –empfehlungen.

Der Aufsichtsrat der Deutsche Pfandbriefbank AG bzw. der Risikomanagement- und Liquiditätsstrategieausschuss des Aufsichtsrates werden in regelmäßigen Abständen, mindestens jedoch vierteljährlich und bei Bedarf kurzfristig, über die Portfoliostruktur, die Risikosituation und spezielle risikorelevante Themen informiert.

Sie erhalten regelmäßig

- Vierteljährlich den Group Risk- und Credit Risk Report sowie
- Monatlich den verkürzten Group Risk Report über wesentliche, steuerungsrelevante Kennzahlen.

Der Risiko- und Liquiditätsstrategieausschuss des Aufsichtsrates der Deutsche Pfandbriefbank AG erhält alle größeren Engagements der Deutsche Pfandbriefbank AG sowie alle größeren Einzelwertberichtigungen über 5 Mio. € zur Kenntnisnahme.

Risikoquantifizierung, Risikosteuerung und -management

Die Risikoquantifizierung erfolgt in der Deutsche Pfandbriefbank AG insbesondere auch für die Ermittlung des ökonomischen Kapitals für die wesentlichsten Risikoarten außer dem Liquiditätsrisiko nach dem Value at Risk (VaR) Ansatz. Die einzelnen Berechnungsmethoden sind ausführlich im Risikobericht im Kapitel „Ergebnis der Risikotragfähigkeitsanalyse“ beschrieben.

Weitere, im Rahmen der regelmäßigen internen Risikoinventur als wesentlich erachtete Risikoarten wie strategische, regulatorische und Modellrisiken sowie die als immateriell erachteten Pensions-, Beteiligungs- und Immobilienrisiken werden nicht quantitativ gemessen, aber über regelmäßige detaillierte Berichte, klare Vorgaben wie zum Beispiel den Vorschriften zu Compliance und zur Corporate Governance gesteuert und begrenzt.

Risikosteuerung und -management erfolgt für die Deutsche Pfandbriefbank AG auf Portfolio- und Einzelgeschäftsebene durch:

1. Überwachung der Risikotragfähigkeit der Deutsche Pfandbriefbank AG auf Basis des Vergleichs des ökonomischen Kapitals und der Risikodeckungsmasse auch unter Berücksichtigung von Stresstestergebnissen.

2. Überwachung der Risikoaktiva (RWA) der Deutsche Pfandbriefbank AG auf Portfolioebene über Stresstests, die gewährleisten sollen, dass die Gesamtkapitalquote nicht unter 8,5% sinkt.

3. Operative Risikosteuerung über

- den Einsatz Basel II-konformer Risikoparameter im Kreditgeschäft der Deutsche Pfandbriefbank AG. Der Basel-II-konforme Steuerungsansatz zeigt den durchschnittlich zu erwartenden Verlust auf Kreditnehmerebene und ist daher ein wichtiger Baustein in der Risikofrüherkennung und der laufenden Profitabilitätsüberwachung. Die Parameter werden jährlich überprüft und rekaliert.
- ein im ersten Quartal 2010 in der Deutsche Pfandbriefbank AG eingeführtes, verbessertes Limitsystem für Kontrahenten- und Emittentenrisiken auf Basis einer markterprobten Standardapplikation mit einer einheitlichen Risikomessmethodik
- Intensive Überwachung und Management von Einzeladressen
- Überprüfung der Verlustgefahr durch entsprechende Hinweise auf Wertminderungen

Die Risikosteuerung der Deutsche Pfandbriefbank AG wird durch die Integration des ökonomischen Kapitals in den Geschäftsplanungsprozess im Jahr 2011 weiter ausgebaut.

Ökonomisches Kapital und Überwachung der Risikotragfähigkeit

Die Deutsche Pfandbriefbank AG hat eine auf dem internen Kapitaladäquanzverfahren (Internal Capital Adequacy Assessment Process, ICAAP) basierende Risikotragfähigkeitsanalyse etabliert. Die Prüfung der internen Kapitaladäquanz stützt sich auf das Konzept des ökonomischen Kapitals. Die Methodik zur

Berechnung des ökonomischen Kapitals der Deutsche Pfandbriefbank AG ist zum einen auf den Bedarf und die Anforderungen ihres Geschäfts ausgelegt. Ein weiteres Kriterium ist zum anderen die Erfüllung der Säule-2-Kriterien nach Basel II für Banken sowie deren Konkretisierung gemäß den deutschen Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk). Diese schreiben eine angemessene interne Kapitalisierung vor.

Das ökonomische Kapital wird definiert als die Menge an Kapital, die eine Bank benötigt, um den größten potenziellen unerwarteten Gesamtverlust mit einer definierten Wahrscheinlichkeit über einen Zeithorizont von einem Jahr aufzufangen. Der von der Deutsche Pfandbriefbank AG verwendete Maßstab für die Verlustwahrscheinlichkeit ist die mit einem langfristigen Kreditrating (A- bei Standard & Poor's, A / A2 bei Moody's und Fitch) verbundene Ausfallwahrscheinlichkeit. Der auf Basis der Einschätzung von der Ratingagentur Standard & Poor's für die langfristige Ausfallwahrscheinlichkeit von vorrangigen unbesicherten Verpflichtungen mit A- Rating dafür ermittelte Wert beträgt nach den Auswirkungen der Finanzkrise 0,08%, was eine Reduktion des Konfidenzniveaus auf 99,92% rechtfertigen würde. Um aber noch konservativer zu sein, als es sich aus dem Zielrating ergeben würde, hat die Bank entschieden, das Konfidenzniveau, das bei der Berechnung des ökonomischen Kapitals zugrunde gelegt wird, unverändert bei 99,95% zu belassen.

Die einzelnen spezifischen Berechnungsmethoden des VaR für die einzelnen Risikoarten sind im Kapitel „Ergebnis der Risikotragfähigkeitsanalyse“ näher erläutert. Für das Liquiditätsrisiko wird – wie branchenüblich - kein ökonomisches Kapital berechnet; das Risiko wird jedoch in Stress-Szenarien berücksichtigt.

Zur Bewertung der Angemessenheit der Kapitalausstattung der Deutsche Pfandbriefbank AG wird die Höhe des ökonomischen Kapitals den der Bank zur Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen, der sogenannten Risikodeckungsmasse, innerhalb eines Jahres gegenübergestellt. Die Definition der verfügbaren Risikodeckungsmasse für ein Jahr beinhaltet branchenübliche Komponenten wie im Wesentlichen das bilanzielle Eigenkapital nach IFRS, eigenkapitalähnliche Komponenten (Nachrang- und Hybridkapital mit einer Haltedauer von mindestens einem Jahr sowie das geplante Ergebnis der nächsten zwölf Monate. Diese Komponenten sind dazu geeignet, mögliche Verluste abzufedern und einen entsprechenden Risikopuffer aufrechtzuerhalten. Die Risikodeckungsmasse muss in jedem Fall größer sein als das ökonomische Kapital.

Die auf Basis des ICAAP größte Risikoart (gemessen am ökonomischen Kapital und ohne explizite Berücksichtigung des Liquiditätsrisikos) ist das Adressrisiko, auf das 66% des undiversifizierten ökonomischen Kapitals entfallen.

Bezogen auf das ökonomische Kapital ist die Deutsche Pfandbriefbank AG seit der Übertragung von Positionen auf die FMS-Wertmanagement wieder ausreichend kapitalisiert. Somit ist die Risikotragfähigkeit seit Oktober 2010 wieder vollumfänglich gegeben.

Dem Gesamtvorstand und dem Risk Committee werden die Ergebnisse des Kapitaladäquanzverfahrens und der Stresstests regelmäßig vorgestellt. Im Gesamtvorstand beziehungsweise im Risk Committee werden die Ergebnisse diskutiert und gegebenenfalls Steuerungsmaßnahmen festgelegt.

Im ersten Quartal des Jahres 2010 hat eine signifikante Anpassung der ICAAP-Methodik an die veränderte Geschäftsstrategie der HRE und somit auch der Deutsche Pfandbriefbank AG stattgefunden. Hierbei wurde die strategische Neuausrichtung mit deutlich stärkerem Fokus auf die Haltedauer von Aktiva bis zur Endfälligkeit, die neue Eigentümerstruktur sowie das veränderte Funding-Profil in der Modellgestaltung explizit berücksichtigt. Weiterhin hat die im dritten und vierten Quartal durchgeführte vollständige Risikoinventur wiederum einige Änderungen des ICAAP Modells hervorgerufen. Die Beteiligungs- und Immobilienrisiken sind nun, aufgrund des veränderten Portfolios nach der Übertragung von Positionen auf die FMS-Wertmanagement, als immateriell eingestuft. Demzufolge finden sie keine Berücksichtigung mehr bei der Berechnung des ökonomischen Kapitals. Weiterhin wurden die systematischen Risikofaktoren des Kreditportfoliomodells an die neue Portfolio-Zusammensetzung angepasst. Details zu den methodischen Anpassungen sind im Kapitel „Ergebnis der Risikotragfähigkeitsanalyse“ dargestellt.

Wesentliche Projekte im Risikomanagement der Deutsche Pfandbriefbank AG

Aufgrund der vollständigen Integration des Risikomanagements der Deutsche Pfandbriefbank AG in das Risikomanagement der HRE profitiert die Deutsche Pfandbriefbank AG auch von folgenden IT-bezogenen Weiterentwicklungen auf HRE Konzernebene:

Limit System: Das HRE-konzernübergreifende Limit System für Adressrisiken, welches alle Kreditnehmer und Produkte sämtlicher konsolidierter juristischer Einheiten des HRE Konzerns berücksichtigt, wurde im ersten Quartal 2010 umgesetzt. Im ersten Halbjahr 2011 werden weitere Verbesserungen sowie Ausbaustufen folgen.

Management Information System MIS: Seit Beginn 2010 basiert das interne und externe Kreditrisikoberichtswesen zu weiten Teilen auf einem in der HRE konzernweit und somit auch bei der Deutsche Pfandbriefbank AG eingeführten Reporting-Plattform „MIS / Risk Cockpit“. Im weiteren Verlauf von 2010 wurden kontinuierliche Verfeinerungen, zusätzliche Informationen und ein höherer Automatisierungsgrad bei der Erstellung der Berichte umgesetzt, diesbezügliche Aktivitäten werden auch weiterhin fortgeführt.

Vereinheitlichung Markt Risiko: Im Rahmen der in Phasen in der HRE konzernweit und somit auch bei der Deutsche Pfandbriefbank AG aufgesetzten Vereinheitlichung der Marktrisikosteuerung wurde in 2010 schwerpunktmäßig an der Weiterentwicklung methodischer Aspekte gearbeitet. Weitere Projektphasen sind im Zuge des Programms New Evolution - TOPP 2011 in den folgenden Releases geplant.

Liquiditäts Risiko Management: Im 4. Quartal 2010 wurde eine Applikation entwickelt, die den Reporting-Anforderungen hinsichtlich eines in der HRE konzernweiten und einheitlichen Liquiditätsrisiko-Managements gerecht wird und im Januar 2011 implementiert wurde. Hier wird es in 2011 eine weitere Ausbaustufe geben, die den stetig wachsenden regulatorischen Aspekten ausreichend Rechnung trägt.

Eine wesentliche Verzögerung bzw. ein Scheitern der erwähnten Projekte kann zu Fehlsteuerungsimpulsen führen.

Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess

Konzeption

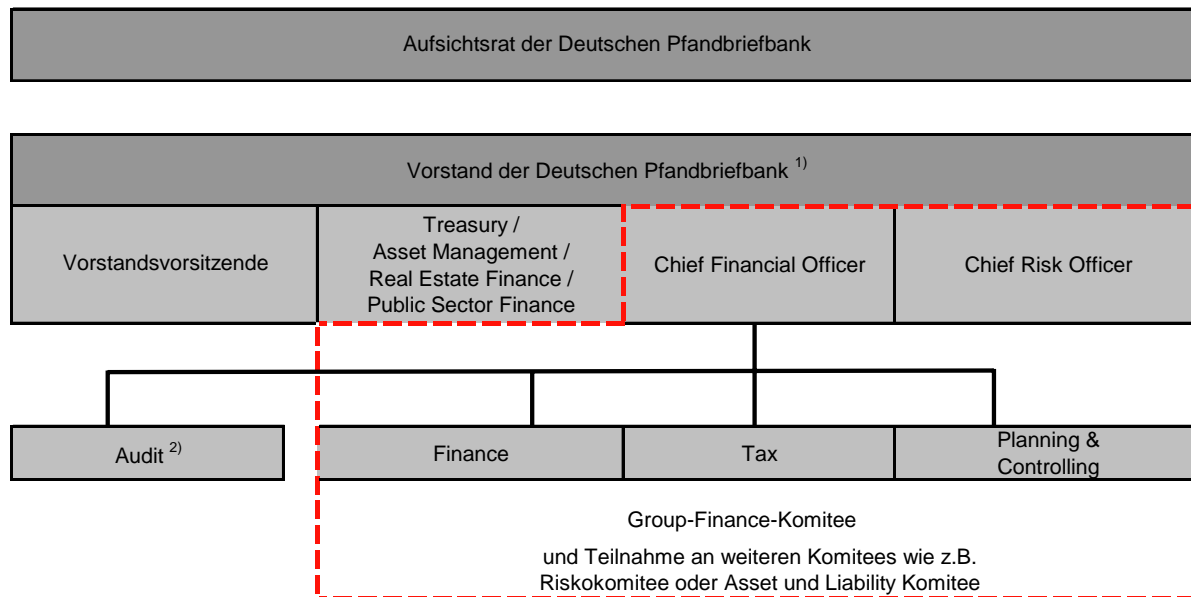
Das interne Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess umfasst die Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen zur Sicherung der Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Rechnungslegung sowie zur Sicherung der Einhaltung der maßgeblichen rechtlichen Vorschriften. Ziel des Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess ist es, Risiken zu identifizieren und zu bewerten, die dem Ziel der Regelkonformität des Abschlusses entgegenstehen könnten, sowie erkannte Risiken zu begrenzen und auf ihren Einfluss, auf den Abschluss und die entsprechende Abbildung dieser Risiken zu überprüfen. Das interne Kontrollsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess ist ein integraler Bestandteil des Risikomanagementsystems und hat die Zielsetzung, durch die Implementierung von Kontrollen hinreichende Sicherheit zu gewährleisten, dass trotz der identifizierten Risiken ein regelungskonformer Abschluss erstellt wird.

Ein internes Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess kann jedoch keine absolute Sicherheit bezüglich des Erreichens der verbundenen Ziele geben. Wie alle Ermessensentscheidungen können auch solche zur Einrichtung angemessener Systeme grundsätzlich aufgrund von Fehlern, Irrtümern, Veränderungen der Umgebungsvariablen oder bewussten Verstößen und kriminellen Handlungen fehlerhaft sein. Aufgrund dieser Grenzen können Fehlaussagen in den Abschlüssen nicht mit absoluter Sicherheit aufgedeckt oder verhindert werden.

Bei der Deutsche Pfandbriefbank AG spiegelt sich das interne Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess in der Aufbau- und der Ablauforganisation wider. Aufbauorganisatorisch umfasst das interne Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess vor allem den Vorstand, den Aufsichtsrat als Kontrollorgan des Vorstands, die an den Chief Financial Officer (CFO) berichtenden Bereiche und das Group-Finance-Komitee.

Aufbauorganisation des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Konzernrechnungslegungsprozess

Stand: 31. Dezember 2010



1) Ab 1. Januar 2011 erweitert um das **Vorstandsressort Group Treasurer**

2) Seit April 2010 dem CFO zugeordnet; bis April dem Vorstandsvorsitzenden

Der Vorstand als gesetzlicher Vertreter der Deutsche Pfandbriefbank AG hat gemäß § 264 HGB i.V.m. § 242 HGB einen Jahresabschluss und Lagebericht aufzustellen. Der Gesamtvorstand der Deutsche Pfandbriefbank AG trägt im Zusammenhang mit der Pflicht zur Einführung eines konzernweiten internen Kontroll- und Risikomanagementsystems auch die Verantwortung für die Ausgestaltung, das heißt die Konzeption, Implementierung, Aufrechterhaltung sowie Überwachung eines angemessenen und wirksamen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess. Der Gesamtvorstand entscheidet hierzu über alle Strategien auf Vorschlag des Chief Financial Officers (CFO).

Der Aufsichtsrat hat die Aufgabe, den Vorstand zu überwachen. Hierzu kann der Aufsichtsrat Geschäftsführungsmaßnahmen von seiner Zustimmung abhängig machen. Daneben hat der Aufsichtsrat Prüfungspflichten und Berichtspflichten. Gemäß § 100 Abs. 5 AktG muss mindestens ein Mitglied des Aufsichtsrats über Sachverstand in den Gebieten Rechnungslegung und Prüfung verfügen. Der Aufsichtsrat genügt nach eigener Einschätzung diesen Anforderungen.

Der Bereich Audit unterstützt den Vorstand in seiner Kontrollfunktion durch unabhängige Prüfungen.

Der CFO leitet unter anderem die Bereiche Finance, Tax und Planning and Controlling sowie seit April 2010 den Bereich Audit. Im CFO Ressort wird der Einzelabschluss gemäß HGB erstellt. Für Rechnungslegungszwecke werden die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden gemäß HGB in den Abschlüssen der Zentrale und der Niederlassungen vereinheitlicht. Hierfür wurde ein HGB-Bilanzierungshandbuch, das auch die Änderungen /Neuerungen des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) enthält, in das Prozess-/ Anweisungswesen (ATLAS) der Deutsche Pfandbriefbank AG eingestellt. Jede einbezogene Einheit meldet daraufhin die Bilanz, Gewinn-und-Verlust-Rechnung und die

Anhangsangaben über die Buchhaltungssoftware an eine zentrale Stelle im Rechnungswesen. Im Rechnungswesen werden die Daten der Fremdwährungspositionen mit Hilfe der Buchhaltungssoftware in Euro umgerechnet. Darüber hinaus werden die Daten plausibilisiert, analysiert und konsolidiert.

Der Vorstand hat auf Konzernebene ein Group Finance Komitee (GFK) eingerichtet, das Empfehlungen an den Vorstand gibt. Dazu gehören unter anderem die Festlegung und Überwachung der Richtlinien und Abläufe für das Rechnungs- und Berichtswesen für alle Einheiten und Segmente des HRE Konzerns, inklusive der Deutsche Pfandbriefbank AG. Um eine enge Kommunikation zu anderen Bereichen sicher zu stellen, sind der CFO oder die Leiter der CFO Bereiche Teilnehmer in anderen Komitees, wie zum Beispiel dem Risikokomitee mit seinen Unterkomitees, oder dem Asset und Liability Committee.

Ablauforganisatorisch basiert das interne Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess auf einer angestrebten weitgehenden Standardisierung von Prozessen und Software. Für Kernaktivitäten und –prozesse existieren ein Richtlinienwesen und ein Verhaltenskodex. Danach ist das Vier-Augen-Prinzip für wesentliche Vorgänge verpflichtend anzuwenden. Daten und EDV-Systeme sind vor unbefugten Zugriffen geschützt. Ferner werden bestimmte relevante Informationen nur Mitarbeitern zur Verfügung gestellt, die diese Information für ihre Arbeit benötigen. Ergebnisse werden, soweit notwendig, bereichsübergreifend abgestimmt.

Implementierung

Für die Erstellung des Einzelabschlusses und –lageberichts hat die Deutsche Pfandbriefbank AG die Konzeption des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess in verschiedenen Maßnahmen zur Identifizierung, Bewertung und Begrenzung der Risiken implementiert. Die Maßnahmen zur Aufbauorganisation betreffen die Gremien der Deutsche Pfandbriefbank AG und die CFO-Bereiche.

Innerhalb des CFO-Bereichs herrscht eine klare Funktionstrennung. Das GFK und weitere Komitees sowie Abteilungsbesprechungen bilden Klammerfunktionen zwischen den verschiedenen Funktionen. Darüber hinaus sind ausführende, buchende und verwaltende Tätigkeiten wie zum Beispiel die Zahlung und die Buchung der Zahlung klar getrennt oder unterliegen dem Vier-Augen-Prinzip.

Innerhalb der Ablauforganisation bestehen maschinelle bzw. systembasierte und manuelle bzw. nicht-systembasierte Maßnahmen zum Management der Risiken und für interne Kontrollen. Systembasiert wird zur Vermeidung von Fehlern soweit wie möglich Standardsoftware für die Buchung, Abstimmung, Kontrolle und das Berichten der Daten eingesetzt. Zum Schutz vor Verlust werden die Daten der Software gesichert und die Sicherung auf Band ausgelagert. Allgemein ist die Software der Deutsche Pfandbriefbank AG gegen unbefugte Zugriffe durch eine klar geregelte Administration und Freigabe von Berechtigungen geschützt.

Neben den systembasierten Maßnahmen hat die Deutsche Pfandbriefbank AG manuelle bzw. nicht-systembasierte Maßnahmen implementiert. So werden Abweichungsanalysen in Form von Soll-Ist-Vergleichen durchgeführt. Darüber hinaus wird die konsolidierte Bilanz und Gewinn- und Verlust-Rechnung auf monatlicher Basis ermittelt. Ferner werden Hochrechnungen und Planungsrechnungen erstellt. Durch die fortlaufende häufige Zahlenanalyse wird ein besseres Verständnis erzielt. Verbindliche anzuwendende Rechnungslegungsvorgaben werden definiert und kommuniziert. Es kommen allgemein anerkannte Bewertungsverfahren zum Einsatz. Die angewandten Verfahren sowie die zugrundeliegenden Parameter werden regelmäßig kontrolliert und - soweit erforderlich - angepasst. Vorgegeben werden darüber hinaus Terminpläne, um bei Terminengpässen zeitgerecht reagieren zu können.

Zur Erhöhung der Kontrollqualität sind in bestimmte Prozesse verschiedene Bereiche eingebunden und zur Abstimmung verpflichtet. Zum Beispiel dient der bereichsübergreifende Neuproduktprozess und die Überprüfung der bestehenden Produkte mit Veto-Recht durch den Bereich Finance der Sicherstellung einer einheitlichen und systematischen bilanziellen Abbildung der Produkte. Ein weiteres Beispiel für die bereichsübergreifende Abstimmung ist der Prozess zur Erstellung des Geschäftsberichts. Alle beteiligten Bereiche müssen diesen Bericht vor der Aufstellung durch den Vorstand bestätigen lassen (sogenannter Subcertification-Prozess). Im Vorfeld stimmen alle betroffenen Bereiche in Redaktionssitzungen die Inhalte wesentlicher Teile des Geschäftsberichts ab.

Im Rahmen des Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess ergreift die Deutsche Pfandbriefbank AG Maßnahmen zur Abwehr von betrügerischen Handlungen und bewussten Verstößen zu Lasten der Deutsche Pfandbriefbank AG. Als betrügerische Handlung zu Lasten der Deutsche Pfandbriefbank AG werden zum Beispiel Diebstahl, Unterschlagung oder Untreue gezählt. Im Bezug auf den Rechnungslegungsprozess wird darüber hinaus auch die bewusste falsche Bilanzierung als betrügerische Handlung definiert. Die Deutsche Pfandbriefbank AG identifiziert und bewertet die Risiken und stellt Maßnahmen zur Abwehr solcher betrügerischer Handlungen und bewusster Verstöße auf. Durch ein neu entwickeltes systembasiertes Konzept werden darüber hinaus die Mitarbeiter in Compliance-Regelungen geschult.

Aufrechterhaltung

Die Deutsche Pfandbriefbank AG überprüft und verbessert ihr internes Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess fortlaufend im Rahmen der Sitzungen des Vorstandes, des GfK und bereichsintern zur Sicherstellung einer möglichst richtigen und umfassenden Identifizierung, Bewertung und Begrenzung der Risiken. Als Ergebnis werden auch Anpassungen des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess an neue Gegebenheiten wie zum Beispiel Veränderungen in der Struktur und dem Geschäftsmodell der Deutsche Pfandbriefbank AG oder neue gesetzliche Anforderungen vorgenommen.

Das Risiko betrügerischer Handlungen und bewusster Verstöße wird regelmäßig analysiert, um Abwehrmaßnahmen zu ergreifen. Dazu werden unter anderem auffällige Vorkommnisse und Veränderungen in der Situation der Deutsche Pfandbriefbank AG und einzelner Mitarbeiter berücksichtigt.

Die Deutsche Pfandbriefbank AG hat gesetzliche Vorgaben einzuhalten. Ändern sich die gesetzlichen Vorgaben zum Beispiel in Form von Anpassungen des HGB sind die Änderungen umzusetzen. Die notwendigen Anpassungen an die Prozesse und IT Systeme werden gegebenenfalls in eigenen Projekten abteilungsübergreifend und mit klarer Funktionszuordnung umgesetzt. Im Rahmen der Umsetzung wird auch das Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess an die geänderten Vorschriften angepasst. Ein Beispiel stellt das überwiegend ab dem Jahr 2010 für deutsche Einzelabschlüsse anzuwendende Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) dar. Im Zuge der BilMoG Umsetzung wird auch das Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess an die geänderten Vorschriften angepasst, zum Beispiel bei der Überarbeitung der Bilanzierung von Bewertungseinheiten.

Im Rahmen der Restrukturierung der Deutsche Pfandbriefbank AG wurden Gesellschaften liquidiert und verschmolzen, Niederlassungen geschlossen und der Personalbestand reduziert.

Die Deutsche Pfandbriefbank AG begegnet dem Risiko auf den Abschlussprozess durch klare Funktionszuordnungen, die Zentralisierung des Projektmanagements zur Restrukturierung und eine enge Zusammenarbeit der verschiedenen Bereiche.

Die IT-Landschaft der Deutsche Pfandbriefbank AG ist vor allem aufgrund zahlreicher Unternehmenserwerbe in der Vergangenheit heterogen. Im Rahmen des Projektes New Evolution werden daher die Systeme und die Prozesse in den nächsten Jahren so weit wie möglich vereinheitlicht.

Überwachung

Dem Bereich Audit kommt die Aufgabe zu, Vorgänge auf Ordnungsmäßigkeit zu prüfen und Unwirtschaftlichkeit, Unregelmäßigkeiten oder Manipulationen aufzudecken. Dabei prüft Audit entsprechend den Regeln der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) risikoorientiert auch die Wirksamkeit und Angemessenheit des Risikomanagements und des internen Kontrollsystems und deckt gegebenenfalls Schwächen in der Identifizierung, Bewertung und Reduzierung der Risiken auf. Darin eingeschlossen ist auch eine Prüfung der IT-Systeme der HRE, sowie der Prozesse und Kontrollen in den CFO Funktionen. Zur Abarbeitung der aufgedeckten Mängel werden konkrete Maßnahmenpläne mit konkreten Terminvorgaben erstellt und nachgehalten. Der Bereich Audit ist seit April 2010 direkt dem CFO unterstellt. Bis April 2010 war er direkt dem Vorstandsvorsitzenden zugeordnet. Audit ist weder in den Arbeitsablauf integriert noch für das Ergebnis des zu prüfenden Prozesses verantwortlich. Zur Wahrung

ihrer Aufgaben hat Audit ein vollständiges und uneingeschränktes Informationsrecht über die Aktivitäten, Prozesse sowie die IT Systeme.

Als Kontroll- und Beratungsgremium des Vorstands kann der Aufsichtsrat gemäß § 111 Abs. 2 AktG die Bücher und die Vermögenswerte der Gesellschaft einsehen und prüfen. Darüber hinaus berichtet der Vorstand regelmäßig an den Aufsichtsrat. Das interne Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess ist Gegenstand der Beratungen des Aufsichtsrats. Der Aufsichtsrat erteilt dem Abschlussprüfer den Prüfungsauftrag für den Jahresabschluss gemäß § 290 HGB. Der Aufsichtsrat billigt den vom Vorstand aufgestellten und vom unabhängigen Wirtschaftsprüfer testierten Abschluss und Lagebericht.

Der Abschlussprüfer nimmt an den Sitzungen des Aufsichtsrats und des Prüfungsausschusses teil und berichtet über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung, insbesondere wesentliche Schwächen des internen Kontroll- und des internen Risikomanagementsystems bezogen auf den Rechnungslegungsprozess. Darüber hinaus berichtet der Abschlussprüfer unverzüglich über alle die für die Aufgaben des Aufsichtsrats wesentlichen Feststellungen und Vorkommnisse, die sich bei der Durchführung der Prüfung ergeben. Im Vorfeld bespricht der Aufsichtsrat mit dem Abschlussprüfer die Schwerpunkte der Prüfung.

Risikoarten

Die Deutsche Pfandbriefbank AG, unterscheidet für die Geschäftsaktivitäten folgende wesentliche Risikoarten

- Adressrisiko
- Marktrisiko
- Liquiditätsrisiko
- operationelles Risiko
- Geschäftsrisiko

Für alle Risikoarten, außer dem Liquiditätsrisiko, wird ökonomisches Kapital berechnet. Szenarien des Liquiditätsrisikos werden jedoch unter anderem im Rahmen von Stresstests im Zusammenhang mit der Überprüfung der Risikotragfähigkeit auf HRE Konzernebene sowie auf Ebene der Deutsche Pfandbriefbank AG berücksichtigt.

Wesentliche Risikoarten der Deutsche Pfandbriefbank AG, die nicht quantifiziert, jedoch über geeignete Berichte, Vorgaben und Policies begrenzt werden sind

- strategische Risiken
- Reputationsrisiken
- regulatorische Risiken sowie
- Modellrisiken

Adressrisiko

Definition

Adressrisiko bezeichnet das Risiko des Wertverlustes beziehungsweise den teilweisen oder vollständigen Ausfall einer Forderung, verursacht durch Ausfall oder Bonitätsverschlechterung eines Geschäftspartners. Daneben umfasst das Adressrisiko auch das Kontrahenten-, Emittenten- und Länderrisiko, die wie folgt definiert sind:

- Kontrahentenrisiken sind mögliche Wertverluste von nicht erfüllten Geschäften insbesondere Derivaten, welche durch Ausfall des Kontrahenten entstehen. Dabei werden folgende Unterkategorien unterschieden:
 - Abwicklungsrisiko, als das Risiko, dass bei Abwicklung eines Geschäftes der fällige Gegenwert nicht geliefert wird
 - Wiedereindeckungsrisiko als die Gefahr, dass bei Ausfall eines Kontrahenten der Kontrakt zu ungünstigeren Konditionen ersetzt werden muss
 - Barrisiko als Risiko, dass die Gegenpartei aufgenommene (Bar-)Kredite nicht zurückzahlt oder Optionsprämien weiterleitet
- Emittentenrisiken sind Risiken des teilweisen oder vollständigen Verlustes von Forderungen aus Wertpapieranlagen, verursacht durch den Ausfall des Emittenten
- Länderrisiken werden unterschieden in Transfer- und Konvertierungsrisiken sowie in Ausfallrisiken. Transfer- und Konvertierungsrisiken können durch staatliche Interventionen entstehen, die die Devisenbeschaffung oder den grenzüberschreitenden Kapitaltransfer eines zahlungsfähigen Schuldners begrenzen oder verhindern. Ausfallrisiken können durch den Ausfall bzw. die Bonitätsverschlechterung eines Landes als Schuldner entstehen.

Adressrisikostategie und -grundsätze

Die HRE und somit auch die Deutsche Pfandbriefbank AG haben im Rahmen der Restrukturierung die Aufteilung des gesamten Kreditportfolios des HRE Konzerns in ein Strategisches Portfolio (REF und PSF) und ein Value Portfolio vorgenommen. Die Umsetzung der neuen Portfoliostruktur erfolgte im ersten Quartal 2010. Die verabschiedete Risikostategie der Deutsche Pfandbriefbank AG reflektiert die neue Struktur bereits.

Das strategische Portfolio untergliedert sich in das

- Public Sector Finance (PSF) Segment, das das Public Sector Finance Geschäft der Deutsche Pfandbriefbank AG beinhaltet, sowie in das
- Real Estate Finance (REF) Segment, das das ehemalige Commercial Real Estate Finance Portfolio enthält.
- Im Segment Public Sector Finance wird sich das Neugeschäft der Deutsche Pfandbriefbank AG auf risikoarme, pfandbrieffähige Finanzierung von Ländern, Kommunen und staatlichen Einrichtungen im westeuropäischen Raum, insbesondere Deutschland, Frankreich, Spanien und Italien, sowie staatsgarantierte Public Private Partnerships (PPP) konzentrieren.
- Das Neugeschäft im Real Estate Business fokussiert sich auf pfandbrieffähige Finanzierungen gewerblicher Immobilien mit nachhaltigem Cashflow innerhalb Europas mit Schwerpunkt in Deutschland, Frankreich und Großbritannien. Zielkunden sind hauptsächlich professionelle Investoren, institutionelle Kunden, Real Estate Funds oder selektiv Bauträger. Die angestrebte Produktpalette umfasst weniger komplexe Darlehensstrukturen, selektiv ergänzt um derivative Absicherungsprodukte.

Die Refinanzierung des Neugeschäfts soll weitgehend laufzeitkongruent über Pfandbriefemissionen dargestellt werden.

Das Value Portfolio beinhaltet nicht-strategische Portfolien der Deutsche Pfandbriefbank AG sowie einen Teil der mit dem Kontrahenten „FMS-Wertmanagement“ bestehenden Geschäfte. Hinsichtlich der nicht-strategischen Portfolien im Value Portfolio sind insbesondere derivative Geschäfte mit Finanzinstituten zu nennen. Im Value Portfolio steht der werterhaltende, kapitalschonende Abbau bestehender Vermögenswerte im Vordergrund. Weitere Portfolien wurden, wie bereits eingangs im Risikobericht beschrieben, zu Beginn des vierten Quartals 2010 auf die FMS-Wertmanagement übertragen.

Adressrisikoberichte

Das Berichtswesen zu Adressrisiken wurde im Geschäftsjahr 2010 - auch unter Berücksichtigung der zusätzlichen Anforderungen nach MaRisk - grundlegend überarbeitet.

- Der Group Risk Report beinhaltet neben der Volumensentwicklung relevante Kreditrisikosteuerungskennzahlen wie die Entwicklung des erwarteten Verlustes sowie des unerwarteten Verlustes über den Value at Risk. Der Bericht zeigt sowohl auf HRE Konzern- wie auch auf Einzelinstitutsebene das Kreditrisiko im Kontext des Gesamtbankrisikos und der Risikotragfähigkeit auf, berichtet Limitauslastungen und –überschreitungen und zeigt Risikokonzentrationen auf. Wesentliche steuerungsrelevante Kennzahlen, wie die Entwicklung des EaD, des EL und des Credit VaR sind in diesem Bericht integriert und werden im Vorstand der Deutsche Pfandbriefbank AG diskutiert.
- Der Credit Risk Report beinhaltet Details zum Portfolio und den Risikokennzahlen sowohl auf HRE Konzernebene als auch auf Ebene der Tochterinstitute und wird im Vorstand der Deutsche Pfandbriefbank AG diskutiert und dem Risikomanagement- und Liquiditätsstrategieausschuss des Aufsichtsrates der HRE zur Kenntnis gebracht.
- Für Entscheidungen zum Neugeschäft bzw. zu Konditionen Anpassungen werden wesentliche Kennzahlen, Inhalte und Analysen im Credit Committee vorgestellt und erörtert.
- Im laufenden Geschäft unterstützen weitere regelmäßige Berichte das operative Management bei der Steuerung bzw. rechtzeitigen Erkennung von Risiken auf Subportfolioebene.
- Auffällige Entwicklungen, die eine wesentliche Verschlechterung der Risikolage eines Einzelengagements bewirken können, werden über sogenannte „Credit Issue Notes“ an einen weiter gefassten Kreis berichtet.

Adressrisikoquantifizierung über das ökonomische Kapital sowie der Risikoaktiva nach Basel II

Kreditportfoliomodell

Die Deutsche Pfandbriefbank AG setzt für die Berechnung des Adressrisiko Value at Risk, der die Grundlage für die Ermittlung des ökonomischen Adressrisikokapitals bildet, (Adressrisiko Value at Risk) ein Kreditportfoliomodell ein, das im Kapitel „Ergebnis der Risikotragfähigkeitsanalyse“ näher beschrieben ist.

Stresstests

Die Stresstests zum ökonomischen Kapital im Adressrisiko sind im Kapitel „Ergebnis der Risikotragfähigkeitsanalyse“ näher erörtert.

In Ergänzung zu den Stresstests des ökonomischen Kapitals existieren RWA Reverse Stress Tests, die untersuchen, um wie viel sich ein bestimmter Risikoparameter (wie z.B. Rating, LGD, Währung) verändern kann, bevor die Mindestkapitalquote von derzeit 8,5% nicht mehr eingehalten wird. Für alle getesteten Risikoparameter wurden Toleranzveränderungsniveaus definiert, die für ein Bestehen der Tests der Deutsche Pfandbriefbank AG nicht verletzt werden dürfen.

Adressrisikoquantifizierung nach Basel II

Die Deutsche Pfandbriefbank AG hat - bis auf die ehemalige DEPFA Deutsche Pfandbriefbank AG - bereits die regulatorische Genehmigung erhalten, den sogenannten Advanced Internal Rating based Approach (Advanced-IRBA) für die Ermittlung der regulatorischen Eigenkapitalunterlegung anzuwenden. Das Ergebnis der aufsichtlichen Prüfung zur Einführung des Advanced-IRBA in der ehemaligen DEPFA Deutsche Pfandbriefbank AG wird in 2011 erwartet.

Adressrisikosteuerung, -management und -überwachung

Adressrisikosteuerung

Auf Portfolioebene wird die angestrebte Portfoliostruktur mittels Strukturkomponenten in der Risikostrategie festgelegt. Die Limite orientieren sich auch an der verfügbaren Risikodeckungsmasse und beinhalten beispielsweise für die Deutsche Pfandbriefbank AG:

- Limitierung von Länderrisiken
- Festlegung strategischer Risikoparameter (z.B. Zielkunden, Regionen, Finanzierungsdauer)

Kernelemente für die Überwachung der Einhaltung der festgelegten Limite und der angestrebten Risiko- und Ertragsparameter auf Portfolio- und Einzelgeschäftsebene sind folgende Berichte und Maßnahmen:

- Ermittlung des Adressrisiko-VaR auf Portfolioebene über ein Kreditportfoliomodell; Analyse von Konzentrationsrisiken und verschiedenen Stresstests
- Zentrale Überwachung von Risikokonzentrationen durch spezielle, regelmäßige und Anlass bezogene Auswertungen, wie beispielsweise regionale, produktspezifische Auswertungen
- Kontinuierliche Analyse des Portfolios und der relevanten Märkte durch die lokalen Credit Risk Management Einheiten
- Regelmäßige Bewertung der Kreditsicherheiten
- Spezialberichte potenziell gefährdeter Kreditengagements (z.B. „Credit Issue Notes“)

Die Kreditkompetenzen legen zudem, abhängig von Kontrahentengruppe und Expected-Loss-Klasse, die Entscheidungskompetenzen der einzelnen Credit Risk Manager für Prolongationen im Bestandsgeschäft fest. Der Abschluss von Neugeschäft erfolgt im Berichtszeitraum ausschließlich auf Vorstandsebene. Im Dezember 2010 wurde eine neue Kompetenzordnung verabschiedet, welche eine Delegation von Kompetenzen beinhaltet.

Adressrisikomanagement und –überwachung

Auf Einzelgeschäftsebene bestimmen die Richtlinien zu Kreditprozessen die notwendigen Schritte der Risikoprüfung bei Neugeschäft und Prolongationen sowie der Übergabe in die Intensivbetreuung bzw. Abwicklung.

Nachfolgend werden Kernprozesse des Adressrisikomanagements und der –überwachung sowie der hierbei involvierten Bereiche der CRO Funktion beschrieben:

Die Credit Risk Management Einheiten (Credit Officer Real Estate I und Credit Officer PS, FI & Value Portfolio I) führen die erstmalige bzw. jährlich wiederkehrende Risikoanalyse beim Neu- und Bestandsgeschäft durch. Für die Bewertung und die Vorbereitung der Kreditentscheidung im Neu- und Prolongationsgeschäft kommen PD und LGD Rating Tools zum Einsatz, die von Credit Risk im Bereich Risk Management & Control (RMC) entwickelt sowie jährlich validiert und kalibriert werden. Bei der Analyse und Bewertung der Sicherheiten unterstützt der Bereich Property Analysis & Valuation Germany / Property Analysis Europe. Die jeweils verantwortliche Credit Risk Management Einheit überprüft den Antrag.

Das Legal Department, ggf. zusammen mit externen Rechtsanwälten/Kanzleien, ist verantwortlich für die Vertrags- und Sicherheitengestaltung.

Definierte Frühwarnindikatoren werden vom Credit Risk Management (CRM) fortlaufend analysiert. Bei Auffälligkeiten werden eine außerordentliche Überprüfung des Adressenausfallrisikos (einschließlich Sicherheitenwertüberprüfung) durchgeführt und entsprechende Handlungsalternativen aufgezeigt. Ferner werden die Fälle in einem monatlichen Überwachungsturnus aufgenommen und im Watchlist-Komitee präsentiert.

Bei Vorliegen eines objektiven Hinweises für eine Wertminderung wird die Höhe der Wertminderung ermittelt. Im Risk Provisioning Committee (siehe auch Übersicht zu Organisation und Komitees) werden die Ergebnisse diskutiert und gegebenenfalls über die Bildung bzw. Auflösung von Wertberichtigungen entschieden.

Für kritische bzw. wertberichtigte Engagements wird ein Restrukturierungsplan bzw. ein Abwicklungsplan erarbeitet. In die Entscheidung zur Restrukturierung oder Abwicklung gehen Szenarioanalysen zur

potenziellen Entwicklung des Kreditnehmers, der Sicherheit bzw. des relevanten Marktes ein. Diese werden im Risk Provisioning Committee präsentiert und genehmigt.

Sowohl kritische Engagements (Watchlist) wie auch Fälle der Restrukturierung und der Abwicklung (Problemkredite) werden monatlich im Group Risk Report und im Risk Committee sowie auf Anfrage in Spezialanalysen an Vorstand und Aufsichtsrat berichtet.

Risikoabsicherung und –minderung durch Kreditsicherheiten

In der Deutsche Pfandbriefbank AG haben im Bereich Real Estate Finance insbesondere Grundpfandrechten an den finanzierten Objekten eine wesentliche Bedeutung. Im Bereich Public Sector Finance dienen insbesondere andere finanzielle Sicherheiten und Garantien als Absicherung (z.B. Kreditversicherungen, Bürgschaften, festverzinsliche Wertpapiere, etc.).

Die Überprüfung der Werthaltigkeit der Sicherheiten erfolgt im Rahmen der turnusmäßigen, jährlichen Bonitätsbeurteilung der Kreditnehmer der Deutsche Pfandbriefbank AG durch die Kreditsachbearbeiter. Bei Immobiliensicherheiten erfolgt die Überprüfung der Werthaltigkeit gegebenenfalls durch externe oder interne Gutachter.

Kreditportfolio

Seit 31. Dezember 2009 wird der gesamte Forderungsbestand der Deutsche Pfandbriefbank AG einheitlich nach dem Basel II konformen Exposure at Default (EaD) ermittelt.

Der Basel-II-konforme Begriff „Exposure at Default“ berücksichtigt neben der aktuellen Inanspruchnahme noch die anteiligen Kreditzinsen, mit denen ein Kreditnehmer bis zur Feststellung eines Kreditausfalls (maximal 90-Tage-Verzug) in Verzug geraten kann, sowie diejenigen Kreditzusagen, die ein Kreditnehmer trotz einer wesentlichen Bonitätsverschlechterung zukünftig noch ausnutzen kann. Bei Derivaten ergibt sich der EaD als Summe aus aktuellem Marktwert und dem aufsichtsrechtlich vorgegebenen Add-on, der einen Puffer für zukünftige, potenzielle Erhöhungen des Marktwertes darstellt.

Der EaD des Kreditportfolios betrug zum 31. Dezember 2010 117,2 Mrd. € (EaD 31. Dezember 2009: 198,5 Mrd. €). Der signifikante Rückgang gegenüber dem Jahresende 2009 ist größtenteils auf die Anfang Oktober 2010 durchgeführte und eingangs im Risikobericht näher beschriebene Übertragung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten auf die FMS-Wertmanagement zurückzuführen. In geringem Umfang EaD-erhöhend wirkte sich hingegen die Abwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar um ca. 8% zwischen Jahresultimo 2009 und Jahresultimo 2010 aus.

28,3 Mrd. € des genannten Kreditportfolio-EaDs von 117,2 Mrd. € entfallen allein auf den Kontrahenten FMS-Wertmanagement. Dieser Anteil spaltet sich wie folgt auf. Für einen Großteil der für einen Übertrag auf die FMS-Wertmanagement vorgesehenen Derivate konnte zunächst kein Übergang des wirtschaftlichen Eigentums hergestellt werden, so dass die Marktpreisrisiken der Derivate durch Abschluss von Derivaten mit identischen Konditionen zwischen der Deutsche Pfandbriefbank AG und der FMS-Wertmanagement auf die FMS-Wertmanagement transferiert wurden. Auf diese sogenannten back-to-back-Geschäfte entfällt ein EaD in Höhe von 9,6 Mrd. €. Weiterhin übernimmt die Deutsche Pfandbriefbank AG aufgrund des fehlenden Bankstatus der FMS-Wertmanagement bestimmte Refinanzierungsfunktionen für die Abwicklungsanstalt, zum Beispiel mit der EZB oder in bilateralen Repo-Geschäften, auf die per 31. Dezember 2010 ein EaD von 10,7 Mrd. € entfällt. Schließlich befinden sich noch von der FMS-Wertmanagement emittierte Bonds mit einem EaD von 7,9 Mrd. € im Bestand der Deutsche Pfandbriefbank AG, die im Zusammenhang mit der anteiligen Ausgleichsforderung der Deutsche Pfandbriefbank AG für die übertragenen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten von der FMS-Wertmanagement gestellt wurden.

Darüber hinaus enthält das Kreditportfolio Vermögensgegenstände mit einem EaD von 1,0 Mrd. €, die für eine Übertragung auf die FMS-Wertmanagement selektiert wurden, jedoch aufgrund verschiedener, unter anderem steuerrechtlicher Gründe nicht auf dem ursprünglich vorgesehen Weg übertragen werden konnten. Mit Wirkung vom 1. Dezember 2010 wurde das Adressrisiko dieser Vermögensgegenstände mittels von der FMS-Wertmanagement gestellter Garantien übertragen, so dass für die Deutsche Pfandbriefbank AG im Zusammenhang mit diesen Positionen letztlich ein Kontrahentenrisiko gegenüber der FMS-Wertmanagement verbleibt.

Um laufend EaD-Schwankungen und Verzerrungen in den strategischen Geschäftssegmenten der Deutsche Pfandbriefbank AG zu vermeiden, die aus der übernommenen Refinanzierungsfunktion resultieren und um das tatsächliche wirtschaftliche Risiko in der Deutsche Pfandbriefbank AG adäquat abzubilden, werden die oben aufgeführten EaDs aus Geschäften mit der FMS-Wertmanagement in den nachfolgenden Übersichten zur Portfolioentwicklung und –struktur lediglich nachrichtlich dargestellt. Der unter Ausschluss vorgenannter Positionen ermittelte EaD für das Gesamtexposure der HRE beläuft sich auf 87,9 Mrd. €.

Das Neugeschäft der Deutsche Pfandbriefbank AG von insgesamt 4,1 Mrd. € Zusagen in den nachfolgend beschriebenen Geschäftssegmenten konzentrierte sich mit 3,1 Mrd. € auf das Real Estate Finance Geschäft. Davon entfallen 1,7 Mrd. € auf ausgewählte Prolongationen des Bestandsgeschäftes. Das verbleibende Neugeschäft von 1,0 Mrd. € ist dem Geschäftssegment Public Sector Finance zuzurechnen.

Überblick über das Gesamtexposure der Deutsche Pfandbriefbank AG: 87,9 Mrd. € EaD

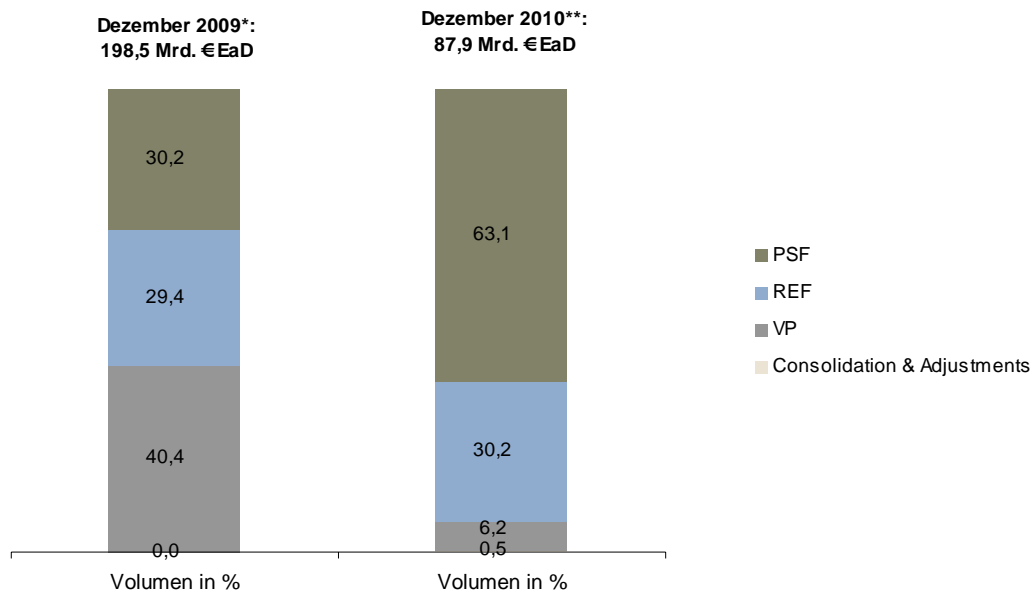
Das Kreditportfolio ist in die strategischen Geschäftssegmente

- Public Sector Finance (PSF)
- Real Estate Finance (REF)

und das nicht-strategische, zum Abbau bestimmte Value Portfolio (VP) aufgeteilt.

Daneben enthält die Kategorie „Consolidation & Adjustments“ bankinterne Abstimmungs- und Konsolidierungspositionen und wenige, nicht zuordenbare Einzelpositionen.

Gesamtexposure: Aufteilung nach Geschäftssegmenten



* inkl. Portfolio, das am 1.10.2010 an die FMS-Wertmanagement transferiert wurde

** daneben 29,3 Mrd. € EaD gegenüber dem Kontrahenten FMS-Wertmanagement einschließlich garantierter Positionen in Höhe von 1,0 Mrd. € (PSF: 27,7 Mrd. €, VP: 1,6 Mrd. €).

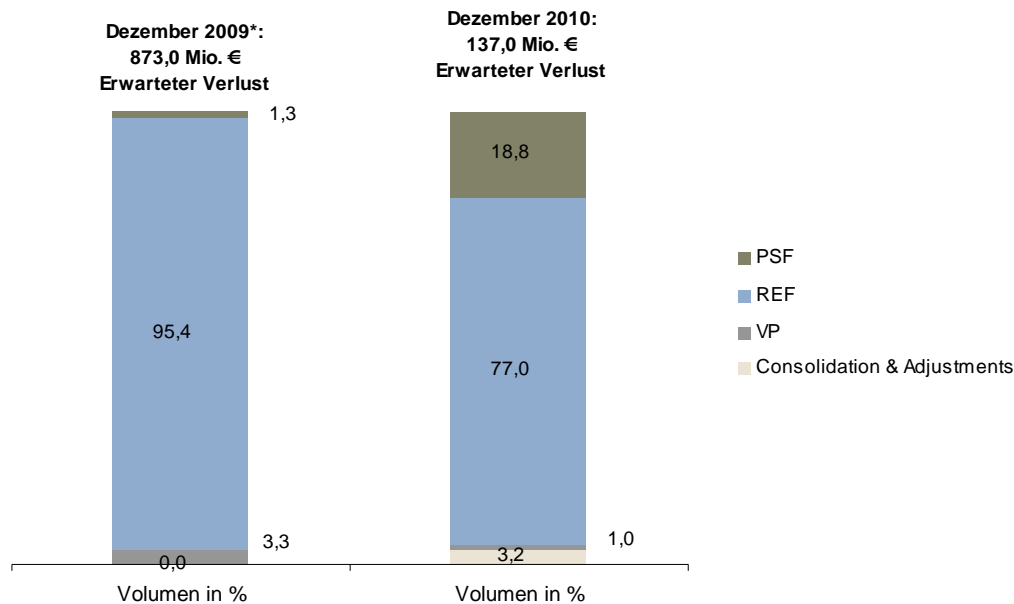
Das Gesamtexposure der Deutsche Pfandbriefbank AG hat sich im Jahr 2010 um mehr als die Hälfte auf 87,9 Mrd. € (31. Dezember 2009 198,5 Mrd. €) verringert. Maßgeblich dafür war die Übertragung von Positionen auf die FMS-Wertmanagement zum 01. Oktober 2010. Insgesamt hat eine deutliche prozentuale Verschiebung der Segmentanteile hin zum Segment Public Sector Finance stattgefunden. Das Segment Real Estate Finance bleibt mit einem Anteil von 30,2% (26,5 Mrd. €) weitgehend stabil (31. Dezember 2009: 29,4% bzw. 58,3 Mrd. €). Der Anteil des Value Portfolios hat sich deutlich von 40,4% (80,2 Mrd. €) im Vorjahr auf 6,2% (5,5 Mrd. €) reduziert.

Risikokennzahlen

Erwarteter Verlust

Der erwartete Verlust (EL), der sich aus der jährlichen Ausfallwahrscheinlichkeit (PD), der Verlusthöhe im Falle des Ausfalls (LGD) und dem EaD ergibt, beträgt unter Anwendung der nach Basel II vorgegebenen Parameter für die Deutsche Pfandbriefbank AG 105,4 Mio. € zum 31. Dezember 2010. Der Erwartete Verlust für einen Zeitraum von einem Jahr ist eine wesentliche Steuerungsgröße des Portfolios und wird für das gesamte Exposure außer Geschäften mit anderen Instituten innerhalb der HRE und Problemkrediten, für die bereits eine Wertberichtigung gebucht wurde, berechnet.

Verteilung des erwarteten Verlustes in Mio. €



* inkl. Portfolio, das am 1.10.2010 an die FMS-Wertmanagement transferiert wurde

Der Anstieg des erwarteten Verlustes für das Portfolio des Geschäftssegmentes Public Sector Finance ist größtenteils auf eine größere Finanzierung im Segment Public Sector (+17 Mio. € EL) zurückzuführen, bei der der Kreditnehmer in Zahlungsschwierigkeit geraten war. Allerdings besteht ein positiver Ausblick auf wirtschaftliche Gesundung.

Der erwartete Verlust (EL) für das Real Estate Finance Portfolio beträgt unter Anwendung der nach Basel II vorgegebenen Parameter zum 31. Dezember 2010 105 Mio. €. Er hat sich damit gegenüber Dezember 2009 (833 Mio. €) deutlich verringert, was in erster Linie auf der Übertragung eines wesentlichen Teils des Portfolios auf die FMS-Wertmanagement beruht.

Der erwartete Verlust für das Value Portfolio beträgt unter Anwendung der nach Basel II vorgegebenen Parameter zum 31. Dezember 2010 1 Mio. €. Er hat sich damit gegenüber Dezember 2009 (30 Mio. €) deutlich verringert, was in erster Linie auf der Übertragung eines wesentlichen Teils des Portfolios auf die FMS-Wertmanagement beruht.

Ökonomisches Adressrisikokapital

Der unerwartete Verlust des Kreditportfolios, der Adressrisiko Value at Risk, wird über ein Kreditportfoliomodell für einen Zeitraum von einem Jahr und einem Konfidenzniveau von 99,95% für die Deutsche Pfandbriefbank AG im Rahmen der Risikotragfähigkeitsanalyse der HRE errechnet und beträgt zum 31. Dezember 2010 1,3 Mrd. € (31. Dezember 2009: 2,2 Mrd. €) ohne Berücksichtigung von

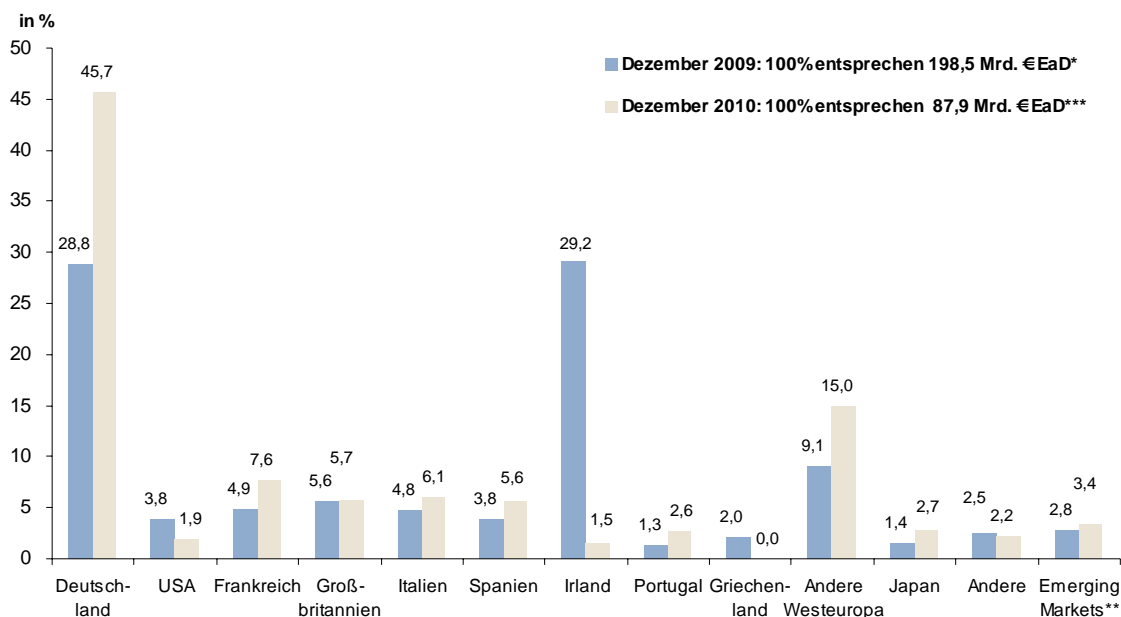
Diversifikationseffekten zu anderen Risikoarten. Details zur Berechnung finden sich im Kapitel „Ergebnis der Risikotragfähigkeitsanalyse“.

Regionale Verteilung des Portfolios

Wie im Vorjahr ist das Exposure der Deutsche Pfandbriefbank AG auch nach Transfer großer Teile der Portfolios auf die FMS-Wertmanagement schwerpunktmäßig auf Westeuropa konzentriert. Allein auf Deutschland entfallen fast die Hälfte (45,7%) bzw. 40,2 Mrd. € des Gesamtexposures. Die deutlichste absolute (31. Dezember 2010: 1,3 Mrd. €, Vorjahr: 57,9 Mrd. €) sowie relative Volumensreduktion ist bei Irland festzustellen und fast vollständig auf einen Rückgang der Forderungen gegenüber dem Schwesterinstitut Depfa Bank plc zurückzuführen. Das Exposure in den USA besteht fast vollständig gegenüber dort ansässigen Finanzinstituten.

Der prozentuale Anteil der Kategorie „Andere Westeuropa“ hat sich gegenüber dem Vorjahr von 9,1% auf 15,0% erhöht und beinhaltet als größte Positionen Österreich mit 6,9 Mrd. € (31. Dezember 2009: 7,7 Mrd. €), die Schweiz mit 1,2 Mrd. € (31. Dezember 2009: 1,5 Mrd. €), Belgien mit 0,8 Mrd. € (31. Dezember 2009: 1,1 Mrd. €) und die Niederlande mit 0,6 Mrd. € (31. Dezember 2009: 2,0 Mrd. €). Der prozentuale Anteil des Exposures gegenüber „Emerging Markets“ gemäß IWF Definition hat sich gegenüber dem Vorjahr lediglich geringfügig erhöht und umfasst insbesondere Polen mit 1,8 Mrd. € (2,1 Mrd. €) und Ungarn mit 0,8 Mrd. € (1,1 Mrd. €). Aus Emerging Market-Ländern wie beispielsweise den Vereinigten Arabischen Emiraten sowie der Ukraine fand ein vollständiger Rückzug statt; das Exposure gegenüber Russland wurde bis auf einen geringfügigen Anteil ebenfalls umfangreich reduziert.

Gesamtexposure: Aufteilung nach Regionen:



* inkl. Portfolio, das am 1.10.2010 an die FMS-Wertmanagement transferiert wurde

** Emerging Markets gemäß IWF Definition

*** daneben 29,3 Mrd. € EaD gegenüber dem Kontrahenten FMS-Wertmanagement einschließlich garantierter Positionen in Höhe von 1,0 Mrd. €. Der Anteil ohne garantierte Positionen entfällt zu 100% auf Deutschland (28,3 Mrd. €). Die garantierten Positionen entfallen zu 100% auf Italien (1,0 Mrd. €).

Public Sector Finance: 55,5 Mrd. € EaD

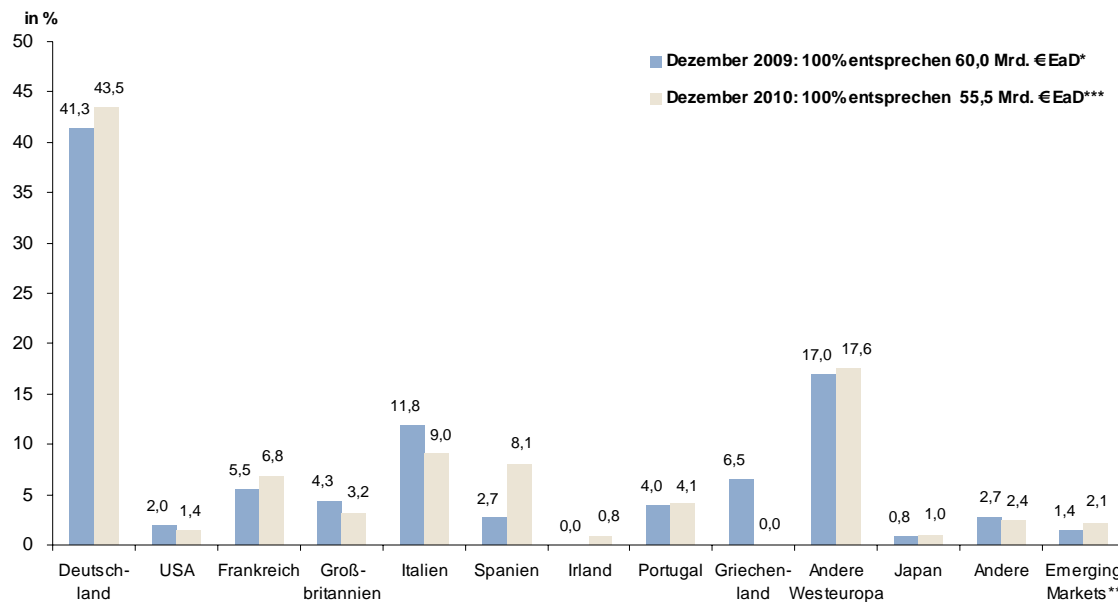
Portfolioentwicklung und -struktur

Das Portfolio des strategischen Geschäftssegments Public Sector Finance (PSF) betrug zum 31. Dezember 2010 55,5 Mrd. € (31. Dezember 2009: 60,0 Mrd. €).

Die Abnahme des Exposures um netto 4,5 Mrd. € ist im Wesentlichen auf den Transfer von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten auf die FMS-Wertmanagement zurückzuführen. EaD erhöhend wirkten sich jedoch Währungseffekte sowie die interne Umstellung der EaD-Berechnung der ehemaligen DEPFA Pfandbriefbank, Eschborn, die zwischenzeitlich mit der Deutsche Pfandbriefbank AG, München fusioniert wurde, vom Standardansatz auf den Advanced IRB Ansatz, aus. Letztere hat insbesondere einen erhöhenden Einfluss auf den EaD von Derivaten und Repo-Geschäften zur Folge.

Der weit überwiegende Teil des Exposures liegt in Westeuropa. Mit Ausnahme Griechenlands, das im Vergleich zum Vorjahr nicht mehr im Portfolio des Segments enthalten ist, sowie Italiens und Spaniens sind die prozentualen Länderanteile am Segmentportfolio weitestgehend stabil. Wesentliche Länder unter „Andere Westeuropa“ sind Österreich mit 6,8 Mrd. € (31. Dezember 2009: 7,1 Mrd. €) und die Schweiz mit 0,9 Mrd. € (31. Dezember 2009: 0,8 Mrd. €). Das Exposure in den USA besteht fast vollständig gegenüber dort ansässigen Finanzinstituten.

Public Sector Finance: Aufteilung nach Regionen



* inkl. Portfolio, das am 1.10.2010 an die FMS-Wertmanagement transferiert wurde

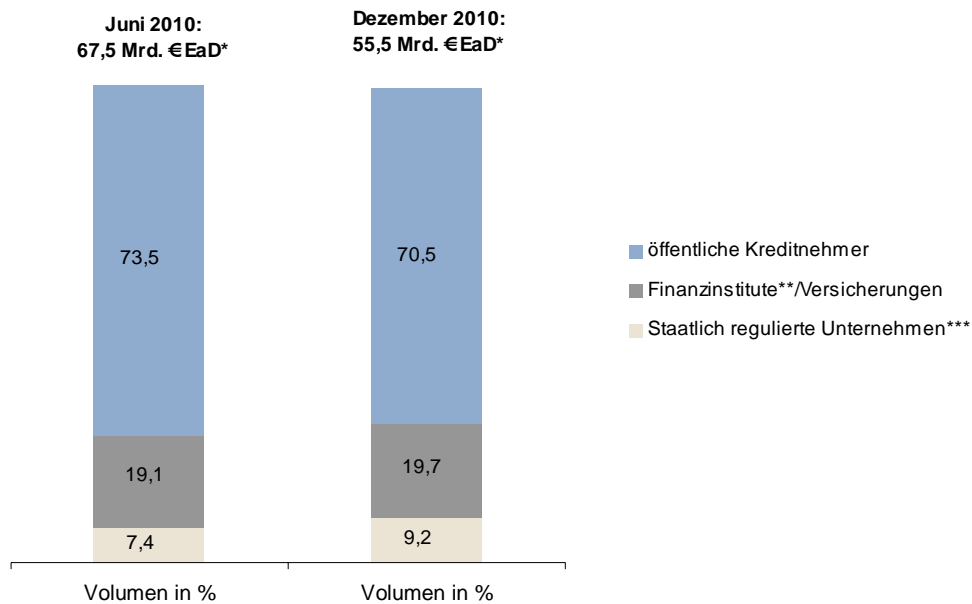
**Emerging Markets gemäß IWF Definition

*** daneben 27,7 Mrd. € EaD gegenüber dem Kontrahenten FMS-Wertmanagement, der zu 100% auf Deutschland entfällt. Im Segment Public Sector Finance sind keine von der FMS-Wertmanagement garantierten Positionen enthalten.

Die Kontrahentenstruktur im Portfolio Public Sector Finance der Deutsche Pfandbriefbank AG wurde im ersten Halbjahr 2010 überarbeitet und innerhalb des HRE Konzerns vereinheitlicht und ist damit nicht mit der Struktur, wie im Risikobericht des Geschäftsberichtes zum Jahresende 2009 veröffentlicht, vergleichbar.

Unter Öffentliche Kreditnehmer werden Forderungen gegenüber Staaten (25%), Unternehmen des öffentlichen Sektors (32%) sowie Kommunen (43%) zusammengefasst.

Public Sector Finance: Kontrahentenstruktur



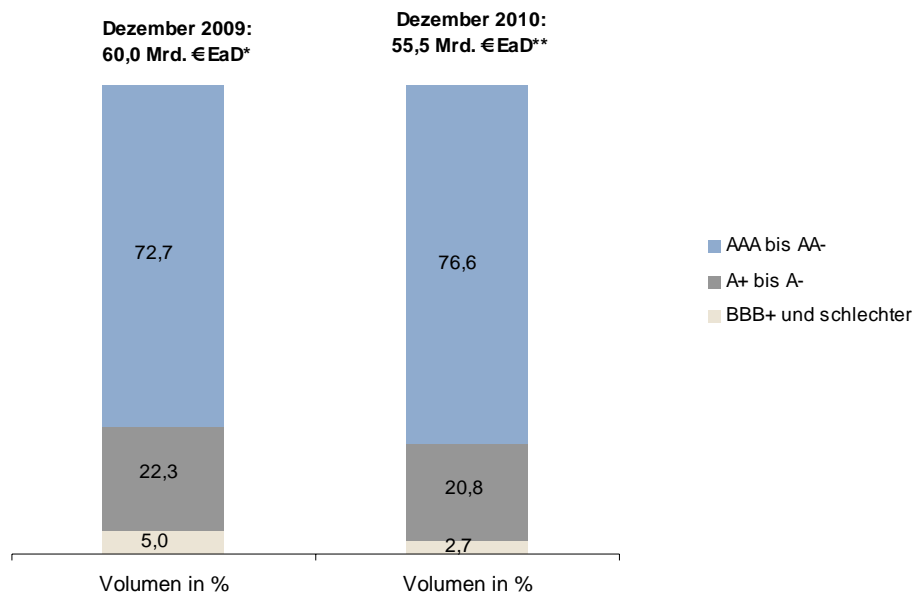
* in den Dezemberzahlen sind zusätzlich 0,4 Mrd. € (0,6%) enthalten, die der Kontrahentenkategorie „Andere“ zugeordnet sind

** Finanzinstitute mit staatlichem Hintergrund oder Staatsgarantie

*** z.B. Wasserwerke, Energieunternehmen etc.

Der in diesem Segment weiterhin unverändert hohe Anteil von Kreditnehmern aus dem öffentlichen Sektor, die nach wie vor größtenteils als „Investment Grade“ eingestuft sind, spiegelt sich im Rating wider. Der Anteil an BBB und schlechter gerateten Positionen hat sich von 3,0 Mrd. € im Dezember 2009 auf 1,5 Mrd. € verringert und reflektiert den Transfer von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten auf die FMS-Wertmanagement. Das Engagement im Nicht-Investment-Grade-Bereich beträgt 0,1 Mrd. € oder 0,2% (Dezember 2009: 0,9 Mrd. €) und beinhaltet Geschäfte mit anderen Finanzinstituten sowie staatlichen und halbstaatlichen Einrichtungen in Europa.

Public Sector Finance: Aufteilung nach internen Ratings



* inkl. Portfolio, das am 1.10.2010 an die FMS-Wertmanagement transferiert wurde

** Daneben 27,7 Mrd. € EaD gegenüber dem Kontrahenten FMS-Wertmanagement, der zu 100% auf die Ratingklasse AAA entfällt. Im Segment Public Sector Finance sind keine von der FMS-Wertmanagement garantierten Positionen enthalten.

Risikoschwerpunkte

Exposure der Deutsche Pfandbriefbank AG gegenüber den europäischen Ländern Griechenland, Italien, Portugal, Irland und Spanien

Das Exposure im Public Sector Portfolio in diesen Ländern beträgt zum 31. Dezember 2010 insgesamt 12,2 Mrd. €. Die Abnahme des Exposures um 2,7 Mrd. € gegenüber dem Vergleichsdatum 31. Dezember 2009 ist hauptsächlich durch den Übertrag des Griechenlandexposures auf die FMS-Wertmanagement bzw. dessen Abbau (31. Dezember 2009: 3,9 Mrd. €) bedingt. Der größte Teil des Exposures entfällt mit 5,0 Mrd. € (40,9%) auf Italien (31. Dezember 2009, 7,1 Mrd. €), gefolgt von Spanien mit 4,5 Mrd. € (37,0%) sowie Portugal mit 2,3 Mrd. € (18,4%) und Irland mit 455 Mio. € (3,7%).

Das direkte Exposure gegenüber den jeweiligen Zentralstaaten der oben genannten Länder beträgt in Summe 3,2 Mrd. € (31. Dezember 2009: 7,7 Mrd. €) wobei der größte Teil mit 2,9 Mrd. € (89%) auf Italien entfällt (31. Dezember 2009: 4,9 Mrd. €). Weitere 0,3 Mrd. € (11%) entfallen auf Portugal. Gegenüber Finanzinstituten besteht ein Exposure in Höhe von 2,5 Mrd. € mit Schwerpunkt in Spanien mit 1,7 Mrd. € (67%).

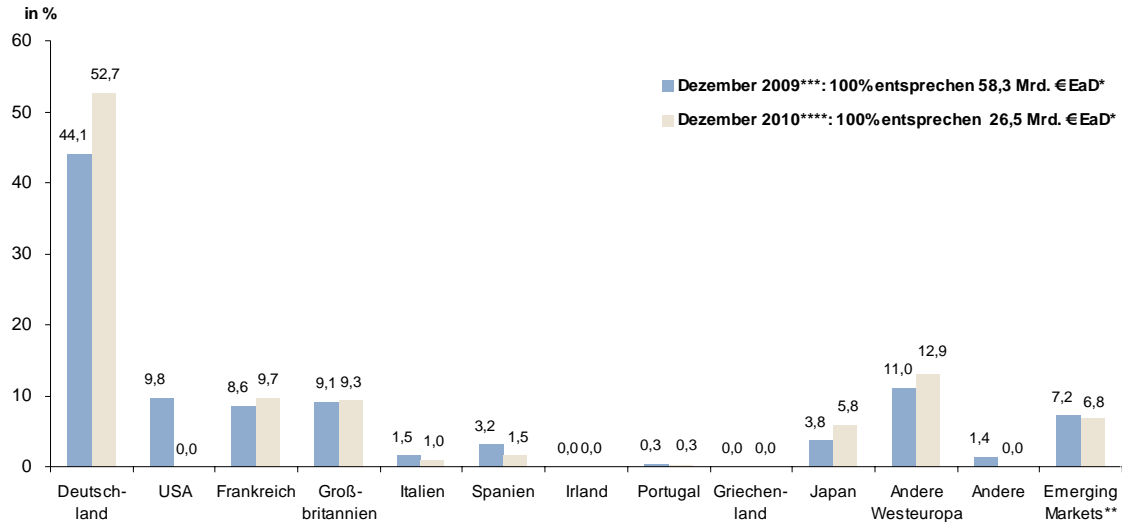
Real Estate Finance: 26,5 Mrd. € EaD

Portfolioentwicklung und -struktur

Der EaD des Real Estate Finance Portfolios der Deutsche Pfandbriefbank AG ist gegenüber dem 31. Dezember 2009 insbesondere durch den Transfer von Positionen auf die FMS-Wertmanagement um insgesamt 31,8 Mrd. € zurückgegangen. Die im Portfolio enthaltenen Kundenderivate belaufen sich zum 31. Dezember 2010 auf 0,6 Mrd. € EaD gegenüber 1,6 Mrd. € EaD zum Jahresende 2009. Während sich der prozentuale Anteil Deutschlands am Portfolio erhöht hat, konnte der Anteil der USA vollständig sowie insbesondere die Anteile Italiens und Spaniens sowie anderer westeuropäischer Staaten teilweise reduziert werden. Aus Emerging Market-Ländern wie beispielsweise den Vereinigten Arabischen Emiraten sowie der Ukraine fand ein vollständiger Rückzug statt; das Exposure gegenüber Russland wurde bis auf einen geringfügigen Anteil ebenfalls umfangreich reduziert.

Die Zusagen belaufen sich per 31. Dezember 2010 auf 25,6 Mrd. €. Der Forderungsbestand beträgt zum gleichen Stichtag 25,2 Mrd. €. Somit bestanden per 31. Dezember 2010 nicht gezogene Kreditlinien in Höhe von 0,4 Mrd. €.

Real Estate Finance: Aufteilung nach Regionen



* Aufteilung inkl. Kundenderivate über ca. 0,6 Mrd. € (31. Dezember 2009: 1,6 Mrd. €)

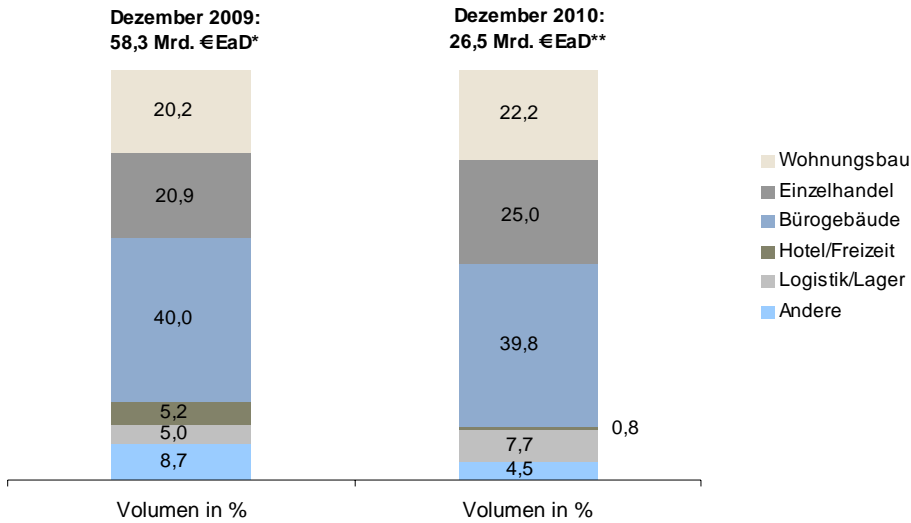
**Emerging Markets gemäß IWF Definition

***inkl. Portfolio, das am 1.10.2010 an die FMS-Wertmanagement transferiert wurde

**** Im Segment Real Estate Finance besteht kein Exposure gegenüber dem Kontrahenten FMS-Wertmanagement.

Die Verteilung des Portfolios nach Objektarten per Jahresende 2010 hat sich gegenüber 2009 trotz deutlich geringerem Gesamtportfolio nicht grundsätzlich verändert. Nennenswert ist die fast vollständige Reduzierung in der Objektart „Hotel/Freizeit“. Der prozentuale Anteil der Bürogebäude ist mit 40% (31. Dezember 2009: 40%) auffallend stabil geblieben. Rund 22% (31. Dezember 2009: 20%) des Portfolios entfallen auf die Finanzierung wohnwirtschaftlich genutzter Immobilien (zumeist Portfolio-Transaktionen). Daneben haben Finanzierungen von Einzelhandelsimmobilien mit 25% (31. Dezember 2009: 21%) einen großen Anteil am Real Estate Finance Segment.

Real Estate Finance: Aufteilung nach Objektarten

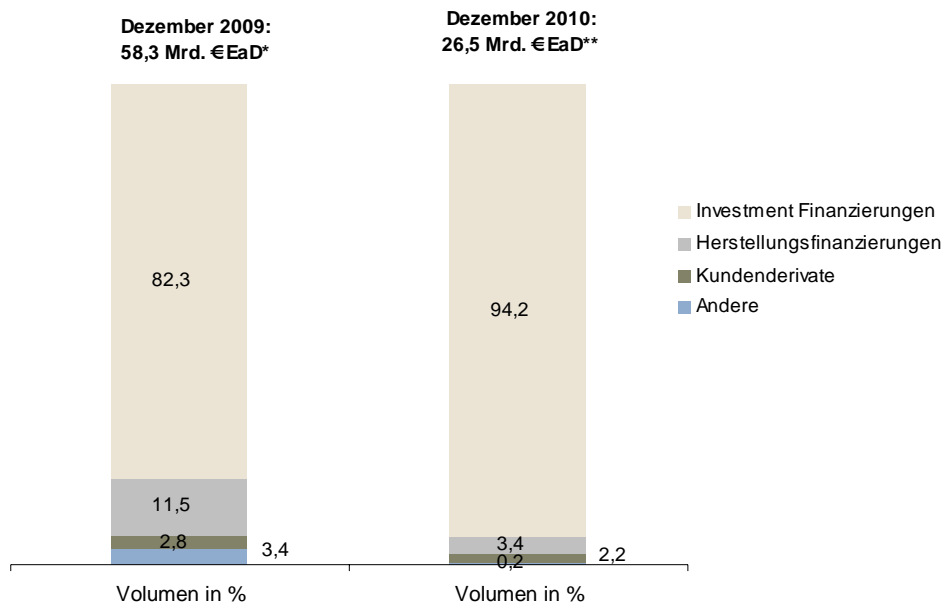


* inkl. Portfolio, das am 1.10.2010 an die FMS-Wertmanagement transferiert wurde

** Im Segment Real Estate Finance besteht kein Exposure gegenüber dem Kontrahenten FMS-Wertmanagement.

Das Portfolio wird zum Jahresende 2010 mit 94,2% (Dezember 2009: 82,3%) noch stärker von Investmentfinanzierungen dominiert; auf risikoreichere Bauprojekte in der Erstellungsphase (Herstellungsfinaizierungen) entfallen nur noch 3,4% des EaD (Dezember 2009: 11,5%). Unter Investmentfinanzierungen wird die Finanzierung von Immobilien zusammengefasst, deren Kapitaldienstfähigkeit im Wesentlichen aus dem laufenden Objekt - Cashflow erfolgt.

Real Estate Finance: Aufteilung nach Darlehensarten



* inkl. Portfolio, das am 1.10.2010 an die FMS-Wertmanagement transferiert wurde

** Im Segment Real Estate Finance besteht kein Exposure gegenüber dem Kontrahenten FMS-Wertmanagement

Risikoschwerpunkte

Die Entwicklungen an den Immobilienmärkten in 2010 sind ausführlich im Teil „Branchenspezifische Lage“ des Lageberichtes erörtert. Ausführungen zu möglichen zukünftigen Entwicklungen finden sich im Prognosebericht des Lageberichtes des Geschäftsberichtes der Deutsche Pfandbriefbank AG.

Das Exposure der Deutsche Pfandbriefbank AG im Bereich Real Estate Finance in den europäischen Ländern Italien, Portugal und Spanien beträgt zum 31. Dezember 2010 0,8 Mrd. €; gegenüber Griechenland und Irland bestand per 31. Dezember 2010 kein Exposure. Im Vergleich zum Dezember 2009 ergibt sich ein Rückgang um 2,2 Mrd. €. Der Hauptteil des Exposures entfällt mit 0,4 Mrd. € auf spanische Engagements.

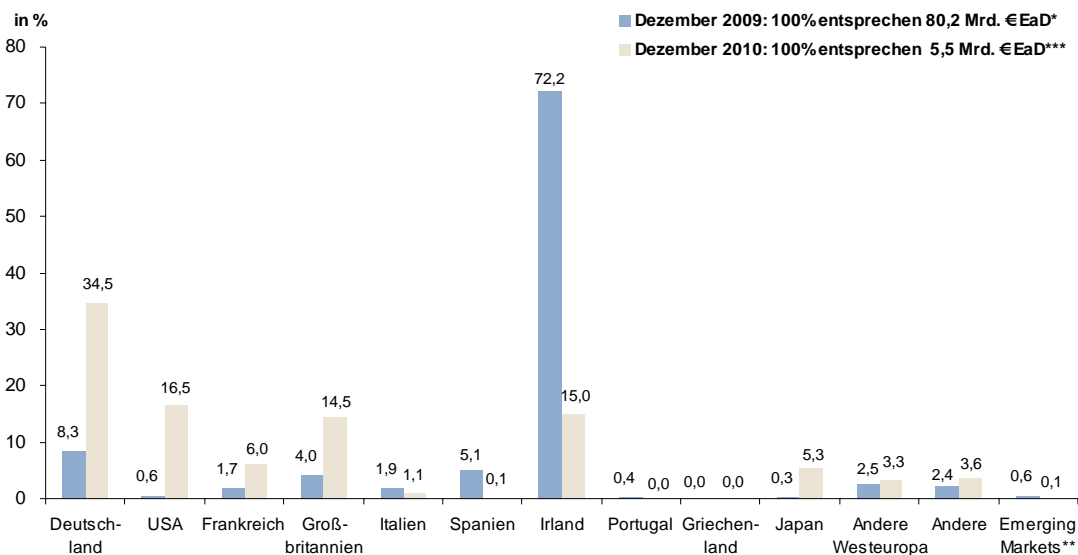
Value Portfolio: 5,5 Mrd. € EaD

Portfolioentwicklung und -struktur

Das Value Portfolio beinhaltet nicht-strategische Portfolios der Deutsche Pfandbriefbank AG sowie einen Teil der mit dem Kontrahenten „FMS-Wertmanagement“ bestehenden Geschäfte. Hinsichtlich der nicht-strategischen Portfolios im Value Portfolio sind insbesondere derivative Geschäfte mit Finanzinstituten zu nennen. Im Value Portfolio steht der werterhaltende, kapitalschonende Abbau bestehender Vermögenswerte im Vordergrund. Weitere Portfolios wurden, wie bereits eingangs im Risikobericht beschrieben, zu Beginn des vierten Quartals 2010 auf die FMS-Wertmanagement übertragen.

Die deutliche Abnahme des Exposures per 31. Dezember 2010 gegenüber 31. Dezember 2009 um 74,7 Mrd. € ist hauptsächlich auf die Übertragung eines Großteils der Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten auf die FMS-Wertmanagement zurückzuführen. In dem verbliebenen Portfolio stellen per 31. Dezember 2010 insbesondere Deutschland, die USA, Großbritannien und Irland einen regionalen Schwerpunkt dar.

Value Portfolio: Aufteilung nach Regionen



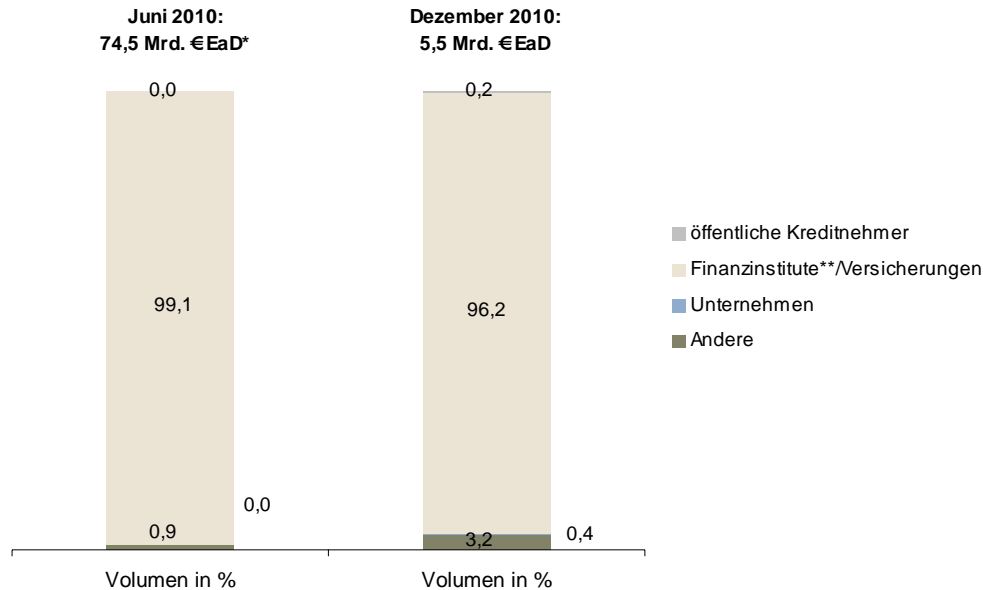
* inkl. Portfolio, das am 1.10.2010 an die FMS-Wertmanagement transferiert wurde

**Emerging Markets gemäß IWF Definition

***daneben 1,6 Mrd. € EaD gegenüber dem Kontrahenten FMS-Wertmanagement einschließlich garantierter Positionen von 1,0 Mrd. €. Der Anteil ohne Garantien entfällt zu 100% auf Deutschland. Die garantierten Positionen entfallen zu 100% auf Italien.

Die Kontrahentenstruktur im Value Portfolio der Deutsche Pfandbriefbank AG wurde im Zuge der Neusegmentierung in 2010 überarbeitet und die Zuordnung zu Kontrahenten vereinheitlicht. Damit ist ein Vergleich mit der Kontrahentenstruktur im Dezember 2009 nicht möglich. Stattdessen werden Vergleichszahlen vom Juni 2010 gegenübergestellt.

Value Portfolio: Kontrahentenstruktur



* inkl. Portfolio, das am 1.10.2010 an die FMS-Wertmanagement transferiert wurde

** inkl. Forderungen gegenüber dem Schwesterinstitut DEPFA Bank plc über 0,6 Mrd. €

Risikoschwerpunkte

Das Exposure im Value Portfolio gegenüber Irland, Italien und Spanien beträgt zum 31. Dezember 2010 insgesamt 0,9 Mrd. €, wobei allein 0,8 Mrd. € auf Irland entfallen. Gegenüber Portugal und Griechenland bestand per 31. Dezember 2010 kein Exposure. Der starke Rückgang gegenüber Dezember 2009 um 62,8 Mrd. € ist im Wesentlichen auf eine Reduktion der irischen Forderungen gegenüber dem Schwesterinstitut DEPFA Bank plc zurückzuführen.

Strukturierte Produkte: 0,9 Mrd. € Exposure

Das Value Portfolio beinhaltet nicht strategische Positionen von 0,9 Mrd. € Exposure (Nominalwert: 1,3 Mrd. € (31. Dezember 2009: Nominalwert: 3,8 Mrd. €)) strukturierter Wertpapiere im Bankbuch.

Der Bestand an strukturierten Wertpapieren lässt sich in immobilienbezogene „Real Estate Linked Investments“ wie Commercial Mortgage Backed Securities (CMBS), Residential Mortgage Backed Securities (RMBS) und „Credit Linked Investments“ wie z. B. Collateralised Debt Obligation (CDOs im engeren Sinne) und Collateralised Loan Obligation (CLOs) unterteilen. Die „Credit Linked Investments“ werden im nachfolgenden Text als „CDO“ bezeichnet.

Folgende wesentliche Bestandsveränderungen sind in 2010 bei CMBS und CDO zu verzeichnen: Im Jahr 2010 wurden drei vollkonsolidierte Gesellschaften aufgelöst. Dadurch entstand ein Zugang in 2010 in Höhe von Nominal € 303,4 Mio. Bis Ende 3. Quartal wurden strukturierte Wertpapiere in Höhe von 374,5 Mio. € verkauft. Im Rahmen der Ausplazierung von Assets auf die FMS Wertmanagement AöR sind per 01.10.2010 strukturierte Wertpapiere in Höhe von 1.923,7 Mio. € abgegangen.

Die Bewertung der CMBS- und RMBS- Wertpapiere erfolgt auf Basis eines anerkannten Discounted-Cashflow-Modells. Im Gegensatz zur Bewertung einfacherer CDO Strukturen wird für komplexe Strukturen beziehungsweise illiquide zugrundeliegende Sicherheiten überwiegend ein gesondertes Bewertungsmodell

zur Anwendung gebracht. Bei diesem internen Bewertungsmodell werden die US- und EU- CDOs mit Hilfe von unten nach oben verteilten erwarteten Verlusten bewertet. Im Wesentlichen ist die Bewertung dieses Portfolios von der Entwicklung der zugrunde liegenden Sicherheiten geprägt, die vorwiegend aus ABS-, MBS- oder CDO- Tranchen bestehen.

Die handelsrechtliche Bewertung erfolgte im Einklang mit dem IDW Positionspapier vom 10. Dezember 2007. Im Berichtsjahr entstand in der Gewinn- und Verlustrechnung aus strukturierten Wertpapiere ein Verlust in Höhe von -51,7 Mio. € (Vorjahr -40 Mio. €).

Der Gesamtbestand per Jahresende ist wie folgt gegliedert:

In Mio. €	2010		2009	
	Nominalvolumen	Buchwert	Nominalvolumen	Buchwert
CDO (USA)	363,0	250,7	601,7	445,6
CDO (Europa)	85,0	5,2	369,5	183,5
RMBS/CMBS (Europa)	6,3	0,0	1.398,5	1.184,3
CMBS (USA)	0,0	0,0	65,5	0,0
Gesamt	454,3	255,9	2.435,2	1.813,4

Zweckgesellschaften in der Deutsche Pfandbriefbank AG

Zweckgesellschaften wurden in der Vergangenheit in der Regel dazu verwendet, Vermögensgegenstände (weitgehend) insolvenzsicher von operativen Gesellschaften zu isolieren und im Bedarfsfalle eine leichtere Verwertung dieser Vermögensgegenstände, die oftmals als Sicherheiten dienen, zu ermöglichen.

Im Geschäftsjahr 2010 wurden nahezu alle Zweckgesellschaften abgewickelt oder im Rahmen der Auslagerung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten auf die FMS Wertmanagement übertragen.

Bei der verbleibenden Zweckgesellschaft handelt es sich um eine ABS-Struktur, welche vollständig abgeschrieben ist, so dass der Deutsche Pfandbriefbank AG hieraus keine Risiken mehr erwachsen können.

Watchlist- und Problemkredite: 1,5 Mrd. €¹

Frühwarnsystem

Im Frühwarnsystem der Deutsche Pfandbriefbank AG sind Trigger (= Kriterien) für die Aufnahme in die Intensivbetreuung (Watchlist) und Problemkreditbetreuung definiert (z.B. Zahlungsverzug, Nichteinhaltung von Covenants – bspw. LTV, ISC). Ob ein Trigger ausgelöst wurde, wird fortlaufend überwacht. Bei Auffälligkeiten wird die Adresse analysiert und gegebenenfalls zeitnah in die Intensiv- oder Problemkreditbetreuung überführt.

¹ Um auf der vorhandenen Datenbasis eine Vergleichbarkeit zum Vorjahr zu ermöglichen, wird bei der Darstellung der Watchlist- und Problemkredite auf das Commitment abgestellt.

Watchlist- und Problemkredite (Restructuring und Workout Loans) sind wie folgt abgegrenzt: „Watchlist Loans“: Es besteht ein Zahlungsverzug größer 60 Tage bzw. ein anderes Frühwarnsignal trifft zu.

„Restructuring Loans“: Es besteht ein Zahlungsverzug größer 90 Tage bzw. ein anderes definiertes Frühwarnsignal trifft zu.

„Workout Loans“: Es gibt keinerlei Anzeichen dafür, dass das Darlehen saniert werden kann. Zwangsvollstreckungsmaßnahmen sind/werden eingeführt, Einzelwertberichtigungen sind vorgesehen.

Die Problemkreditbearbeitung ist auch für die Überprüfung von Wertminderungen im Einklang mit den diesbezüglichen Bilanzierungsvorschriften verantwortlich.

Entwicklung der Watchlist- und Problemkredite der Deutsche Pfandbriefbank AG

Commitment in Mio. €	31.Dezember 2010				31.Dezember 2009				Veränderung
	PSF	REF	VP	Gesamt	PSF	REF	VP	Gesamt	
Workout Loans	0	14	42	56	0	918	44	962	-906
Restructuring Loans	38	1.103	0	1.141	462	8.023	3	8.488	-7.34
Problemkredite	38	1.117	42	1.197	462	8.941	47	9.450	-8.253
Watchlist Loans	0	315	0	315	16	3.449	8	3.473	-3.158
Gesamt	38	1.432	42	1.512	478	12.390	55	12.923	-11.411

Ursache für den Rückgang der Problem- und Watchlist-Kredite um 11,4 Mrd. € auf 1,5 Mrd. € ist im Wesentlichen der Transfer von Vermögenswerten zum 1. Oktober 2010 auf die FMS-Wertmanagement. Seit diesem Übertrag ist das Watchlist- und Problem-Loan-Portfolio weitgehend stabil. Im PSF-Portfolio sowie im Value Portfolio gab es keinerlei Umgruppierungen/ Veränderungen. Im REF-Portfolio reduzierte sich das Watchlistexposure seit dem Übertrag von Positionen auf die FMS-Wertmanagement um 113 Mio. € bei den Problemkrediten erhöhte sich das Exposure leicht um 21 Mio. €

Wertberichtigungen und Rückstellungen

Einzelwertberichtigungen und portfoliobasierte Wertberichtigungen

Alle Kredite der Deutsche Pfandbriefbank AG werden regelmäßig überprüft, ob eine Wertminderung vorliegt. Dabei wird zunächst untersucht, ob ein objektiver Hinweis für eine Wertminderung besteht und anschließend die Höhe der Wertminderung als Differenz des Buchwertes zum Barwert der künftig erwarteten Cashflows ermittelt.

Portfoliobasierte Wertberichtigungen werden unter Verwendung Basel-II-konformer Risikoparameter wie Ausfallwahrscheinlichkeit (PD) und Verlustquote (LGD) bestimmt. Der sich hieraus ergebende erwartete Verlust, bezogen auf einen Zeithorizont von einem Jahr, wird mit einem IFRS-konformen Umrechnungsfaktor auf denjenigen Zeitraum skaliert, der im Mittel zur Identifizierung des Wertminderungsereignisses benötigt wird.

Sollten aufgrund des Marktumfelds in einzelnen Portfolios der Geschäftssegmente Abweichungen zwischen langjährigen Durchschnittswerten für die Parameter PD und LGD einerseits und aktuellen Ausfall- und Verlustquoten andererseits erkannt werden, so werden diese entsprechend berücksichtigt.

Die Genehmigung der Wertberichtigungen bzw. -risiken erfolgt im Risk Provisioning Committee, in dem die CRO aller Tochterinstitute also auch der Deutsche Pfandbriefbank AG vertreten sind.

Risikovorsorgebestand der Deutsche Pfandbriefbank AG

in Mio. €	Einzelwertberichtigungen auf Forderungen	Pauschalwertberichtigung inkl. Bewertungsreserve § 340f HGB	Insgesamt
Bestand zum 1. Januar 2010	2.963	587	3.550
Erfolgswirksame Veränderungen	707	-107	600
Erfolgsneutrale Veränderungen	-738	-4	-742
Abgang aufgrund Übertrag auf FMS-Wertmanagement	-2.435	-336	-2.771
Bestand zum 31. Dezember 2010	497	140	637

Der Rückgang der Einzelwertberichtigungen von 2.963 Mio. € per 31. Dezember 2009 auf 497 Mio. € zum 31. Dezember 2010 lässt sich hauptsächlich damit begründen, dass ein wesentlicher Teil des EWB-relevanten Portfolios auf die FMS-Wertmanagement übertragen worden ist.

Die Pauschalwertberichtigungen inkl. Bewertungsreserve nach §340f HGB betragen zum 31. Dezember 2010 140 Mio. € (12/2009: 587 Mio. €). Die Verringerung ist größtenteils auf die Übertragung von Vermögenswerten auf die FMS-Wertmanagement zurückzuführen.

Rückstellungen für Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen im Kreditgeschäft

Die Rückstellungen für Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen in Höhe von 44,1 Mio. € per 31.12.2010 (12/2009: 369,2 Mio. €) enthalten vor allem Rückstellungen für unwiderrufliche Kreditzusagen im Kreditgeschäft. Der Rückgang ist mit der Übertragung von Vermögenswerten auf die FMS-Wertmanagement verbunden.

Marktrisiko

Definition

Marktrisiko beschreibt die Gefahr eines Wertverlustes aufgrund von Schwankungen der Marktpreise von Finanzinstrumenten. Geschäfte der Deutsche Pfandbriefbank AG unterliegen hauptsächlich folgenden Risikoarten:

- Credit-Spread-Risiko
- allgemeines Zinsänderungsrisiko
- Fremdwährungsrisiko

Marktrisikostrategie

Die Deutsche Pfandbriefbank AG verfolgt folgende grundlegende Prinzipien in Bezug auf Marktrisiken:

Geschäfte sollen den Kundenbedarf abdecken; Eigengeschäfte sind auf ein Minimum zu begrenzen.

Es dürfen nur Geschäfte in Finanzinstrumenten abgeschlossen werden, die unabhängig über ein Modell bewertet oder für die Marktpreise beobachtet werden können und die den Neuproduktprozess erfolgreich durchlaufen haben.

Alle Positionen unterliegen der täglichen GuV- und Risiko-Überwachung durch Risk Management & Control.

Organisation der Marktrisikosteuerung

Die Überwachung der Positionen erfolgt durch den vom Handel aufbauorganisatorisch bis zur Ebene der Geschäftsführung getrennten Bereich Risk Management & Control.

Marktrisikoberichte

Risk Management & Control erstellt täglich ausführliche Marktrisiko-Berichte für diverse Berichtsempfänger:

Der tägliche Marktrisikobericht wird insbesondere an den CRO und den Treasury- Vorstand der Deutsche Pfandbriefbank AG adressiert. Er zeigt Marktrisiko-Value-at-Risk (VaR), Limitanspruchnahmen und ökonomische Performancezahlen.

Tägliche Sensitivitätsberichte beinhalten Analysen für die Hauptrisikofaktoren auf unterschiedlichen Detailebenen. Sie werden ebenfalls dem Risikovorstand und dem Treasury Vorstand zur Verfügung gestellt.

Marktrisikomessung und -limitierung

Marktrisiko Value at Risk

Risk Management & Control berechnet täglich den Marktrisiko-VaR auf Gesamt- und Teilportfolioebene anhand eines Varianz-Kovarianz-Ansatzes. Es werden alle Positionen einbezogen, wobei der Credit Spread-VaR aus Positionen, die der IFRS-Kategorie Loans & Receivables zugeordnet sind, nicht berücksichtigt wird.

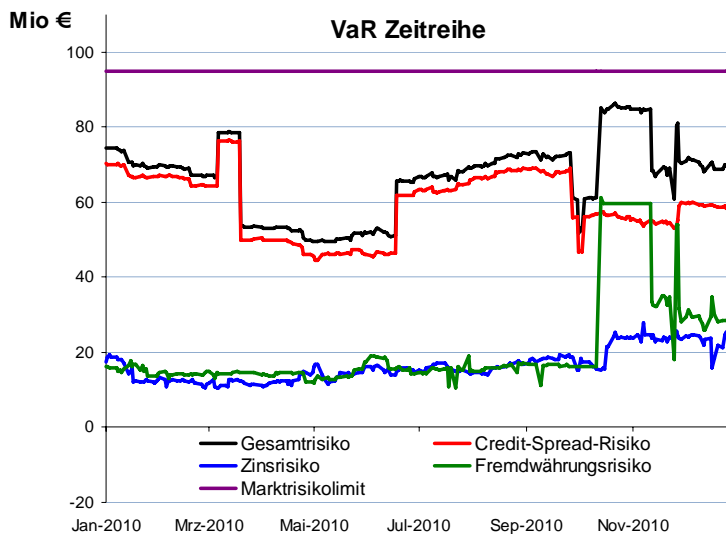
Die verwendeten Korrelationen und Volatilitäten basieren auf historischen Zeitreihen der jeweils letzten 250 Handelstage, die gleichgewichtet in die Berechnung eingehen.

Für die tägliche operative Risikosteuerung bezieht sich der VaR auf eine zehntägige Halteperiode und ein einseitiges 99%-Konfidenzintervall.

Bei der Aggregation der einzelnen Marktrisikokomponenten wie Zins-, FX- und Credit Spread-VaR zu einem Gesamt-VaR, der die Basis für die Limitüberwachung darstellt, wird Unkorreliertheit der Marktrisikokategorien unterstellt. Diese Annahme wird regelmäßig für signifikante Portfolien des HRE Konzerns explizit überprüft und validiert.

Am 31. Dezember 2010 betrug der Marktrisiko-VaR 70,2 Mio. € (Vergleichswert 31. Dezember 2009: 74,2 Mio. €). Das Marktrisiko-Limit lag während des gesamten ersten Halbjahres 2010 konstant bei 95 Mio. €. Es gab im Berichtszeitraum keine Limitüberschreitungen.

Die nachfolgende Grafik verdeutlicht die Entwicklung des Marktrisiko-VaR sowie des VaR für die einzelnen Risikoarten im Vergleich zum Marktrisiko-Limit im Jahresverlauf:



Weitere Instrumente, wie Sensitivitätsanalysen sowie Stresstesting, ergänzen die VaR-Betrachtung.

Sensitivitätsanalysen

Im Rahmen von Sensitivitätsanalysen wird quantifiziert, welchen Effekt eine Veränderung einzelner Marktparameter auf den Wert der Positionen hat. So gibt beispielsweise die Credit Spread Sensitivität Aufschluss darüber, welche ökonomische Barwertänderung aus der isolierten Veränderung der für die Bewertung relevanten Credit Spreads um einen Basispunkt resultiert.

Das Credit-Spread-Risiko spiegelt die potenzielle Änderung des Barwertes von Positionen aufgrund von Veränderungen der jeweiligen Credit Spreads wider. Risikomesssysteme zur Ermittlung von Credit-Spread-Risiken existieren für alle relevanten Positionen der Deutsche Pfandbriefbank AG. Der überwiegende Teil des Credit-Spread-Risikos ist auf deckungsfähige Vermögenswerte für Pfandbriefe zurückzuführen. Der VaR-Limitierung unterliegen nur die Credit-Spread-Risiken der AfS- und FVtPL-Bestände, nicht jedoch der LaR-Positionen.

Stresstesting

Während die VaR-Messung das Marktrisiko unter „normalen“ Marktbedingungen abbildet und nicht als Maß für einen potenziellen Maximalverlust zu verstehen ist, zeigen Stress-Szenarien das Marktrisiko unter extremen Bedingungen. In der Deutsche Pfandbriefbank AG werden hypothetische Stress-Szenarien auf monatlicher Basis für alle wesentlichen Risikotreiber (Credit Spreads, Zinssätze, Fremdwährungskurse) gerechnet. Zusätzlich werden historische Stressszenarien simuliert. Eine Parallelverschiebung der Zinskurve um 200 Basispunkte zum Beispiel hätte für alle Positionen der Deutsche Pfandbriefbank AG eine Marktwertänderung von 52,8 Mio. € zur Folge. Der Vergleichswert für das Jahresende 2009 lag bei 158,6 Mio. €. Der Vorstand und die entsprechenden Gremien werden über die Ergebnisse der Szenarioanalysen regelmäßig informiert.

Ökonomisches Marktrisikokapital

Für die Berechnung des ökonomischen Marktrisikokapitals, das bei der Risikotragfähigkeitsanalyse berücksichtigt wird, wird der Marktrisiko-VaR sowohl auf einen Einjahreszeitraum als auch auf ein höheres Konfidenzniveau (von 99% auf 99,95%) skaliert. Das ökonomische Kapital für Marktrisiken beträgt für die Deutsche Pfandbriefbank AG zum 31. Dezember 2010 ohne Berücksichtigung von Diversifikationseffekten zu anderen Risikoarten 488 Mio. € (Dezember 2009: 178 Mio. €).

Marktrisikosteuerung, -überwachung und -minderung

Die Deutsche Pfandbriefbank AG steuert und überwacht das Marktrisiko anhand eines Drei-Säulen-Ansatzes:

- Management der Position im Bereich Treasury,
- Risikomessung und Überwachung der Limiteinhaltung durch Risk Management & Control sowie
- Eskalationsprozesse über alle Entscheidungsgremien bis hin zum Vorstand.

Die Überwachung des Marktrisikos erfolgt für alle Positionen durch eine Kombination von Value-at-Risk (VaR)-Limiten sowie einer Überwachung der Sensitivitäten durch den Bereich Risk Management & Control.

Entwicklung der relevanten Marktrisikokarten

Allgemeines Zinsänderungsrisiko

Das gesamte allgemeine Zinsänderungsrisiko der Deutsche Pfandbriefbank AG betrug zum 31.12.2010 26,3 Mio. € (Vergleichswert 31. Dezember 2009: 18,4 Mio. €). Durchschnittlich lag das Zinsänderungsrisiko mit 16,5 Mio. € im Jahr 2010 (maximal 27,8 Mio. €; minimal 10,5 Mio. €) weiterhin auf niedrigem Niveau (durchschnittlicher VaR für das Jahr 2009 bei 15,1 Mio. €; maximal 29,3 Mio. €; minimal 3,5 Mio. €).

Credit-Spread-Risiko

Der überwiegende Teil des Credit-Spread-Risikos ist auf deckungsfähige Vermögenswerte für Pfandbriefe zurückzuführen. Der VaR-Limitierung unterliegen nur die Credit-Spread-Risiken der AfS- und FVtPL-Bestände, nicht jedoch der LaR-Positionen.

So belief sich die Credit-Spread-VaR der AfS- und FVPL-Bestände Ende Dezember 2010 auf 58,4 Mio. € (Ende 2009: 70,2 Mio. €).

Fremdwährungsrisiko und sonstige Marktrisiken

Das barwertig gerechnete Fremdwährungsrisiko betrug zum 31. Dezember 2010 28,9 Mio. €, der vergleichbare Jahresendwert 2009 betrug 15,2 Mio. €. Generelle Strategie ist es, Fremdwährungsrisiken so weit wie möglich abzusichern.

Aktienkurs-, Rohwaren- und Inflationsrisiken liegen nicht vor beziehungsweise bzw. sind im Wesentlichen abgesichert.

Finanzderivate werden überwiegend zu Sicherungszwecken eingesetzt.

Liquiditätsrisiko

Definition

Liquiditätsrisiko ist das Risiko, bestehenden oder zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nach Umfang und zeitlicher Struktur nicht, nicht vollständig beziehungsweise nicht fristgerecht nachkommen zu können.

Liquiditätsrisikostategie

Die Liquiditätsrisikostategie ist wesentlicher Bestandteil der Risikostategie der HRE, also auch der Deutsche Pfandbriefbank AG, und wird in verschiedene Bausteine unterteilt. Dabei wird sichergestellt, dass sowohl die kurzfristige - als auch die mittelfristige Refinanzierung der Deutsche Pfandbriefbank AG mittels

eines Limitsystems überwacht und gesteuert wird. Die Festlegung der Limite ist Teil des jährlichen Geschäftsplanungsprozesses.

Organisation der Liquiditätsrisikosteuerung

Risk Management & Control HRE identifiziert, misst, berichtet und überwacht das Liquiditätsrisiko der Deutsche Pfandbriefbank AG. Die Steuerung des Risikos obliegt der vom Risk Management & Control unabhängigen Einheit Treasury der HRE. Die verwendeten Prozesse und Methoden werden regelmäßig vom Risk Committee der HRE und Asset Liability Committee der HRE überprüft.

Liquiditätsrisikobericht

Die Berichte zur Liquiditätssteuerung werden täglich HRE konzernübergreifend erstellt und an den gesamten Vorstand sowie u.a. an Bundesbank, Bafin, SoFFin berichtet. Die Berichte beinhalten die tagesaktuelle Liquiditätssituation sowie Projektionen auf Basis vertraglicher Geldflüsse und getroffener Annahmen zu künftigen, die voraussichtliche Liquiditätsentwicklung beeinflussenden Ereignissen.

Liquiditätsrisikomessung und –limitierung

Zur Steuerung der Liquiditätsrisiken wurde ein System zur Messung und Begrenzung kurzfristiger und mittelfristiger Abweichungen innerhalb der Zahlungsströme installiert. Neben vertraglichen Zahlungsströmen werden auch optionale Zahlungsströme erfasst. Diese Daten werden regelmäßig einem Backtesting unterzogen.

Die Liquiditätsposition, welche sich aus den vertraglichen und optionalen Zahlungsströmen ergibt, wird in unterschiedlichen Szenarien gemessen. Auf täglicher Basis werden dabei verschiedene Liquiditätspositionen berechnet. Die drei Liquiditätspositionen unterstellen

- konstante Markt- und Refinanzierungsbedingungen (Base Szenario)
- Risk Szenario (modifiziertes (historic) Stress Szenario) und
- Liquiditätsstress ((historic) Stress Szenario), der ähnlich zur Situation der HRE gegen Ende 2008 ausgestaltet wurde

In Risk- und (historic) Stressszenario wird zum Beispiel mögliches Kundenverhalten in "Stresssituationen" simuliert. Dabei werden auf Basis historischer Zeitreihen 95%- bzw. 99% Quantile errechnet.

Nach dem Übertrag von Bilanzpositionen auf die FMS-Wertmanagement wurde das Limitsystem erweitert. Für das Liquiditätsrisiko wurde für die unterschiedlichen Liquiditätsszenarien jeweils ein Limit über einen Zeitraum von 12 Monaten definiert.

Das Limitsystem besteht aus:

- Limit auf das Liquiditätsstressprofil für HRE Konzern (Risk Szenario und (historic) Stress Szenario) und Trigger für das Base Szenario
- Limitsystem für die Deutsche Pfandbriefbank AG

Als Ergänzung zum Reporting verwendet die HRE regelmäßig durchgeführte Stresstests zur Untersuchung zusätzlich auftretender Stressereignisse auf die Liquiditätsposition.

Im Rahmen der Szenarioanalysen werden mögliche Auswirkungen makroökonomischer, geldpolitischer und politischer Krisen auf die Liquiditätssituation der HRE simuliert.

Die Szenarien werden an den Vorstand der HRE und die Deutsche Pfandbriefbank AG sowie an externe Gremien wie zum Beispiel die Bundesbank und den SoFFin berichtet und analysiert.

Im Rahmen der Weiterentwicklung der Liquiditätsrisikomessung und gemäß den neuen Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) werden zusätzliche Maßnahmen und Anforderungen im 1.Quartal 2011 umgesetzt.

Liquiditätsrisikoüberwachung und –management

Die Überwachung der Liquiditätsrisiken wird durch das tägliche Reporting der Liquiditätssituation der HRE und einen definierten Eskalationsprozess sichergestellt. In diesem Rahmen wurde unter anderem ein Liquiditätsnotfallplan verabschiedet, der den fachlichen und organisatorischen Rahmen für die Behandlung von Liquiditätsengpässen bildet.

Das Liquiditätsrisikomanagement basiert auf verschiedenen ineinandergreifenden Komponenten, die auf einer vom Vorstand festgelegten „Liquiditätsrisikotoleranz“ aufbauen. Damit wird sichergestellt, dass die einzelnen Unternehmen der HRE, also auch die Deutsche Pfandbriefbank AG, über ausreichende Liquiditätsreserven verfügen.

Liquiditätsrisikoabsicherung und -minderung

Die Begrenzung des Liquiditätsrisikos wird über ein Risikotoleranzsystem auf HRE Konzernebene gesichert. Die Risikotoleranz ist in den Liquiditätsmanagementprozess über Trigger (Limitsystem) integriert, um eine „Überlebensperiode“ der Deutsche Pfandbriefbank AG im Stressfall zu gewährleisten.

Die Grenzen für die Risikotoleranz werden im Rahmen von Stressszenarien ermittelt und regelmäßig angepasst.

Entwicklung der Risikoposition der Deutsche Pfandbriefbank AG

Nach der Übertragung von Bilanzpositionen an die FMS-Wertmanagement zum 1. Oktober 2010 entwickelte sich die Liquiditätsposition der Deutsche Pfandbriefbank AG im Rahmen der Planungen. Die im Rahmen der Liquiditätsrisikomessung per 31.Dezember 2010 ermittelte kumulierte Liquiditätsposition betrug auf Sicht von 12 Monaten 8,7 Mrd. €.

Der Liquiditätsbedarf der Deutsche Pfandbriefbank AG ist weiterhin von Marktschwankungen abhängig. Hier sind insbesondere Zins-, Währungs- und Credit Spread- Schwankungen zu nennen. Diese Abhängigkeit konnte jedoch durch die Übertragung von Vermögenswerten auf FMS-Wertmanagement deutlich reduziert werden.

Die Liquiditätskennziffer gemäß Liquiditätsverordnung betrug zum 31.Dezember 2010 in der Deutsche Pfandbriefbank AG 1,18, sie lag damit über der gesetzlichen Mindestgrenze von 1,0.

Für die Refinanzierung stehen der Deutsche Pfandbriefbank AG als Hauptfinanzierungsinstrumente gedeckte und ungedeckte Emissionen zur Verfügung. Pfandbriefe sind dabei das Hauptrefinanzierungsinstrument. Aufgrund ihrer hohen Qualität und Akzeptanz an den internationalen Kapitalmärkten sind Pfandbriefe vergleichsweise weniger von Marktschwankungen betroffen als viele andere Refinanzierungsquellen.

Die Refinanzierungsmärkte haben sich in den ersten Monaten des Jahres 2010 weiter stabilisiert. Zu Beginn des Jahres war der Markt durch viele erfolgreiche Benchmarktransaktionen in den unterschiedlichsten Bereichen gekennzeichnet. Vor allem Covered Bonds und insbesondere Pfandbriefe konnten erfolgreich platziert werden. Auch kleinere Privatplatzierungen haben in großen Stückzahlen stattgefunden.

Mit dem Einsetzen der Schuldenkrise innerhalb der Europäischen Union im Mai 2010 und den hohen Volatilitäten in Staatsanleihen, hat die Emissionstätigkeit stark abgenommen. Die Aktivität an den Privatplatzierungsmärkten wurde dadurch stark reduziert, Benchmarktransaktionen konnten jedoch vereinzelt weiterhin platziert werden. Auch die Kreditvergabe am Interbankenmarkt wurde in einzelnen Phasen stark reduziert.

Die Stabilisierungsmaßnahmen der EZB durch den Ankauf von Staatsanleihen haben die Märkte teilweise stabilisiert, die Volatilitäten sind jedoch immer noch sehr hoch. Gleichzeitig sind die langfristigen Zinssätze auf historisch niedrige Werte gefallen und verharren auf dem niedrigen Niveau.

Die Deutsche Pfandbriefbank AG konnte 2010 ca. 1,3 Mrd. € an Öffentlichen Pfandbriefen, ca. 0,5 Mrd. € an Hypothekendarlehen und ca. 2,8 Mrd. € an Senior Unsecured Transaktionen langfristig am Markt platzieren. Die Volumina umfassen lediglich eine Benchmarktransaktion (1 Mrd. € Öffentlicher Pfandbrief), der Rest wurde durch Privatplatzierungen am Markt aufgenommen.

Prognostizierter Liquiditätsbedarf

Die aktuelle Liquiditätssituation ist aus Sicht der pbb Deutsche Pfandbriefbank als komfortabel einzustufen.

Neben dem prognostizierten Liquiditätsbedarf für Neugeschäftsaktivitäten, ist die Höhe des zukünftigen Liquiditätsbedarfs jedoch noch von einer Vielzahl von externen Faktoren abhängig:

- Die zukünftige Entwicklung der Abschlüsse bei Wertpapieren bei den Repo-Finanzierungen am Markt und bei den Zentralbanken.
- Eventuell zusätzliche Sicherheitenanforderungen aufgrund von sich ändernden Marktparametern (wie Zinssätze und Fremdwährungskurse).
- Die Entwicklung der Anforderungen für Absicherungsgeschäfte
- Veränderte Anforderungen der Ratingagenturen hinsichtlich der erforderlichen Überdeckung in den Deckungsstöcken

Nach der Übertragung von Vermögenswerten auf FMS-Wertmanagement hat sich das Risiko für die Liquidität der pbb Deutsche Pfandbriefbank, das aufgrund von Verwerfungen an den Finanzmärkten entstehen könnte, deutlich verringert.

Operationelle Risiken

Definition

Die Deutsche Pfandbriefbank AG definiert das operationelle Risiko als „die Gefahr von Verlusten, verursacht durch unzureichende oder fehlende Prozesse, menschliche Fehler, Technologieversagen oder externe Ereignisse. Die Definition beinhaltet rechtliche Risiken, schließt jedoch strategische und Reputationsrisiken aus.

Operationelle Risiken sind mit den meisten Geschäftsaktivitäten der Deutsche Pfandbriefbank AG verbunden und erstrecken sich auf eine Vielzahl von unterschiedlichen Risiken.

Strategie für Operationelle Risiken

Die obersten Ziele der Deutsche Pfandbriefbank AG sind die Früherkennung, die Erfassung, die Beurteilung sowie die Überwachung, Verhinderung bzw. Begrenzung von operationellen Risiken sowie ein frühzeitiger und aussagekräftiger Bericht an das Management. Die Deutsche Pfandbriefbank AG versucht nicht, Risiken komplett auszuschließen, sondern durch gezielte Früherkennungsmaßnahmen mögliche Verluste zu minimieren. Die Bereitstellung von ausreichenden Informationen ist dabei die Basis für gezielte Entscheidungen zur Risikobegrenzung.

Organisation des Managements von Operationellen Risiken

Im Bereich Risk Management & Control ist die Abteilung Group Operational Risk für einheitliche Prozesse, Instrumente und Methoden zur Erfassung, Beurteilung, Überwachung und Berichterstattung operationeller Risiken in der HRE zuständig. Dies schließt die Deutsche Pfandbriefbank AG mit ein.

Risikoberichte, Überwachung und Management von Operationellen Risiken

Operationelle Risiken werden durch ein Netzwerk bestehend aus Kontrollen, Verfahren, Berichten und Verantwortlichkeiten überwacht. Innerhalb der Deutsche Pfandbriefbank AG übernimmt jeder einzelne Fachbereich die Verantwortung für die eigenen operationellen Risiken und stellt entsprechende Ressourcen und Prozesse zu deren Begrenzung zur Verfügung. Der Fokus liegt dabei primär auf der Früherkennung, Minderung und der Steuerung der Risiken sowie weiterhin auf der Messung und Überwachung von Risiken.

Die Deutsche Pfandbriefbank AG setzt folgende, eingeführte Prozesse und Methoden für das Management, die Bewertung, Überwachung und Berichterstattung der operationellen Risiken ein:

- Vierteljährlicher Bericht zu wesentlichen, risikorelevanten Indikatoren (Key Risk Indicators, KRI), der geeignet ist, frühzeitig Kontrolldefizite aufzuzeigen.
- Durchführung jährlicher Risk Self Assessments zur Beurteilung möglicher Auswirkungen von potenziellen Risikoquellen und vorhandenen Kontrollen zur Minderung von Risiken. Bei als hoch eingestuftem Risiken werden die Pläne zur Risikominderung durch Group Operational Risk überwacht.
- Verlustdatensammlung, -berichterstattung und -analyse operationeller Risiken zur Identifizierung von Prozess-, Kontroll- bzw. Systemschwächen, um rechtzeitig Gegenmaßnahmen zur Risikoreduzierung ergreifen zu können.
- Fokussierte Analyse vordefinierter Haupt-Risikobereiche in Zusammenarbeit mit den betroffenen Fachbereichen sowie Ausarbeitung geeigneter Empfehlungen zur Risikominderung.
- Koordination des Neuprodukt-Prozesses des HRE Konzerns durch Group Operational Risk zur Bewertung und Überwachung von Risiken, die mit neuen Produkten oder Geschäftsaktivitäten verbunden sein können.

Die gesammelten Informationen werden verwendet, um das operationelle Risikoprofil der Deutsche Pfandbriefbank AG und die notwendigen

Maßnahmen zur Risikoreduzierung zu bestimmen.

Regelmäßige Berichte werden für den Chief Risk Officer (CRO) und das Risk Committee erstellt. Der monatliche Group Risk Report enthält operationelle Schadensfälle und Verluste sowie wesentliche risikorelevante Sachverhalte mit Auswirkung auf die Deutsche Pfandbriefbank AG. Zudem weist ein vierteljährlicher Bericht zu wesentlichen Risikoindikatoren den Vorstand auf potenzielle Risikoquellen hin. Die Ergebnisse des jährlichen Risk Self Assessments in den Fachbereichen werden nach Abschluss des Assessment-Prozesses dem Risk Committee berichtet. Nach Beendigung einer detaillierten Risikoanalyse erhält der zuständige Vorstand einen Abschlussbericht.

Risikomessung

Das ökonomische Kapital für operationelle Risiken beträgt 135 Mio. € zum 31. Dezember 2010 (290 Mio. € zum 31. Dezember 2009). Als Folge der im Kapitel „Ergebnis der Risikotragfähigkeitsanalyse“ beschriebenen methodischen Anpassung der Berechnung des ökonomischen Kapitals sind die Zahlen der beiden Zeitpunkte nur eingeschränkt miteinander vergleichbar.

Die regulatorische Eigenkapitalunterlegung für operationelle Risiken, die jeweils einmal jährlich zum Jahresende berechnet wird beträgt, entsprechend dem Standardansatz nach Basel II, 80 Mio. € zum 31. Dezember 2010 (30 Mio. € zum 31. Dezember 2009).

Wesentliche operationelle Risiken der Deutsche Pfandbriefbank AG

Wesentliche operationelle Risiken resultieren aus der andauernden Restrukturierung der HRE und damit auch der Deutsche Pfandbriefbank AG. Dies beinhaltet auch die Erbringung von Dienstleistungen für die FMS-Wertmanagement seit 1. Oktober 2010. Operationelle Risiken erwachsen insbesondere aus der hohen Anzahl von manuellen Geschäftserfassungen sowie der hohen Anzahl von unterschiedlichen Abwicklungs- und Überwachungssystemen. Die Systeme werden derzeit konsolidiert. Bis zum Abschluss

der Konsolidierung besteht eine erhöhte Fehleranfälligkeit in Bezug auf die manuellen Prozesse und Kontrollen, die zur Sicherung der Datenkonsistenz erfolgen.

Des Weiteren besteht eine hohe Abhängigkeit von Know-how von Schlüsselpersonen, um einerseits Restrukturierungsprozesse zu implementieren (zum Jahresende 2010 überwiegend abgeschlossen) und andererseits das Tagesgeschäft zu betreiben. Dies ist vor dem Hintergrund der bestehenden Systemlandschaft sowie manueller Prozesse und Kontrollen von besonderer Bedeutung. Der Verlust von Know-how stellt in der aktuellen Situation der Deutsche Pfandbriefbank AG ein erhöhtes Risiko dar. Die Fluktuation in der Belegschaft der Deutsche Pfandbriefbank AG blieb auch in 2010 auf hohem Niveau.

In 2010 ergaben sich für die Deutsche Pfandbriefbank AG Verluste von gesamt 1,5 Mio. € aus operationellen Risiken. Die Verluste resultierten hauptsächlich aus Fehlern im Zusammenhang mit manuellen Prozessen und Kontrollen. Prozess- und Kontrollverbesserungen wurden implementiert, um die zugrundeliegenden Ursachen der aufgetretenen Verlustfälle zu minimieren oder auszuschließen.

Die Deutsche Pfandbriefbank AG ist an gerichtlicher und außergerichtlicher Verfahren beteiligt, die im Anhang des Jahresabschlusses beschrieben sind.

Ergebnis der Risikotragfähigkeitsanalyse

Ökonomisches Kapital nach Risikoarten

ohne Diversifikationseffekte in Mio. € per	31. Dezember 2010	31. Dezember 2009	Veränderung
Adressrisiko	1.329	2.170	-841
Marktrisiko	488	178	+310
Operationelles Risiko	135	290	-155
Geschäftsrisiko	62	261	-199
Risiko des bankeigenen Immobilienbestandes	-	80	-80
Risiko des Beteiligungsbestandes	-	2	-2
Summe vor Diversifikationseffekten	2.014	2.981	-967
Summe nach Diversifikationseffekten	1.811	2.631	-820
Risikodeckungsmasse	5.156	5.585	-429
Über-/Unterdeckung	3.345	2.954	+391

Ohne die Diversifikationseffekte zwischen den einzelnen Risikoarten beläuft sich das ökonomische Kapital der Deutsche Pfandbriefbank AG auf rund 2,0 Mrd. € (Dezember 2009: 3,0 Mrd. €). Mit deren Berücksichtigung sinkt es auf rund 1,8 Mrd. € (Dezember 2009: 2,6 Mrd. €).

Aufgrund der Übertragung von Vermögenswerten auf die FMS-Wertmanagement hat sich die vormals negative AfS Rücklage verbessert. Außerdem rechnet die Bank ab dem 4. Quartal erstmalig wieder mit einem positiven Planergebnis für die nächsten 12 Monate. Allerdings wurden diese beiden Effekte durch eine Reduktion der nachrangigen Verbindlichkeiten infolge der Entkonsolidierung der DEPFA Finance N.V. überkompensiert, was in Summe zu einem Rückgang der Risikodeckungsmasse um 0,4 Mrd. € führt.

Laut dem aufsichtsrechtlich geforderten ICAAP-Modell, nach dem sich die ökonomische Risikotragfähigkeit der Gesellschaft bestimmt, ergibt sich zum 31. Dezember 2010 für einen einjährigen Betrachtungszeitraum ein sehr deutlicher ökonomischer Kapitalpuffer von rund 3,3 Mrd. €.

Methodik der einzelnen Risikoarten

Das ökonomische Kapital jeder Risikoart wird über einen quantitativen Ansatz ermittelt und unter Berücksichtigung von spezifischen Korrelationen zum Gesamtbankrisiko aggregiert. Gemäß gängigem Marktstandard werden die Risikoarten für einen Zeitraum von einem Jahr und ein aus dem Zielrating abgeleitetes Konfidenzniveau (hier 99,95%) berechnet.

Nachfolgend wird die Berechnungsmethodik des ökonomischen Kapitals für die einzelnen Risikoarten erläutert. Das Immobilien- und das Beteiligungsrisiko werden als Folge der durchgeführten Risikoinventur seit der Übertragung von Positionen auf die FMS-Wertmanagement als immateriell eingestuft und sind aus diesem Grund kein Bestandteil der Berechnung des ökonomischen Kapitals mehr.

Adressrisiko

Zur Berechnung des Adressrisikos auf Portfolioebene setzt die Deutsche Pfandbriefbank AG ein Kreditportfoliomodell ein, welches dem Ansatz eines sogenannten Asset Value Modells folgt. Der wesentlicher Grundgedanke dieses Ansatzes besteht darin, dass über die wiederholte Simulation korrelierter Ratingmigrationen und Ausfälle der Kreditnehmer und einer Berechnung hieraus resultierender Wertveränderungen über eine entsprechende Neubewertung des Portfolios, Wahrscheinlichkeitsaussagen über potenzielle Verluste aus dem Kreditgeschäft getroffen werden können. Aus der über diesen Weg berechneten Verlustverteilung lässt sich dann das ökonomische Adressrisikokapital als Value at Risk Wert ableiten. Dieses beziffert den auf einem Konfidenzniveau von 99,95% berechneten maximalen unerwarteten Verlust, der sich aufgrund von Ratingmigrationen und Ausfällen im Kreditgeschäft innerhalb eines Jahres ergeben wird. Neben der Verlustverteilung des Kreditportfolios ist ein wesentliches Ergebnis die risikoadäquate Allokation des so gemessenen Adressrisikokapitals auf die einzelnen Kreditnehmereinheiten nach dem sogenannten Expected Shortfall Prinzip. Hierbei wird eine verursachungsgerechte Zuordnung auf die Kreditnehmer gewährleistet und damit ein wesentlicher Baustein zur risikoorientierten Steuerung des Kreditpotfolios gelegt.

Mit der Anpassung der ICAAP-Methodik an das veränderte Geschäftsmodell werden die Marktschwankungen von Credit Spreads in der IFRS Kategorie Available for Sale (AfS) fortan im Marktrisiko abgebildet. Zur Vermeidung von Doppelzählungen werden im Kreditportfoliomodell damit nur noch Credit-Spread-Veränderungen, die durch Ratingmigrationen hervorgerufen sind, sowie Kreditausfälle modelliert. Per Jahresende 2009 waren im Adressrisiko noch zusätzlich die maximalen historisch aufgetretenen Spread-Anstiege innerhalb eines Jahres für die AfS-Positionen berücksichtigt worden. Diese Anpassung verursacht eine Verlagerung des ökonomischen Kapitals von Adressrisiken zu Marktrisiken. Die Hauptgründe für diese Anpassung sind:

- einheitliche Behandlung aller IFRS-Kategorien, die die Risikodeckungsmasse beeinflussen (Held-for-Trading, Fair-Value-through-P&L, Available for Sale)
- Harmonisierung der Marktrisiko-Definition im ICAAP mit der internen Steuerung
- pro-zyklisches Verhalten der Marktvolatilitäten anstelle der vormals statischeren historischen Szenarien
- Anpassung der Abgrenzung zwischen Markt- und Adressrisiko an den branchenüblichen Standard

Darüber hinaus wurde im vierten Quartal 2010 als Ergebnis der Risikoinventur Transfer- und Konversionsrisiken von Währungen als materiell eingestuft und in die Modellierung des ökonomischen Kapitals für Adressrisiken neu aufgenommen.

Das ökonomische Kapital für Adressrisiken - berechnet aus dem Kreditportfoliomodell - beträgt für ein Konfidenzniveau von 99,95% und einen Zeithorizont von einem Jahr ohne Berücksichtigung von Diversifikationseffekten zu anderen Risikoarten rund 1,3 Mrd. € (Dezember 2009: 2,2 Mrd. €). Der Rückgang um 0,8 Mrd. € ist im Wesentlichen auf zwei Komponenten zurückzuführen. Zum einen verringert sich das Kapital für Adressrisiken aufgrund des bereits beschriebenen Methodenwechsels, ausgeglichen durch einen Anstieg des ökonomischen Kapitals für Marktrisiken in etwa gleicher Höhe. Zum anderen führte die Aufnahme von nicht strategienotwendigen und teilweise risikobehafteten Vermögensgegenständen und Derivaten in die FMS-Wertmanagement zu einer erheblichen Reduktion des Adressrisikos. Maßgeblich für die Reduktion war insbesondere die vollständige Übertragung des Griechenland-Exposures, das zuvor das ökonomische Kapital für Adressrisiken dominiert hatte.

Marktrisiko

In die Berechnung des ökonomischen Kapitals für Marktrisiken geht der für die Marktrisikosteuerung verwendete VaR ergänzt um die VaR-Werte für die Eigenmittelbücher ein. Um dem höheren

Konfidenzniveau sowie dem Einjahreszeitraum des Kapitaladäquanzverfahrens Rechnung zu tragen, wird der Marktrisiko VaR entsprechend skaliert.

Das ökonomische Kapital für Marktrisiken beträgt zum 31. Dezember 2010 bei einem einjährigen Betrachtungszeitraum ohne Berücksichtigung von Diversifikationseffekten zu anderen Risikoarten 488 Mio. € (Dezember 2009: 178 Mio. €). Der deutliche Anstieg des Marktrisikokapitals ist im Wesentlichen auf die folgenden drei Komponenten zurückzuführen.

- Verlagerung der Credit-Spread-Risiken der AfS-Positionen vom ökonomischen Adressrisiko- zum Marktrisikokapital, die mit der ICAAP Methodenänderung im März 2010 eingeführt wurde.
- Erhöhung des Marktrisikos infolge des Volatilitätsanstiegs der Credit Spreads einiger europäischer Länder, die derzeit im Fokus stehen.
- Teilweise kompensiert wurde die Erhöhung des Marktrisikos durch die Übertragung von Vermögenswerten auf die FMS-Wertmanagement, die es leicht reduzierte.

Operationelles Risiko

In die Berechnung des ökonomischen Kapitals für operationelle Risiken geht das Ergebnis der Berechnung nach dem Standardansatz gemäß Basel II ein. Für die Zwecke des Kapitaladäquanzverfahrens wird der regulatorisch bestimmte Kapitalbedarf entsprechend dem höheren Konfidenzniveau (von 99,9% auf 99,95%) skaliert.

Das ökonomische Kapital für operationelle Risiken beträgt 135 Mio. € zum 31. Dezember 2010 (290 Mio. € zum 31.12.2009). Als Folge der methodischen Anpassung des ICAAP sind die Zahlen der beiden Zeitpunkte nur eingeschränkt miteinander vergleichbar. Bis Jahresende 2009 wurde ein fester Prozentsatz auf das Ziel-Eigenkapital angewendet, jetzt erfolgte eine Harmonisierung mit dem Standardansatz zur Berechnung der regulatorischen Eigenkapitalunterlegung.

Geschäftsrisiko

Die Berechnung des Risikokapitals für das Geschäftsrisiko wurde im Rahmen der Einführung des neuen ICAAP Modells weitestgehend überarbeitet. Das ökonomische Kapital errechnet sich nun aus den folgenden zwei Komponenten:

1. Ausbleibende Erträge für das Neugeschäft
2. Gestiegene Finanzierungskosten

1. Ausbleibende Erträge für das Neugeschäft

Die Risikodeckungsmasse beinhaltet Planzahlen für den Zins- und Provisionsüberschuss der jeweils kommenden vier Quartale. Die Ermittlung des ökonomischen Geschäftsrisiko-Kapitals basiert auf der Annahme, dass im kommenden Jahr keinerlei Neugeschäft für die Deutsche Pfandbriefbank AG generiert wird. Daraus resultierend ergibt sich das Risikokapital als der Anteil an den Planzahlen für Zins- und Provisionsüberschuss, der auf das Neugeschäft entfällt. Damit wird die größtmögliche unerwartete Abweichung vom Erwartungswert unterstellt.

2. Gestiegene Finanzierungskosten

Erhöhte Finanzierungskosten können aus den folgenden zwei Ursachen resultieren:

- Gestiegener Finanzierungsbedarf
- Erhöhung des unbesicherten Refinanzierungssatzes

Im Rahmen der Liquiditätsrisikomessung wird monatlich im Stress-Szenario „Further Decline“ der gestiegene Finanzierungsbedarf bei Eintritt bestimmter Marktereignisse simuliert. Für den unbesicherten Refinanzierungssatz wird ein Anstieg auf das am Markt beobachtete historische Maximum von Credit

Spreads des bankeigenen Ratings simuliert. Aus Vorsichtsgründen wird unterstellt, dass beide Ereignisse simultan eintreten.

Als Folge der methodischen Anpassung sind die Zahlen des Geschäftsrisiko-Kapitals per 31.12.2010 und Jahresende 2009 nur eingeschränkt miteinander vergleichbar. Vormalig wurde der Wert auf Basis der operativen Kosten ermittelt.

Liquiditätsrisiko

Eine Kapitalisierung von Liquiditätsrisiken im engeren Sinne ist nicht möglich und auch nicht branchenüblich. Liquiditätsrisiken im weiteren Sinne einer Verteuerung der Refinanzierungskosten sind im ökonomischen Kapital für das Geschäftsrisiko abgebildet.

Stresstests

Stresstests in Bezug auf das ökonomische Kapital werden eingesetzt, um ein besseres Verständnis der Sensitivität der Ergebnisse gegenüber den Risikoparametern, welche den Modellen zugrunde liegen, zu entwickeln. Die Deutsche Pfandbriefbank AG führt Stresstests als Instrument für ein angemessenes ökonomisches Kapitalmanagement für fünf Einzel-Kategorien durch, jeweils bezogen auf eine isolierte Risikoart:

- Herabstufung der größten Kontrahenten, gemessen am ökonomischen Kapital
- Stresstests der Kreditwürdigkeit aller Kontrahenten
- Stresstests bezüglich der Sicherheiten
- Operationelles Risiko
- Geschäftsrisiko

Darüber hinaus existieren zwei integrierte, d.h. risikoartenübergreifende Stresstest-Szenarien. Beide Szenarien basieren auf hypothetischen und historischen Ereignissen. Die integrierten Stresstests werden nur auf HRE Konzernebene berechnet.

Prognosebericht

Gesamtwirtschaftliche Prognose

Für das Jahr 2011 wird weltweit im Wesentlichen mit einer Fortsetzung der konjunkturellen Erholung nach dem Krisenjahr 2009 gerechnet, wobei die Wachstumsraten gegenüber 2010 wieder etwas niedriger eingeschätzt werden. Ein ganz zentraler Aspekt der Prognosen ist jedoch, dass die Länderunterschiede – gerade auch innerhalb der Eurozone – sehr stark ausgeprägt sind. Für Irland, Portugal und – mit -3,9% besonders prägnant – Griechenland wird sogar eine weitere Schrumpfung der wirtschaftlichen Aktivität erwartet. Nicht zuletzt die in diesen Ländern unausweichlichen Konsolidierungen der öffentlichen Haushalte und das daraus resultierende Fehlen fiskalischer Handlungsspielräume tragen zu diesen divergierenden Entwicklungen bei.

So ist die weitere Entwicklung auf den Märkten für Staatspapiere ein sehr wichtiger Unsicherheitsfaktor vor allem auf der Ebene einzelner Länder. Obgleich bislang die Auktionen neuer Staatsschulden auch in den Staaten im Fokus dank des im Lagebericht erwähnten Rettungsschirms erfolgreich waren, sind Zinserhöhungsrisiken, die die fiskalische Schieflage weiter verstärken könnten, für die Staatshaushalte nicht unerheblich.

Diese Risiken werden dadurch vergrößert, dass die expansiven Geld- und Fiskalpolitiken der jüngsten Vergangenheit durchaus das Potential für ein Anziehen der Inflationsrate mit sich bringen. Darauf dürften die Zentralbanken – gerade auch die Europäische Zentralbank (EZB) – über kurz oder lang mit einem Anheben der Zinsen reagieren. So wird vielfach erwartet, dass 2011 den Wendepunkt zu einer Periode wieder ansteigender Zinsen markieren wird. Erfahrungsgemäß werden die Zinsschritte aber eher verhalten ausfallen, zumal angesichts einer gerade wieder erstarkten Konjunktur kaum irgendwo von überausgelasteten Kapazitäten auf der makroökonomischen Ebene und einem damit verbundenen Preisdruck die Rede sein kann. Auf den Gütermärkten droht denn auch vor allem von einigen Rohstoffmärkten eine gewisse Inflationsgefahr. Die eingangs des Prognoseberichts erwähnten internationalen Wachstumsunterschiede könnten es für die EZB schwierig machen, die für die Eurozone notwendigerweise einheitliche Geldpolitik zu formulieren.

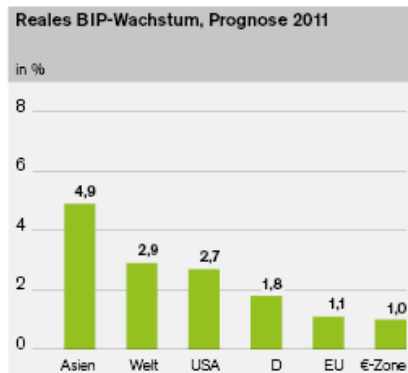
Gerade in Deutschland ist angesichts der deutlich verbesserten Arbeitsmarktsituation mit wieder etwas offensiveren Lohnabschlüssen zu rechnen. Allerdings dürften hier die Ende April 2011 wegfallenden Beschränkungen der Arbeitnehmer- und – fast wichtiger noch – Dienstleistungsfreizügigkeit zwischen Deutschland und acht osteuropäischen Volkswirtschaften – darunter Polen, Tschechien und Ungarn – zumindest in einigen Segmenten eine wenn auch quantitativ begrenzte Gegenkraft entfalten. Bei der Beurteilung von Inflationsrisiken darf jedoch nicht außer acht gelassen werden, dass in Deutschland – wie auch in vielen anderen Ländern – trotz der Erholung 2010 das Vorkrisenniveau der wirtschaftlichen Aktivität noch nicht wieder erreicht ist und damit die Inflationsgefahren für die unmittelbare Zukunft begrenzt sind.

Von fiskalischer Seite sind im Jahr 2011 in den meisten Ländern keine weitergehenden Impulse mehr zu erwarten. Während die schon beschriebene prekäre fiskalische Situation in einigen Ländern dafür sorgen wird, dass von der staatlichen Nachfrage eher negative Impulse ausgehen, laufen auch in fiskalisch solider aufgestellten Ländern die konjunkturellen Stützungsmaßnahmen aus.

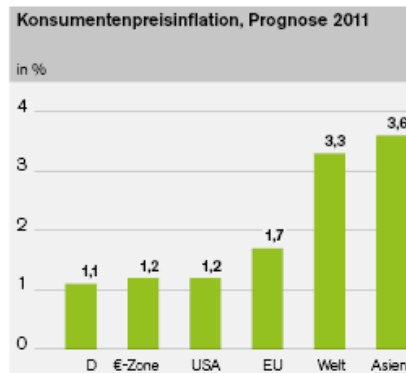
Eine der Hauptgefahren für die wirtschaftliche Entwicklung geht von der weiteren Entwicklung der sogenannten »Eurokrise« aus. Deren Kern ist zwar nicht – wie sonst bei Währungskrisen – eine verfehlte Geldpolitik, sondern vielmehr fiskalische Probleme in einigen Mitgliedsstaaten der Eurozone. Dennoch kann sich die im ersten Halbjahr 2010 gemachte Erfahrung, dass schon nur die Gefahr einer staatlichen Zahlungsunfähigkeit – nota bene trotz des Rettungsschirms – zu einer massiven Abwertung durch ein Umschichten von Anlagen in andere Währungen führt, durchaus wiederholen. Hier wird viel davon abhängen, wie effektiv, glaubwürdig und letztlich nachhaltig die notwendigen Konsolidierungen der Staatshaushalte vorangetrieben werden können.

Auf den Arbeitsmärkten der meisten wichtigen Volkswirtschaften wird von einer wenn auch zumeist sehr leichten Erholung ausgegangen. Während sich in Deutschland – begünstigt durch die demographische Entwicklung, aber auch aufgrund eines starken Anstiegs »atypischer Beschäftigungsverhältnisse« – die Arbeitslosenquote im Jahresverlauf voraussichtlich weiter nach unten auf 6,3% bewegen wird, wird die Arbeitslosenquote in den USA nur wenig auf 9,5% sinken. Von einem auch wieder arbeitsmarktwirksamen

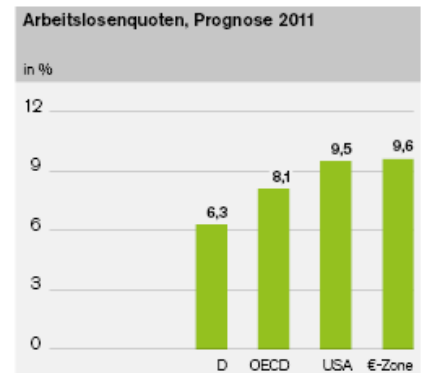
Aufschwung mit einer entsprechend positiven Auswirkung auf die private Konsumnachfrage kann in den USA daher für das Jahr 2011 nicht ausgegangen werden.



Quelle: EIU, Abfrage über Datastream



Quelle: EIU, Abfrage über Datastream



Quelle: OECD, Economic Outlook No. 88, 11/2010

Branchenspezifische Rahmenbedingungen

Gesamtsituation der Bankbranche

Im Jahr 2011 stehen unverändert große Herausforderungen für die Bankbranche an. Diese hängen in ihrer Tragweite aber im Wesentlichen davon ab, wie sich zum einen die weitere konjunkturelle Entwicklung ergibt, und zum anderen, inwieweit sich die Geld-, Kapital- und Währungsmärkte beruhigen beziehungsweise normalisieren. Viele der Probleme aus dem vergangenen Jahr, werden auch im Jahr 2011 noch nicht für alle Banken gelöst sein. Dies sind beispielsweise ein hohes Volumen von Krediten, die zur Refinanzierung anstehen und deren Parameter aber noch nicht wieder das Niveau zum Zeitpunkt der Ausreichung erreicht haben. Gerade die noch nicht erholten Immobilienmärkte und andere risikobehaftete Vermögenswerte könnten zu weiteren Belastungen in diesem Segment führen. Banken werden mit intensiveren Restrukturierungsbemühungen darauf reagieren. Sollten sich die Ratings der Staaten im Fokus nicht verbessern, werden für solche Anleihen in den Bankenportfolios weiterhin zusätzliche Sicherheiten zu stellen sein. Im Rahmen der Finanzkrise gewährte Staatshilfen werden zur Rückzahlung anstehen. Die Reprivatisierungsbemühungen teilweise oder ganz verstaatlichter Institute werden ebenfalls 2011 besonders in Europa forciert werden. Die neuen Basel-III Vorschriften sorgen dafür dass die gesamte Branche sich mit Strategien zur Beschaffung von zusätzlichem Eigenkapital befassen wird.

Finanzierung des öffentlichen Sektors

Generell vollzieht sich am Public-Finance-Markt derzeit eine Neuordnung. Diese Marktkorrektur wird in den nächsten zwei bis drei Jahren stattfinden. Im Jahr 2010 führte das zunehmende Interesse von Banken an risikoarmen Kreditgeschäften zu einem Angebotsanstieg im Bereich der öffentlichen Finanzierung. Der Rückzug einzelner Anbieter wird teilweise durch Markteintritte lokaler Banken überkompensiert. In den strategischen Kernmärkten der Deutschen Pfandbriefbank AG, wie Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien, haben lokale und regionale Kreditinstitute die Hauptrolle im Finanzierungsmarkt des öffentlichen Sektors übernommen. Mögliche Perspektiven für diese Kernmärkte basieren auf dem geplanten Anstieg der Bruttoneuverschuldung der öffentlichen Haushalte in den kommenden Jahren, was trotz paralleler Konsolidierungsanstrengungen positiv beurteilt wird. In Deutschland haben sich die Margen auf einem weiterhin niedrigen Niveau stabilisiert. Insgesamt ist jedoch mehr Bewegung in die Margengestaltung gekommen. Dieser Trend dürfte mit Blick auf die ungelösten Probleme im Zusammenhang mit der Finanzsituation deutscher Städte und Kommunen anhalten und zu größerer Differenzierung führen. In Frankreich werden die Margen durch die verstärkten Aktivitäten der französischen Sparkassen im Public-Sector-Finance-Geschäft gedrückt. Andererseits gibt es deutliche Zeichen für höhere Margen von weiteren Wettbewerbern (insbesondere Dexia und Société Générale), so dass insgesamt eine leichte Erholung der Margen zu erwarten ist. In Spanien wird die Nachfrage durch ein im Jahr 2010 auferlegtes

Schuldenneuaufnahmeverbot für spanische Kommunen beschränkt sein, was die Positionierung anderer Marktteilnehmer in andere Marktsegmente positiv beeinflussen dürfte. Solange man von dem Szenario eines Zahlungsausfalls des Zentralstaats abstrahiert, bleiben die Margen im Direktgeschäft mit den besseren spanischen Regionen und sonstigen öffentlich-rechtlichen Unternehmen gemessen an deren Fundamentaldaten sehr attraktiv. Da der Höhepunkt notwendiger Anschlussfinanzierungen für Spanien noch bevorsteht, wird von einem insgesamt weiterhin im historischen Vergleich hohen Margenniveau ausgegangen. In Italien erlaubt die Streichung gesetzlicher Höchstzinsen für Kommunen und Regionen, ebenfalls die Durchsetzung deutlich höherer Margen.

Immobilienfinanzierung

Das weiterhin günstige ökonomische und konjunkturelle Umfeld in den strategischen Kernmärkten der Deutschen Pfandbriefbank AG dürfte auch im Jahr 2011 anhalten. Die Nachfrage der Investoren nach langfristig vermieteten Immobilien wird auch 2011 weiterhin hoch sein und als wesentlicher Faktor das Investitionsvolumen dominieren. Das begrenzte Angebot an risikoarmen Produkten wird ein limitierender Faktor bleiben. Es ist aber zu erwarten, dass mit Fortsetzung der konjunkturellen Erholung und ansteigenden Inflationsbefürchtungen das Interesse der Investoren an Objekten abseits von langfristiger Vermietung und Premium-Lagen sowie in B-Lagen und B-Städten wieder steigt. Voraussetzung für diese günstige Entwicklung ist allerdings eine weiterhin stabile Marktentwicklung, ohne Turbulenzen an den Kapitalmärkten. Die wichtigsten Immobilienmärkte aus Investorensicht werden auch im Jahr 2011 Großbritannien, Deutschland und Frankreich bleiben. Daneben werden sich interessante Chancen in Skandinavien und in den osteuropäischen Kernländern ergeben. Sicherheit und Stetigkeit der Cashflows werden dabei sowohl bei den Investoren als auch bei den finanzierenden Kreditinstituten im Vordergrund stehen.

Im Hinblick auf den Leerstand bei Gewerbeimmobilien ist eine schnelle Entspannung der Situation wenig wahrscheinlich. Die Angebotsreserve an verfügbaren Flächen, insbesondere im Bürobereich, wird – ungeachtet reduzierter Fertigstellungsvolumina – nicht markant sinken können, sondern zumindest auf dem aktuellen Niveau stabil bleiben. Während sich die Chancen bei modernen, nachhaltigen Immobilien mit guter, zeitgemäßer Ausstattung verbessern dürften, sind weniger nachfragegerechte Bestandsgebäude weiterhin schwierig zu vermieten. Angesichts der erwarteten erfreulichen Entwicklung auf den Vermietungsmärkten würden sich Anleger auch für Objekte mit kürzeren Laufzeiten interessieren. Aufgrund dieser positiven Entwicklung könnten sich auch die Vermietungsmärkte weiter entspannen. Insgesamt schätzen wir die Entwicklung in Deutschland für die gewerblichen Märkte weiterhin als günstig ein. Für Großbritannien wird ein weiteres starkes Interesse eher an Premium-Immobilien erwartet, was einen weiteren breiten Aufschwung 2011 eher verlangsamen dürfte. In Frankreich sehen wir, insbesondere auch im Großraum Paris eine günstige Entwicklung der Immobilienmärkte. Für Spanien erwarten wir auch im Jahr 2011 keine klaren Anzeichen einer nachhaltigen Erholung, aber durchaus opportunistische Abschlüsse.

Im Jahr 2011 wird weiterhin konservativ finanziert werden. Dabei wird der Pfandbrief das Maß der Dinge bleiben. Für Darlehensnehmer mit Objekten oder Mietern mittlerer Qualität wird ohne zusätzliche Eigenmittel oder Sicherheiten der Kreditnehmer kein weiteres Kapital durch Kreditinstitute zur Verfügung gestellt werden können. Durch den angekündigten schrittweisen Rückzug von großen Wettbewerbern ist damit zu rechnen, dass mittelfristig sich die Situation bei großen und komplexen Finanzierungen nicht entspannen wird.

Refinanzierungsmärkte

Das Jahr 2010 stand – wie schon 2009 – im Einfluss der Finanzkrise. Während global gesehen die Zentralbanken der G7-Staaten mit Ausnahme Kanadas die Hauptrefinanzierungssätze unverändert auf historisch tiefen Niveaus gehalten haben beeinflussten verschiedene Stimulationsprogramme (z. B. QE2 in den USA) die gesamtwirtschaftliche Entwicklung positiv. Vor allem im zweiten und dritten Quartal sorgten die Refinanzierungsschwierigkeiten Griechenlands und Irlands nicht nur für stark ausgeweitete Spreads gegenüber deutschen Staatsanleihen, sondern auch dafür, dass der Euro-Zehnjahres-Swapsatz mit 2,4% p. a. ein Rekordtief verzeichnet hat. Das vierte Quartal 2010 brachte allerdings deutliche Zinssteigerungen, vor allem in den langen Laufzeiten der Zinsstrukturkurve, die ihre Ursache in erster Linie in aufkeimenden Inflationsbefürchtungen hatte, so dass der Euro-Zehnjahres-Swapsatz bis zum Jahresende wieder auf 3,28% p. a. anstieg.

Im Jahr 2011 werden voraussichtlich drei Fragestellungen die Zinsentwicklung beeinflussen:

- Gelingt es, das Vertrauen in den Euro wieder herzustellen und die Refinanzierung aller Eurostaaten zu sichern?
- Ist der Preisanstieg im Rohstoff- und Agrarbereich so anhaltend, dass er zusammen mit dem stabilen Wirtschaftswachstum vor allem in den BRIC-Staaten zu erhöhten Inflationserwartungen führt und zumindest einige Zentralbanken zu ersten Leitzinserhöhungen motiviert?
- Reicht die bisher in den USA gewährte fiskalpolitische Unterstützung aus, um soviel Wachstum zu generieren, dass sich auch der Arbeitsmarkt stabilisiert?

Vor diesem Hintergrund ist ein weiteres Ansteigen der Zinsen in verschiedenen Laufzeitenbändern vorstellbar.

Die Refinanzierungsmärkte waren im Januar 2011 von sehr hoher Aktivität am Covered-Bond-Markt und Agency-Markt gekennzeichnet. Die Emissionen konnten trotz hoher Volumina platziert werden, es mussten allerdings erhöhte Margenaufschläge in Kauf genommen werden. Die Refinanzierungsmärkte 2011 werden weiterhin im Zeichen der Bewältigung der „Staatskrisen“ stehen. Der für uns wichtige Benchmark-Pfandbriefmarkt wird vermutlich von deutlich höheren Fälligkeiten als Neuemissionen gekennzeichnet sein, was zu einer Entlastung bei den zu zahlenden Aufschlägen führen könnte. Selektiv dürften sich einzelne Märkte weiter stabil entwickeln – insbesondere dann, wenn die staatlichen Unterstützungsprogramme greifen. Wie sich die Risikoaufschläge im Markt für Bankemissionen entwickeln, ist vor den aktuell zu verzeichnenden Volatilitäten schwer abzuschätzen. Insgesamt können auch weiterhin längerfristige Problemphasen für einzelne Teilmärkte oder für den Gesamtmarkt nicht ausgeschlossen werden.

Der Pfandbrief bleibt daher auch zukünftig das wesentliche Refinanzierungsinstrument der Banken. Die Bedeutung der gedeckten Finanzierung wird weiterhin sehr hoch bleiben.

Unternehmensspezifische Rahmenbedingungen

Die Prognosen zur zukünftigen Entwicklung der Deutsche Pfandbriefbank AG stellen Einschätzungen dar, die auf Basis der zum jetzigen Zeitpunkt zur Verfügung stehenden Informationen getroffen wurden. Sollten die den Prognosen zugrunde gelegten Annahmen nicht eintreffen oder Risiken – wie die im Risikobericht angesprochenen – in nicht kalkulierter Höhe eintreten, so können die tatsächlichen Ergebnisse von den zurzeit erwarteten Ergebnissen wesentlich abweichen.

Bestandsgefährdende Risiken

Obwohl seit Ausbruch der Finanzkrise im Herbst 2008 große Fortschritte bei der Stabilisierung und Restrukturierung der Deutsche Pfandbriefbank AG erzielt wurden und der Konzern Deutsche Pfandbriefbank das dritte und vierte Quartal 2010 mit einem positiven Ergebnis vor Steuern nach IFRS abgeschlossen hat, war die Deutsche Pfandbriefbank AG im gesamten Jahr 2010 weiterhin in ihrer Existenz gefährdet.

Der Fortbestand der Deutschen Pfandbriefbank AG und ihrer Tochtergesellschaften hängt davon ab, dass die Europäische Kommission die vom Finanzmarktstabilisierungsfonds durchgeführten Unterstützungsmaßnahmen genehmigt. Weiterhin ist erforderlich, dass die Genehmigung durch die Europäische Kommission nur mit solchen Auflagen verbunden wird, die im Rahmen einer betriebswirtschaftlich tragfähigen Unternehmensplanung umsetzbar sind und insbesondere die aufsichtsrechtliche Wirksamkeit der durch die Unterstützungsmaßnahmen herbeigeführten Eigenmittelhilfen nicht gefährden.

Der Vorstand der Deutsche Pfandbriefbank AG hat eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft mit einer unabhängigen Beurteilung der Fortführungsprognose betraut. Diese kommt in ihrem erstellten Gutachten im Ergebnis zu der Einschätzung, dass sie die Fortführung der Deutschen Pfandbriefbank AG und ihrer Tochtergesellschaften im Betrachtungszeitraum bis zum 30. September 2012 für überwiegend wahrscheinlich hält. Weiterhin bestätigt das von Vorstand und Aufsichtsrat bei einer renommierten Investmentbank in Auftrag gegebene Gutachten die Tragfähigkeit des verabschiedeten Geschäftsmodells.

Mit Datum vom 28. März 2009 hat der SoFFin der HRE Holding und der Deutschen Pfandbriefbank AG (vormals Hypo Real Estate Bank AG) bestätigt, dass er beabsichtigt, die HRE Holding durch eine

hinreichende Rekapitalisierung und die Deutsche Pfandbriefbank AG durch weitere hinreichende Garantieübernahmen zu stabilisieren. Mit Datum vom 6. November 2009 hat der SoFFin die Absichtserklärung erneuert. Insbesondere hat der SoFFin bestätigt, Kapital in hinreichender Höhe zur Verfügung zu stellen, um mindestens die Fortführung der HRE Holding und ihrer wesentlichen Tochtergesellschaften und das erforderliche tragfähige Geschäftsmodell, insbesondere der Deutschen Pfandbriefbank AG, sicherzustellen. Die Unterstützungsmaßnahmen stehen unter dem Vorbehalt, dass die beihilferechtlichen Anforderungen der Europäischen Kommission erfüllt werden. Der positive Abschluss des Verfahrens wird im ersten Halbjahr 2011 erwartet.

Zukünftige Vermögens-, Finanz- und Erfolgslage Die Deutsche Pfandbriefbank AG hat das Jahr 2010 mit einem negativen Vorsteuerergebnis abgeschlossen. Allerdings war das Ergebnis weniger negativ als im Vorjahr. Der positive Trend setzte sich nach der Übertragung der Positionen auf die FMS-Wertmanagement fort.

Für das Jahr 2011 erwartet der Vorstand aus heutiger Sicht profitabel zu sein und grundsätzlich ein leicht positives Ergebnis. Für das Jahr 2012 wird eine Ergebnissteigerung gegenüber 2011 und entsprechend ebenfalls ein positives Ergebnis erwartet. Gegenüber dem Vorjahr erwarten wir ein erhöhtes Neugeschäft von ca. 8 Mrd. €, primär im Segment Real Estate Finance. Für das Jahr 2012 wird mit einer Steigerung des Neugeschäfts gegenüber dem Jahr 2011 geplant. Insgesamt sind die Neugeschäftsprognosen vom Ausgang des EU-Verfahrens abhängig.

Aufgrund der Übertragung von Positionen auf die FMS-Wertmanagement war die Bilanzsumme der Deutsche Pfandbriefbank AG Ende 2010 deutlich niedriger als am Vorjahresende. Auch für das Geschäftsjahr 2011 wird mit einem Rückgang der Bilanzsumme gerechnet, da sich die FMS-Wertmanagement verstärkt selbständig refinanzieren wird und damit ihre Verbindlichkeiten bei der Deutschen Pfandbriefbank AG weiter zurückführen wird. Weiterhin werden Teile der Vermögenswerte, deren Chancen und Risiken bisher synthetisch übertragen wurden, physisch übertragen werden. Für 2012 wird ebenfalls eine Reduzierung der Bilanzsumme geplant, allerdings wird der Rückgang geringer ausfallen als im Jahr 2010 und 2011. Der jeweilige Umfang der Reduzierung der Bilanzsumme ist jedoch mit Unsicherheiten behaftet und liegt nicht ausschließlich im Einflussbereich der Deutschen Pfandbriefbank AG.

Chancen Die im dritten und vierten Quartal 2010 bereits eingetretenen und die erwarteten Entwicklungen der Vermögens-, Finanz- und Erfolgslage verdeutlichen das Potential der Deutschen Pfandbriefbank AG. Diese Chancen sind insbesondere:

- Die Risiken der Deutsche Pfandbriefbank AG haben sich nach der Übertragung der Positionen auf die FMS-Wertmanagement signifikant reduziert. Dadurch wird die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Deutsche Pfandbriefbank AG sehr viel weniger durch Volatilitäten beeinträchtigt sein. Zum Beispiel wird die Gewinn-und-Verlust-Rechnung in sehr viel geringerem Umfang von Schwankungen der Credit Spreads abhängen. Marktvolatilitäten werden darüber hinaus die Refinanzierungsposition der Deutsche Pfandbriefbank AG deutlich weniger beeinflussen. Da ferner Fristenkongruenzen in der Refinanzierung weitgehend eliminiert wurden, sind Liquiditätslücken sehr viel unwahrscheinlicher geworden.
- Die Deutsche Pfandbriefbank AG kann sich durch die Übertragung der Positionen auf die FMS-Wertmanagement auf strategiekonforme Finanzierungen des öffentlichen Sektors und gewerbliche Immobilienfinanzierungen in ausgewählten Zielmärkten konzentrieren und somit ihre Kräfte bündeln. Darüber hinaus können Synergiemöglichkeiten zwischen den beiden Segmenten genutzt werden.
- Im Bereich der Finanzierungen des öffentlichen Sektors sind zahlreiche Wettbewerber durch die Finanzmarktkrise beeinträchtigt oder haben sich aus dem Markt zurückgezogen. Auch im Bereich der gewerblichen Immobilienfinanzierung haben Wettbewerber den Markt verlassen oder sind ernsthaft geschwächt. Zudem ist die Kreditvergabe allgemein restriktiver geworden. Die Globalisierung der Finanzströme und Investoren von Projekten werden einen spezialisierten gewerblichen Immobilienfinanzierer wie die Deutsche Pfandbriefbank AG aufgrund seiner speziellen Markt- und Produktkenntnis schätzen, dessen Expertise am Markt anerkannt ist und die auf bestehenden Kundenbeziehungen aufbauen kann. Die Erfahrung der Deutsche Pfandbriefbank AG im Pfandbriefgeschäft wird darüber hinaus ein Vorteil sein. Die Deutsche Pfandbriefbank AG wird vor diesem Hintergrund im Jahr 2011 und den Folgejahren Marktchancen suchen und Neugeschäft zu attraktiven Margen abschließen. Dabei wird der Fokus strategiekonform auf pfandbrieffähigen

Anschlussfinanzierungen und auf neu akquirierten Geschäften in den Bereichen Public Sector Finance und Real Estate Finance liegen.

- Die Deutsche Pfandbriefbank AG wird die Refinanzierung des Neugeschäfts und des bestehenden Portfolios überwiegend auf Pfandbriefe stützen. Aufgrund ihrer hohen Qualität und des stabilen Fälligkeitsprofils sind Pfandbriefe weniger von Marktverwerfungen betroffen. Die Deutsche Pfandbriefbank AG greift damit auf ein weiterhin gesuchtes Instrument am Kapitalmarkt zurück.

Risiken Allerdings sind auch zukünftige Belastungen für die Vermögens-, Finanz- und Erfolgslage nicht auszuschließen. Die Höhe dieser möglichen Belastungen wird insbesondere beeinflusst werden durch den Eintritt oder Nichteintritt beziehungsweise den Grad der Verwirklichung der nachfolgend genannten, möglicherweise sich verwirklichenden Risiken:

- Die erhaltenen Unterstützungsmaßnahmen und die Einrichtung der Abwicklungsanstalt werden von der Europäischen Kommission im laufenden Beihilfverfahren geprüft. In ihrer abschließenden Entscheidung wird die Europäische Kommission höchstwahrscheinlich einzelne wesentliche Auflagen gegen die Deutsche Pfandbriefbank AG verhängen, einschließlich einer wesentlichen Verringerung der Bilanzsumme und der Vorgabe eines bestimmten Zeitrahmens für die Reprivatisierung der Deutschen Pfandbriefbank AG. Falls die Europäische Kommission jedoch zu dem Ergebnis kommt, dass die staatlichen Beihilfen nicht oder nicht vollständig mit dem EG-Vertrag übereinstimmen, kann es sein, dass sie Deutschland verpflichtet, diese Beihilfen innerhalb einer bestimmten Frist aufzuheben oder umzugestalten beziehungsweise die Rückzahlung anzuordnen. Die zukünftige Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Erfolgslage kann erheblich von der abschließenden Entscheidung der Europäischen Kommission beeinträchtigt werden.
- Am 15. Februar 2011 hat ein von der Bundesregierung eingesetzter Expertenrat ein Gutachten zur Entwicklung von Ausstiegsstrategien aus krisenbedingten Beteiligungen des Bundes an Unternehmen des Finanzsektors an den Bundesfinanzminister übergeben. Der Expertenrat empfiehlt – in Kenntnis der für die HRE und der für den SoFFin erstellten Gutachten und nach eingehender Befassung mit diesen - der Bundesregierung, unter Abwägung der für eine erfolgreiche Privatisierung bestehenden Chancen und Risiken und unter Berücksichtigung der möglichen Wirkungen ihrer Entscheidung für die marktwirtschaftlich-wettbewerbliche Ordnung die Ausstiegsoption einer Abwicklung der gesamten HRE – unter Einschluss der Deutsche Pfandbriefbank AG– sehr ernsthaft in Betracht zu ziehen. Die Bundesregierung nimmt das Gutachten als einen wichtigen Beitrag zu ihrer Meinungsbildung mit Interesse zur Kenntnis. Sie teilt dabei nicht alle Einschätzungen des Expertenrates, insbesondere im Hinblick auf die Folgen einer Abwicklung von Instituten auf die Finanzmarktstabilität. Eine andere Auffassung der Bundesregierung würde die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Deutsche Pfandbriefbank AG erheblich beeinflussen.
- Im Rahmen der Übertragung der Positionen der Deutsche Pfandbriefbank AG auf die FMS-Wertmanagement behält sich die FMSA vor, für die Stabilisierungsmaßnahme eine Zahlungsaufgabe nach § 8a Abs. 4 Nr. 8 FMStFG gegen die HRE zur Zahlung an die FMS-Wertmanagement festzusetzen, deren Betrag 1,59 Mrd. € nicht übersteigen darf. Die Zahlungsaufgabe kann auch in mehreren Bescheiden festgesetzt werden. Die Höhe der Zahlungsaufgabe ist jedoch so festzusetzen, dass durch Festlegung der Auflage die regulatorische Kernkapitalquote der Bankeinheiten in den HRE Teilkonzernen Deutsche Pfandbriefbank und DEPFA zum 31. März 2011 jeweils 15% nicht unterschreitet. Darüber hinaus darf die Festlegung der Zahlungsaufgabe nicht dazu führen, dass die Teilkonzerne beziehungsweise deren Muttergesellschaften
 - insolvent werden, illiquide werden oder eine negative Fortführungsprognose eintritt,
 - gegen geltende aufsichtsrechtlichen Kapitalquoten, Großkreditgrenzen oder sonstige gesetzliche oder regulatorische Anforderungen verletzen,
 - ihr Rating unter Investment Grade fällt, oder
 - der Kaufpreis unter Berücksichtigung der Zahlungsaufgabe unter den Marktwert der übertragenen Positionen fällt.

Eine mögliche Zahlungsverpflichtung kann die wirtschaftliche Lage der Deutschen Pfandbriefbank AG signifikant beeinträchtigen.

- Obwohl teilweise etwas verbessert, ist die Situation auf einigen Märkten weiterhin angespannt und die gesamtwirtschaftliche Lage unsicher. Als Folge sind signifikante Wertberichtigungen auf Forderungen

nicht auszuschließen. Diese könnten aufgrund der schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen auf den gewerblichen Immobilienmärkten vor allem Immobilienfinanzierungen betreffen.

- Durch hohe fiskalische Defizite ist für einige Staaten die Refinanzierung deutlich erschwert oder nur noch mit externer Hilfe möglich. Es ist nicht auszuschließen, dass einzelne Staaten, wie zum Beispiel die Länder im Fokus, ihre Zins- und Tilgungsverpflichtungen nicht bedienen können. In einem solchen Fall können in erheblichem Umfang Abschreibungen auf Wertpapiere oder Kredite notwendig werden, was vor allem das Finanzanlageergebnis und die Kreditrisikovorsorge belasten würde.
- Die angespannte Situation und die anschließend eingeleiteten Maßnahmen zur Stabilisierung der Deutschen Pfandbriefbank AG haben in der Politik, den Medien und der Öffentlichkeit zu Debatten geführt. Insgesamt hat das Image der Deutschen Pfandbriefbank AG gelitten. Auch wenn bereits Erfolge beim Wiedereintritt in Märkte erzielt werden konnten, sind negative Folgen für zukünftige Geschäfts- und Kundenbeziehungen nicht auszuschließen. Dadurch könnte die Deutsche Pfandbriefbank AG ihre Neugeschäftsziele für die Kreditvergabe und die Refinanzierung verfehlen, was sich negativ auf die Vermögens-, Finanz- und Erfolgslage auswirken würde.
- Aus der Neuausrichtung der Deutschen Pfandbriefbank AG und der Vereinheitlichung der IT-Infrastruktur und Prozesse werden weitere Aufwendungen resultieren, die vor allem den Verwaltungsaufwand belasten.
- Derzeit anhängige wie auch künftig noch anhängig werdende Rechtsstreitigkeiten können das Ergebnis der Deutschen Pfandbriefbank AG erheblich beeinträchtigen. Diese Rechtsstreitigkeiten sind ausführlich im Anhang beschrieben.
- Die Deutsche Pfandbriefbank AG ist operationellen Risiken aus seiner Restrukturierung wie zum Beispiel der Abhängigkeit von Schlüsselpositionen, Technologierisiken aufgrund der Vielzahl der Buchungssysteme und einer erhöhten Fluktuation von Mitarbeitern ausgesetzt. Die Risiken können auch für die von der Deutsche Pfandbriefbank AG übernommenen Dienstleistungsverpflichtungen für den Betrieb der FMS-Wertmanagement schlagend werden. Aus diesen Risiken können wesentliche Verlustfälle resultieren.
- Im September 2010 hat der Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht neue Empfehlungen beschlossen, die auch als Basel III bezeichnet werden. Darunter fällt unter anderem eine Verschärfung der Vorschriften zur Eigenkapitalausstattung durch Anhebung der Mindestkapitalquoten. Darüber hinaus wurde mit der sogenannten Leverage Ratio eine neue, vom Risikogewicht der Vermögenswerte unabhängige Eigenkapitalquote eingeführt. Des Weiteren werden neue Messgrößen für die Liquiditätsausstattung eingeführt. Für den Konzern Deutsche Pfandbriefbank werden die überarbeiteten Vorschriften einen höheren Bedarf an Eigenkapital und Liquidität bedeuten sowie die Rentabilität belasten. Weitere Verschärfungen der Regeln und zusätzliche Abgaben würden diesen Effekt noch verstärken.
- Zur Vermeidung zukünftiger Finanzmarktkrisen haben Gesetzgeber zusätzliche Abgaben und Steuern beschlossen. Weitere Maßnahmen werden derzeit diskutiert. Aus den gesetzlichen Neuerungen können Belastungen auf die Erfolgslage resultieren.

Jahresabschluss der Deutschen Pfandbriefbank AG für das Geschäftsjahr 2010

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2010

	1.1.2010 - 31.12.2010		1.1.2009 - 31.12.2009
	Tsd. Euro	Tsd. Euro	Tsd. Euro
1. Zinserträge aus			
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	12.422.689		16.040.290
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	1.893.643	14.316.332	2.634.226
2. Zinsaufwendungen		<u>13.734.254</u>	<u>17.993.609</u>
3. Laufende Erträge aus		582.078	680.907
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		36	51
b) Beteiligungen		0	16
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		<u>1.590</u>	<u>35.063</u>
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen		1.626	35.130
5. Provisionserträge		406.679	571.973
6. Provisionsaufwendungen		<u>393.305</u>	<u>594.593</u>
7. Sonstige betriebliche Erträge		136.099	53.128
8. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen			
a) Personalaufwand			
aa) Löhne und Gehälter	74.934		82.912
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung darunter: für Altersversorgung	<u>20.721</u>	<u>95.655</u>	<u>56.540</u>
(im Vorjahr 42.057 Tsd. Euro)			139.452
b) andere Verwaltungsaufwendungen		<u>182.855</u>	<u>135.670</u>
9. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen		13.160	13.697
10. Sonstige betriebliche Aufwendungen		107.690	49.027
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft		395.078	1.975.188
12. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmte Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft		<u>0</u>	<u>0</u>
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere		-395.078	-1.975.188
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		26.053	34.419
15. Aufwendungen aus Verlustübernahme		<u>0</u>	<u>0</u>
16. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		-26.053	-34.419
17. Außerordentliche Erträge		<u>1.715</u>	<u>5.596</u>
18. Außerordentliche Aufwendungen		-85.827	-1.605.026
19. Außerordentliches Ergebnis			
20. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		0	0
21. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 10 ausgewiesen		<u>25.754</u>	<u>9.018</u>
22. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag		25.754	9.018
23. Verlustvortrag/Gewinnvortrag aus dem Vorjahr		5.941	46.149
24. Entnahmen aus Genußrechtskapital		<u>5</u>	<u>-73</u>
25. Entnahme aus stiller Beteiligung		5.946	46.076
26. Bilanzgewinn / Bilanzverlust		-117.527	-1.660.120
		-3.792.315	-2.577.640
		-3.909.842	-4.237.760
24. Entnahmen aus Genußrechtskapital		2.416	48.369
25. Entnahme aus stiller Beteiligung		<u>318.262</u>	<u>397.076</u>
26. Bilanzgewinn / Bilanzverlust		-3.589.164	-3.792.315

Bilanz zum 31.12.2010

Aktivseite	Tsd Euro	Tsd Euro	31.12.2010 Tsd Euro	31.12.2009 Tsd Euro
1. Barreserve				
a) Kassenbestand		3		3
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken		202 138		510 413
darunter:			202 141	510 416
bei der Deutschen Bundesbank	199 253 Tsd Euro (Vj 506 885 Tsd Euro)			
2. Forderungen an Kreditinstitute				
a) Hypothekendarlehen		28 365		42 434
b) Kommunalkredite		3 308 006		5 259 089
c) andere Forderungen		11 687 061		71 334 507
darunter:			15 023 432	76 636 030
täglich fällig	4 368 746 Tsd Euro (Vj 4 049 038 Tsd Euro)			
gegen Beleihung von Wertpapieren	- Tsd Euro (Vj 711 079 Tsd Euro)			
3. Forderungen an Kunden				
a) Hypothekendarlehen		34 474 001		44 788 297
b) Kommunalkredite		21 564 719		26 542 825
c) andere Forderungen		60 905 227		6 623 968
darunter:			116 943 947	77 955 090
gegen Beleihung von Wertpapieren	59 940 308 Tsd Euro (Vj 244 769 Tsd Euro)			
4. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten		2 700 937		-
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	2 700 937 Tsd Euro (Vj - Tsd Euro)			
ab) von anderen Emittenten		-		-
darunter:			2 700 937	-
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	- Tsd Euro (Vj - Tsd Euro)			
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten		17 655 619		17 171 666
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	14 979 339 Tsd Euro (Vj 12 923 704 Tsd Euro)			
bb) von anderen Emittenten		11 395 812		23 749 731
darunter:			29 051 431	40 921 397
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	8 805 479 Tsd Euro (Vj 18 074 045 Tsd Euro)			
c) eigene Schuldverschreibungen		1 985 491		75 466 108
Nennbetrag	1 987 204 Tsd Euro (Vj 75 466 214 Tsd Euro)		33 737 859	116 387 505
5. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			2 052	2 771
6. Beteiligungen			534	6 909
darunter:				
an Kreditinstituten		- Tsd Euro (Vj - Tsd Euro)		
an Finanzdienstleistungsinstituten		- Tsd Euro (Vj - Tsd Euro)		
7. Anteile an verbundenen Unternehmen			289 024	545 145
darunter:				
an Kreditinstituten	45 Tsd Euro (Vj 45 Tsd Euro)			
an Finanzdienstleistungsinstituten	- Tsd Euro (Vj - Tsd Euro)			
8. Treuhandvermögen			22 189	24 957
darunter:				
Treuhandkredite	22 189 Tsd Euro (Vj 24 957 Tsd Euro)			
9. Immaterielle Anlagewerte				
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		-		-
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		33 659		30 505
c) Geschäfts- und Firmenwert		-		-
d) geleistete Anzahlungen		-		-
			33 659	30 505
10. Sachanlagen			5 145	7 768
11. Sonstige Vermögensgegenstände			2 124 613	535 727
darunter:				
Zinsbezogene Kompensationsgeschäfte im Zusammenhang mit der Auslagerung auf die FMS Wertmanagement	1 816 980 Tsd Euro (Vj - Tsd Euro)			
12. Rechnungsabgrenzungsposten				
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft		122 775		163 977
b) andere		134 732		137 603
			257 507	301 580
13. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung			28 914	-
Summe der Aktiva			168 671 016	272 944 403

Passivseite

	Tsd Euro	Tsd Euro	31.12.2010 Tsd Euro	31.12.2009 Tsd Euro
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe		610 722		975 713
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe		599 497		637 149
c) andere Verbindlichkeiten		<u>65 541 407</u>		<u>70 721 792</u>
darunter:			66 751 626	72 334 654
täglich fällig	255 727 Tsd Euro (Vj 983 512 Tsd Euro)			
zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe		- Tsd Euro (Vj - Tsd Euro)		
öffentliche Namenspfandbriefe		- Tsd Euro (Vj - Tsd Euro)		
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe		6 535 731		7 258 175
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe		13 906 982		14 256 981
c) Spareinlagen				
ca) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten		-		-
cb) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten		-		-
d) andere Verbindlichkeiten		<u>18 478 226</u>		<u>13 741 775</u>
darunter:			38 920 939	35 256 931
täglich fällig	3 488 079 Tsd Euro (Vj 434 262 Tsd Euro)			
zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe		12 411 Tsd Euro (Vj 17 657 Tsd Euro)		
öffentliche Namenspfandbriefe		60 471 Tsd Euro (Vj 59 855 Tsd Euro)		
3. Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen				
aa) Hypothekendarlehen		10 246 790		14 144 570
ab) öffentliche Pfandbriefe		25 932 951		39 681 338
ac) sonstige Schuldverschreibungen		<u>4 731 660</u>		<u>104 185 134</u>
			40 911 401	158 011 042
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten			<u>286 752</u>	<u>13 790</u>
darunter:			41 198 153	158 024 832
Geldmarktpapiere	286 752 Tsd Euro (Vj 13 790 Tsd Euro)			
4. Treuhandverbindlichkeiten			22 189	24 957
darunter:				
Treuhandkredite	22 189 Tsd Euro (Vj 24 957 Tsd Euro)			
5. Sonstige Verbindlichkeiten			15 528 926	111 682
darunter:				
Zinsbezogene Kompensationsgeschäfte im Zusammenhang mit der Auslagerung auf die FMS Wertmanagement	15 476 196 Tsd Euro (Vj - Tsd Euro)			
6. Rechnungsabgrenzungsposten				
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft		41 494		65 510
b) andere		<u>320 163</u>		<u>425 186</u>
			361 657	490 696
7. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		43 303		202 273
b) Steuerrückstellungen		80 438		81 144
c) andere Rückstellungen		<u>556 650</u>		<u>867 426</u>
			680 391	1 150 843
8. Nachrangige Verbindlichkeiten			2 797 198	3 026 315
9. Genusssrechtskapital				
Nominalbetrag		149 226		263 098
Verlustzuweisung		<u>- 132 487</u>		<u>-230 702</u>
			16 739	32 396
darunter:				
vor Ablauf von zwei Jahren fällig	8 369 Tsd Euro (Vj 13 242 Tsd Euro)			
10. Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital				
aa) Grundkapital		380 376		380 376
ab) stille Einlagen:				
Nominalbetrag	1 000 000			
Verlustzuweisung	<u>- 715 338</u>			
		<u>284 662</u>		<u>602 924</u>
b) Kapitalrücklage		665 038		983 300
c) Gewinnrücklagen		5 038 123		5 039 123
ca) gesetzliche Rücklagen		12 655		12 655
cb) Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen		-		-
cc) satzungsmäßige Rücklagen		-		-
cd) andere Gewinnrücklagen		<u>266 546</u>		<u>248 334</u>
d) Bilanzverlust		279 201		260 989
		<u>-3 589 164</u>		<u>-3 792 315</u>
			2 393 198	2 491 097
Summe der Passiva			168 671 016	272 944 403
1. Eventualverbindlichkeiten				
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln		-		-
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen (zu bestehenden Patronatsklärungen vgl. Angaben im Anhang)		131 021		1 113 059
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		-		-
			131 021	1 113 059
2. Andere Verpflichtungen				
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		-		-
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen		-		-
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		<u>696 512</u>		<u>2 587 699</u>
			696 512	2 587 699

Anhang

Allgemeine Grundsätze der Bilanzierung und Bewertung

Vorschriften zur Rechnungslegung

Der Jahresabschluss 2010 der Deutschen Pfandbriefbank AG wurde nach den Rechnungslegungsvorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB, BGBl. III, Gliederungsnummer 4100-1, zuletzt geändert durch Artikel 18 des Gesetzes vom 8. Dezember 2010 BGBl. I S. 1768) und den rechtsform- bzw. branchenspezifischen Vorschriften des Aktiengesetzes (AktG), des Kreditwesengesetzes (KWG) und des Pfandbriefgesetzes (PfandBG) aufgestellt. Die Änderungen des HGB durch das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG, BGBl. I 2009, S. 1102) wurden, soweit die Übergangsvorschriften zum BilMoG (Art. 66 u. 67 EGHGB) im Einzelfall keine frühere Erstanwendung vorsehen, zum 1. Januar 2010 berücksichtigt. Die Vorschriften zur Stetigkeit (§§ 252 (1) Nr.6, 265 Abs.1 und 284 (2) Nr.3 HGB) wurden für die aufgrund des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz geänderten Bewertung und Ausweis nicht angewandt (Art 67 Abs.8 S.1 EGHGB). Die Vorjahreszahlen wurden nach Art. 67 Abs. 8 Satz 2 EGHGB nicht angepasst. Maßgeblich für die Gliederung und den Inhalt der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung ist die Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) vom 11. Dezember 1998 (BGBl. I S. 3658), die zuletzt durch Artikel 2 der Verordnung vom 18. Dezember 2009 (BGBl. I S. 3934) geändert worden ist.

Übertragung von Vermögenswerte und Verbindlichkeiten auf die FMS-Wertmanagement

Im Januar 2010 hat der HRE Konzern bei der FMSA einen Antrag auf eine Stabilisierungsmaßnahme gemäß § 8a Abs. 1 Satz 1 FMStFG (Errichtung einer Abwicklungsanstalt) gestellt, um Vermögenswerte und Verbindlichkeiten der Deutschen Pfandbriefbank AG auf eine Abwicklungsanstalt zu übertragen. Diesen Antrag hat die FMSA positiv beschieden und die Abwicklungsanstalt FMS-Wertmanagement am 8. Juli 2010 gegründet.

Die Deutsche Pfandbriefbank AG hat Ende September 2010 die entsprechenden Verträge mit der FMS-Wertmanagement abgeschlossen. Die Übertragung der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten auf die FMS-Wertmanagement erfolgte zum 1. Oktober 2010, 0.00 Uhr im Rahmen einer vorläufigen Genehmigung der Europäischen Kommission. Die endgültige Genehmigung durch die Europäische Kommission steht noch aus. Mit der Übertragung gehen die wirtschaftlichen Risiken auf die FMS-Wertmanagement über.

Die Übertragung der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten auf die FMS-Wertmanagement erfolgte zum einen in Form einer Abspaltung zur Aufnahme gemäß § 8a Abs. 8 FMStFG in Verbindung mit § 123 Abs. 2 Nr. 1 UmwG gegen Gewährung eines Anteils am Stammkapital der FMS-Wertmanagement und zum anderen in Form einer Abspaltung zur Aufnahme gemäß § 8a Abs. 8 FMStFG in Verbindung mit § 123 Abs. 2 Nr. 1 UmwG gegen Gewährung eines Ausgleichsanspruchs. Im letzten Fall wurden die Vermögenswerte und Verbindlichkeiten von den Tochtergesellschaften durch Einzelrechtsnachfolge auf die HRE Holding übertragen und die resultierenden schwebenden Verträge anschließend auf die FMS-Wertmanagement abgespalten. Die Erfüllung der schwebenden Verträge erfolgte am 1. Oktober 2010 direkt durch Übertragung der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten an die FMS-Wertmanagement.

Bei der Abspaltung gegen Gewährung eines Anteils am Stammkapital der FMS-Wertmanagement wurde das rechtliche Eigentum an den Vermögenswerten und Verbindlichkeiten auf die FMS-Wertmanagement im Wege einer Gesamtrechtsnachfolge übertragen. Die abgespaltenen schwebenden Verträge zwischen der HRE Holding AG und der FMS-Wertmanagement sahen grundsätzlich eine Einzelrechtsnachfolge vor. Soweit eine Einzelrechtsnachfolge aufgrund von rechtlichen oder operativen Restriktionen nicht möglich war, erfolgte die Übertragung durch die Einräumung von Unterbeteiligungen. Während bei einer Gesamtrechtsnachfolge und Einzelrechtsnachfolge das juristische Eigentum unmittelbar übergeht, wird bei einer Unterbeteiligung grundsätzlich das wirtschaftliche Eigentum übertragen. Sofern die Übertragung des wirtschaftlichen Eigentums im Wege einer Unterbeteiligung aufgrund von rechtlichen oder technischen Restriktionen nicht umsetzbar ist, wurden Gegengeschäfte mit der FMS-Wertmanagement eingegangen, um die Marktrisiken und/oder Liquiditätsrisiken zu übertragen. Während bei der Übertragung des

juristischen Eigentums und des wirtschaftlichen Eigentums immer die Abgangsvoraussetzungen erfüllt sind, sind diese bei den Gegengeschäften nicht erfüllt.

Diese zinsbezogenen Kompensationsgeschäfte, die nicht als Abgang qualifizieren, betrafen zum einen Immobiliendarlehen, die im Hypotheken-Deckungsstock enthalten sind. Des Weiteren hat die Deutsche Pfandbriefbank AG mit der FMS-Wertmanagement sogenannte back-to-back Derivate abgeschlossen, mit denen die Marktrisiken aus bestehenden Derivaten übertragen wurden. Aufgrund dieser back-to-back Derivate hat sich die Derivateposition der Deutschen Pfandbriefbank AG zum 1. Oktober 2010 signifikant erhöht. Ferner wurden bei einem Portfolio von 1,0 Mrd. € die wirtschaftlichen Risiken mittels einer Garantie durch die FMS-Wertmanagement übernommen. Die zinsbezogenen Kompensationsgeschäfte sind in den Bilanzpositionen „Sonstige Vermögensgegenstände“ und „Sonstige Verbindlichkeiten“ enthalten.

Die Übertragung der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten erfolgte zum jeweiligen HGB-Buchwert.

Als Gegenleistung für die Übertragung der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten auf die FMS-Wertmanagement erhielt die Deutsche Pfandbriefbank AG zum 1. Oktober 2010 einen Ausgleichsanspruch gegenüber der FMS-Wertmanagement. Zudem hat der SoFFin als mittelbarer Alleingesellschafter der Deutschen Pfandbriefbank AG Anteile an der FMS-Wertmanagement erhalten.

Aufgrund der Übertragung der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten an die FMS-Wertmanagement sind die aktuellen Zahlen nicht mit den Vorjahreszahlen vergleichbar.

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Der Vorstand der Deutschen Pfandbriefbank AG hat den Jahresabschluss am 23. März 2011 unter der Annahme der Unternehmensfortführung aufgestellt. Bei der Einschätzung der Unternehmensfortführung sind bei Aufstellung des Jahresabschlusses wesentliche Unsicherheiten in Verbindung mit Ereignissen und Bedingungen bekannt, die Zweifel an der Fortführungsfähigkeit der Deutschen Pfandbriefbank AG aufwerfen. Der Fortbestand der Deutschen Pfandbriefbank AG hängt davon ab, dass die Europäische Kommission die vom Finanzmarktstabilisierungsfonds (SoFFin) durchgeführten Unterstützungsmaßnahmen genehmigt. Weiterhin ist erforderlich, dass die Genehmigung nur mit solchen Auflagen verbunden wird, die im Rahmen einer betriebswirtschaftlich tragfähigen Unternehmensplanung umsetzbar sind und insbesondere die aufsichtsrechtliche Wirksamkeit der durch die Unterstützungsmaßnahmen herbeigeführten Eigenmittelhilfen nicht gefährden.

Der Vorstand der Deutschen Pfandbriefbank AG hat eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft mit einer unabhängigen Beurteilung der Fortführungsprognose betraut. Diese kommt in ihrem nach IDW PS 270 erstellten Gutachten im Ergebnis zu der Einschätzung, dass sie die Fortführung der Deutschen Pfandbriefbank AG im Betrachtungszeitraum bis zum 30. September 2012 für überwiegend wahrscheinlich hält. Weiterhin bestätigt das von Vorstand und Aufsichtsrat bei einer renommierten Investmentbank in Auftrag gegebenen Gutachten die Tragfähigkeit des verabschiedeten Geschäftsmodells.

Mit Datum vom 28. März 2009 hat der SoFFin der Deutschen Pfandbriefbank AG (vormals Hypo Real Estate Bank AG) schriftlich bestätigt, dass er beabsichtigt, die Deutsche Pfandbriefbank AG durch weitere hinreichende Garantieübernahmen zu stabilisieren. Mit Datum vom 6. November 2009 hat der SoFFin die Absichtserklärung erneuert. Insbesondere hat der SoFFin bestätigt, Kapital in hinreichender Höhe zur Verfügung zu stellen, um mindestens die Fortführung der HRE Holding und ihrer wesentlichen Tochtergesellschaften und das erforderliche tragfähige Geschäftsmodell, insbesondere der Deutschen Pfandbriefbank AG, sicherzustellen. Diese, sowie mögliche weitere Maßnahmen, stehen unter dem Vorbehalt, dass sie die beihilferechtlichen Anforderungen der Europäischen Kommission erfüllen werden. Der positive Abschluss des Verfahrens wird im ersten Halbjahr 2011 erwartet.

Forderungen wurden mit dem Nennbetrag gemäß § 340e Abs. 2 HGB angesetzt. Der Unterschiedsbetrag zwischen Nennbetrag und Auszahlungsbetrag ist als Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen und wird kapital- und zeitanteilig aufgelöst.

Für alle erkennbaren Einzelausfallrisiken im Kreditgeschäft wurde durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen vorgesorgt. Latente Ausfallrisiken im Kreditgeschäft sind durch Pauschalwertberichtigungen gedeckt. Die Ermittlung erfolgte auf Basis der erwarteten Verluste. Die PWB (ohne Bewertungsreserve nach § 340 f HGB) betrug zum 31. Dezember 2010 93,6 Mio. € (Vj. 540,8

Mio. €). Die Verringerung lässt sich hauptsächlich damit begründen, dass ein wesentlicher Teil des PWB-relevanten Portfolios auf die FMS-Wertmanagement übertragen wurde. Zusätzlich besteht eine Vorsorge für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340 f HGB. Zinsinduzierte Einzelwertberichtigungen auf Forderungen werden nicht vorgenommen.

Die Wahlrechte gemäß § 340f Abs.3 und § 340c Abs.2 HGB wurden in Anspruch genommen.

Die Wertpapiere des Liquiditätsvorsorgebestandes werden gemäß dem strengen Niederstwertprinzip bilanziert soweit sie nicht Gegenstand einer Bewertungseinheit nach § 254 HGB sind oder zinsinduzierten Wertänderungen im Rahmen der Gesamtbetrachtung des Zinsänderungsrisikos des Bankbuches (sog. Bilanzierungskonvention) Rechnung getragen wird.

Bei den nicht strukturierten Wertpapieren des Anlagevermögens entspricht der Buchwert den fortgeführten Anschaffungskosten.

Der Buchwert der strukturierten Wertpapiere (CDOs und MBS) entspricht den Anschaffungskosten, sofern nicht aufgrund einer dauerhaften Wertminderung eine Abschreibung in Höhe des erwarteten Ausfalls vorgenommen wurde. Die Bewertung der strukturierten Wertpapiere erfolgt gemäß dem IDW RS HFA 22 vom 2. September 2008.

Die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte erfolgt nach § 255 Abs. 4 HGB sowie entsprechend dem o.g. Rechnungslegungsstandard. Grundsätzlich werden stichtagsbezogene Transaktions- bzw. Börsenkurse herangezogen. Sollten diese nicht vorhanden sein, werden anerkannte Bewertungsmodelle verwendet, bei denen die Modellparameter aus vergleichbaren Markttransaktionen abgeleitet werden. Nachdem für einige wenige Transaktionen keine Transaktions- bzw. Börsenpreise vorlagen wurde überwiegend auf interne Bewertungsmodelle zurückgegriffen. Bei der Bewertung finden grundsätzlich Marktparameter oder Marktpreise, die aus zwangsweisen Liquidationen oder Notverkäufen stammen, keine Anwendung.

Für latente Ausfallrisiken für Wertpapiere des Anlagevermögens wurde eine pauschale Vorsorge gebildet. Die Ermittlung erfolgte auf Basis der erwarteten Verluste.

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen werden mit Anschaffungskosten bilanziert, ggf. vermindert um außerplanmäßige Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert.

Die Bewertung der Sachanlagen erfolgte zu den Anschaffungs- und Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen. Den planmäßigen Abschreibungen liegen die der geschätzten Nutzungsdauer entsprechenden Abschreibungssätze zugrunde, die auch steuerlich geltend gemacht werden. Sachanlagen wurden im Anschaffungsjahr „pro rata temporis“ abgeschrieben.

Geringwertige Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten bis 150 € wurden im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben und als Abgang behandelt. Für abnutzbare bewegliche Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten von mehr als 150 € bis 1.000 € wurde gem. § 6 Abs. 2a EStG ein Sammelposten gebildet. Dieser Sammelposten wird über 5 Geschäftsjahre linear abgeschrieben.

Immaterielle Vermögensgegenstände wurden mit den Anschaffungs- und Herstellungskosten vermindert um planmäßige Abschreibungen bilanziert. Die planmäßigen Abschreibungen werden anhand der wirtschaftlichen Nutzungsdauer ermittelt.

An Mitarbeiter abgetretene Ansprüche aus Rückdeckungsversicherungen stellen Vermögensgegenstände dar, die dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen sind und ausschließlich der Erfüllung von Schulden aus Altersversorgungsverpflichtungen oder vergleichbaren langfristig fälligen Verpflichtungen dienen. Diese Ansprüche werden daher nach § 253 Abs. 1 Satz 4 HGB i.V.m. § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB zum beizulegenden Zeitwert bewertet und mit den Rückstellungen des jeweiligen Versorgungsplans soweit als möglich verrechnet. Als beizulegende Zeitwerte werden dabei die jeweiligen Rückkaufswerte angesetzt. Entsprechend werden Aufwendungen und Erträge aus den Rückdeckungsversicherungen und aus der Abzinsung der zugehörigen Pensionsrückstellungen verrechnet. Aktivüberhänge aus dieser Vermögensverrechnung werden unter der entsprechenden Bezeichnung in einem gesonderten Posten ausgewiesen.

Derivative Finanzinstrumente dienen überwiegend der Absicherung von Zins- und Währungsrisiken im Rahmen der Gesamtbankrisikosteuerung. Kreditderivate (Credit Default Swaps, Credit Linked Notes)

werden zur Absicherung von Bonitätsrisiken eingegangen. Daneben werden Derivate auf Kundenwunsch abgeschlossen, die regelmäßig durch gegenläufige Geschäfte mit institutionellen Kunden abgesichert werden. Zinsbezogene derivative Finanzinstrumente werden überwiegend im Rahmen von Bewertungseinheiten nach § 254 HGB oder im Rahmen der Gesamtbetrachtung des Zinsänderungsrisikos des Bankbuches (Bankbuchsteuerung) abgebildet. Währungsbezogene derivative Finanzinstrumente werden im Rahmen der Fremdwährungsumrechnung nach § 340h HGB, Kreditderivate bei der Bewertung der abgesicherten Grundgeschäfte berücksichtigt.

Zinserträge und -aufwendungen aus derivativen Finanzgeschäften werden brutto ausgewiesen.

Verbindlichkeiten wurden mit dem Erfüllungsbetrag passiviert. Der Unterschied zwischen Erfüllungs- und Ausgabebetrag der Verbindlichkeiten wird in Ausübung des Wahlrechts nach § 250 Abs. 3 HGB in die Rechnungsabgrenzung eingestellt und kapital- und zeitanteilig aufgelöst. Der Ansatz von Zero-Bonds erfolgt mit dem Emissionsbetrag zuzüglich anteiliger Zinsen gemäß der Emissionsrendite.

Für ungewisse Verbindlichkeiten und drohende Verluste werden Rückstellungen in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages angesetzt. Sofern die ursprüngliche Restlaufzeit einer Rückstellung mehr als ein Jahr beträgt, erfolgt eine Abzinsung mit den von der Deutschen Bundesbank berechneten und veröffentlichten, restlaufzeitspezifischen Zinssätzen. Sofern sich Drohverlustrückstellungen aus einer Zeitwertbewertung von schwebenden Geschäften auf Basis barwertiger Marktwertberechnungen ergeben, werden diese im Sinne des IDW RS HFA 4 Tz. 44 nicht abgezinst sondern mit ihrem negativen Zeitwert angesetzt.

Die Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen werden nach der Projected Unit Credit Method bewertet. Bei dieser Methode handelt es sich um ein sachgerechtes Verfahren, welches objektiv nachprüfbar Kriterien zugrunde legt. Für die Berechnungen lagen folgende Prämissen zugrunde:

Abzinsungssatz:	5,15% p.a.
Einkommenstrend:	2,50% p.a.
Rentendynamik:	2,00% p.a.
Sterbetafel:	K. Heubeck „Richttafeln 2005 G“

Ergebnisse aus der Auf- und Abzinsung von Rückstellungen werden im Zinsergebnis ausgewiesen. Ergebnisse aus rückstellungsbezogenen Schätzungsänderungen wie Änderungen des Zinsniveaus oder der Restlaufzeit gehen in das sonstige betriebliche Ergebnis ein.

Sich zum 1. Januar 2010 aus den durch das BilMoG geänderten Bewertungsvorschriften für Rückstellungen ergebende niedrigere Bewertungen von insgesamt 18.212 Tsd. € wurden erfolgsneutral in die Gewinnrücklagen gebucht. Weiterhin wurden Drohverlustrückstellungen zum 1. Januar 2010 zu Lasten des außerordentlichen Aufwandes aufgrund der erstmaligen Anwendung der Vorschriften zu den Bewertungseinheiten gemäß § 254 HGB in Höhe von 18.663 Tsd. € gebildet.

Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen werden zum Nennbetrag abzüglich gebildeter Rückstellungen unter dem Strich ausgewiesen.

Im Jahresabschluss der Deutschen Pfandbriefbank AG werden Bewertungseinheiten nach § 254 HGB abgebildet. Hierbei handelt es sich derzeit um Mikro Bewertungseinheiten, bei denen das Zinsänderungsrisiko das abgesicherte Risiko ist. Berücksichtigt werden dabei nur solche Sicherungsbeziehungen, bei denen eine hohe Effektivität hinsichtlich der Sicherungswirkung zu erwarten ist. Der effektive Teil der Wertänderungen wird bei Grund- und Sicherungsgeschäften nicht gebucht (Einfrierungsmethode). Der ineffektive Teil aus dem abgesicherten Risiko von Bewertungseinheiten wird imparitatisch als Drohverlustrückstellung berücksichtigt. Wertänderungen aus nicht abgesicherten Risiken werden nach den allgemeinen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden ohne Berücksichtigung der bestehenden Bewertungseinheiten abgebildet. Sofern der beizulegende Zeitwert von Derivaten, die nicht Teil einer Bewertungseinheit gemäß § 254 HGB sind, unter deren Restbuchwert sinkt, wird in Höhe der Differenz eine Drohverlustrückstellung gebildet, soweit keine Berücksichtigung im Rahmen der Gesamtbetrachtung des Zinsänderungsrisikos des Bankbuches (sog. Bilanzierungskonvention) erfolgt.

Auf Fremdwährung lautende Vermögensgegenstände, Schulden und außerbilanzielle Geschäfte werden im Rahmen der besonderen Deckung nach § 340h HGB i.V.m. § 256a HGB zum Bilanzstichtag mit dem Devisenkassamittelkurs umgerechnet. Der Ausweis der hieraus resultierenden Umrechnungserträge und – aufwendungen erfolgte abweichend von § 340a (1) i.V.m. § 277 (5) S.2 HGB im Hinblick auf Klarheit und Übersichtlichkeit nicht gesondert unter dem Posten sonstige betriebliche Erträge bzw. sonstige betriebliche Aufwendungen. Die entsprechenden Angaben erfolgten im Anhang unter der GuV Position 7 und 10. Offene Fremdwährungspositionen aus Grundgeschäften werden weitestgehend durch Kassageschäfte oder geeignete Derivate geschlossen. Umrechnungsergebnisse aus Positionsspitzen in einer Währung werden grundsätzlich imparitatisch behandelt. Erträge und Aufwendungen in fremder Währung werden mit dem Kurs ihres Entstehungstages erfasst.

Für den Ansatz latenter Steuern nach § 274 Abs. 1 HGB nimmt die Deutsche Pfandbriefbank AG die Möglichkeit der Saldierung aktiver und passiver latenter Steuern in Anspruch. Einen Überhang aktiver über passive latente Steuern wird nicht angesetzt. Da auch nach den durch das BilMoG geänderten handelsrechtlichen Regelungen die aktiven Steuerlatenzen die passiven Latenzen der Deutschen Pfandbriefbank AG übersteigen, sind im Jahresabschluss der Deutschen Pfandbriefbank AG weiterhin keine latenten Steuern abzubilden.

Aktive Latenzen entstehen bei der Deutschen Pfandbriefbank AG insbesondere durch die Bildung steuerlich nicht anerkannter Drohverlustrückstellungen u.a. für Kredit- und Kundenderivate sowie Rückstellungen für zukünftige Garantieleistungen gegenüber dem SoFFin und Leerstandsflächen. Daneben resultieren aktive Steuerlatenzen aus einer steuerrechtlich abweichenden Bewertung von Pensionsrückstellungen und pauschalen handelsrechtlichen Wertberichtigungen. Wesentliche passive Latenzen bestehen zum Bilanzstichtag nicht. Die bestehenden steuerlichen Verlustvorräte erhöhen den Überhang der aktiven über die passiven Steuerlatenzen in Höhe ihrer Nutzbarkeit.

Im Falle des § 285 Nr. 17 HGB zur Angabe des vom Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr berechnete Gesamthonorar wurde die Erleichterung in Anspruch genommen. Die Angabe ist im Konzernabschluss der Deutschen Pfandbriefbank AG enthalten.

Zur Verbesserung der Übersichtlichkeit wurde der Jahresabschluss in Tausend Euro (Tsd. €) aufgestellt. Nachfolgend werden die für Kreditinstitute in der Rechtsform einer Kapitalgesellschaft erforderlichen Pflichtangaben aufgeführt, die sich aus den eingangs genannten gesetzlichen Grundlagen ergeben.

Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

Zinsüberschuss (GuV Position 1 und 2)

Zinsaufwand und -ertrag sind durch die Inanspruchnahme der Sonderliquiditätshilfe der Bundesbank, die Emissionen von verbrieften Verbindlichkeiten an das Konsortium der deutschen Finanzwirtschaft und die Weitergabe dieser Mittel an Konzernunternehmen beeinflusst. In 2010 wurden in diesem Zusammenhang Zinsaufwendungen in Höhe von 495.200 Tsd. € (Vj. 1.276.598 Tsd. €) geleistet und davon 394.564 Tsd. € (Vj. 1.101.919 Tsd. €) an Konzernunternehmen weiterverrechnet. Im Hinblick auf die Klarheit und Übersichtlichkeit wurden die Aufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen abweichend von § 340a (1) i.V.m. § 277 (5) S.1 HGB nicht gesondert in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen. Die Aufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen in Höhe von 10.051 Tsd. € unter den Zinsaufwendungen ausgewiesen.

Provisionsüberschuss (GuV Position 5 und 6)

Die Provisionserträge enthalten die Gebühren für die Übernahme des Kreditrisikos der von den Tochtergesellschaften gewährten Kredite in Höhe von 61.157 Tsd. € (Vj. 114.115 Tsd. €) und Einnahmen aus Vorausgebühren in Höhe von 40.322 Tsd. € (Vj. 38.974 Tsd. €).

Die Deutsche Pfandbriefbank AG hat im Zusammenhang mit der Liquiditätskrise der Gruppe Garantien der Bundesrepublik Deutschland sowie des Finanzmarktstabilisierungsfonds (SoFFin) erhalten. Die daraus resultierenden Garantieaufwendungen wurden entsprechend der Liquiditätsinanspruchnahme im Konzern weiterverrechnet. Die in diesem Zusammenhang stehenden Erträge betragen 304.154 Tsd. € (Vj. 405.921 Tsd. €)

Die Provisionsaufwendungen bestehen im Wesentlichen aus Aufwendungen im Kreditgeschäft in Höhe von 6.223 Tsd. € (Vj. 11.345 Tsd. €) und aus Aufwendungen für erhaltene Garantien des Finanzmarktstabilisierungsfonds (SoFFin) in Höhe von 376.378 Tsd. € (Vj. 565.384 Tsd. €).

Sonstige betriebliche Erträge (GuV Position 7)

In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind folgende wesentliche Einzelposten enthalten

in Tsd. €	2010	2009
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (ohne Kreditgeschäft)	39.871	32.895
Erträge aus weiterverrechneten Kosten im Darlehensgeschäft	2.415	4.111
Erträge aus Verwaltungskostenumlagen	2.032	4.054
Erträge aus Währungsveränderung	-	-
Erträge Servicing Fee FMS-Wertmanagement	77.467	-
Erträge aus Schätzungsänderungen bezüglich der Bewertung von Rückstellungen	1.480	-

Verwaltungsaufwendungen (GuV Position 8)

Bezüge des Geschäftsführungsorgans und des Aufsichtsrates

Seitens der Deutschen Pfandbriefbank AG wurden an den Vorstand im Geschäftsjahr 2010 keine Fixbezüge (2009: 149 Tsd. €) bzw. Abfindungen (2009: 1.327 Tsd. €) bezahlt.

Für das Jahr 2010 belaufen sich die Gesamtbezüge früherer Mitglieder des Vorstandes und ihrer Hinterbliebenen auf 5.156 Tsd. € (2009: 3.616 Tsd. €).

Die Bezüge des Aufsichtsrates betragen für das Berichtsjahr 71 Tsd. € (2009: 76 Tsd. €). Dabei handelt es sich ausschließlich um Fixbezüge.

Sonstige betriebliche Aufwendungen (GuV Position 10)

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten im Wesentlichen an die DEPFA durchgeleitete Servicing Fees in Höhe von 42.390 Tsd. €, Verluste aus Währungsveränderungen in Höhe von 11.383 Tsd. € (Vj. 28.573 Tsd. €) sowie weiterverrechnete Aufwendungen aus dem Darlehensgeschäft von 6.494 Tsd. € (Vj. 4.126 Tsd. €). Weiterhin sind hierin Aufwendungen aus Schätzungsänderungen bezüglich der Bewertung von Rückstellungen in Höhe von 1.125 Tsd. € enthalten.

Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere (GuV Position 13)

Im Geschäftsjahr 2010 wurden Abschreibungen auf Anteile an verbundenen Unternehmen und sonstige Beteiligungen in Höhe von 4.910 Tsd. € vorgenommen (Vj. 30.642 Tsd. €).

In der GuV-Position sind Abschreibungen bzw. Verkaufsverluste sowie Zuschreibungen bei Wertpapieren des Anlagevermögens in Höhe von netto 21.435 Tsd. € (Vj. 4.962 Tsd. €) enthalten.

Außerordentliche Aufwendungen (GuV Position 18)

Die außerordentlichen Aufwendungen betreffen im Wesentlichen Restrukturierungsaufwendungen in Höhe von 7.091 Tsd. € (Vj. 9.018 Tsd. €), sowie 18.663 Tsd. € aus der erstmaligen Anwendung der Vorschriften zu § 254 HGB (Bewertungseinheiten).

Steuern (GuV Position 20)

Die Steuern vom Einkommen und Ertrag betragen 5.941 Tsd. €. Der Steueraufwand des laufenden Jahres betrifft das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit mit 9.375 Tsd. €. Erträge aus Steuererstattungen in Höhe von 3.434 Tsd. € sind anderen Geschäftsjahren zuzurechnen.

Mit der HRE Holding AG besteht eine umsatzsteuerliche Organschaft.

Angaben zur Bilanz

Übertragung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten auf die FMS-Wertmanagement

Die Übertragung der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten auf die FMS-Wertmanagement wirkte sich zum 1. Oktober 2010 wie folgt auf die Bilanz der Deutschen Pfandbriefbank AG aus:

in Mio. €	01.01.2010	andere Veränderung	30.09.2010	Veränderungen aufgrund der Übertragung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten auf die FMS-Wertmanagement								
				Übertrag Vermögenswerte und Verbindlichkeiten	Übertrag von Forderungen innerhalb des HRE Konzerns	Übertrag von SoFFin garantierten verbrieften Verbindlichkeiten	Übertrag von back-to-back Derivate	Summe Übertrag Vermögenswerte und Verbindlichkeiten	Übertrag Kapitalrücklage	Kompensierende Effekte	Summe Änderungen aufgrund der Übertragung	Bilanz nach Übertragung 01.10.2010
Aktiva												
Barreserve	510	-313	197					0			0	197
Forderungen an Kreditinstitute	76.636	13.472	90.108	-1.397	-76.109		1.059	-76.447			-76.447	13.661
Forderungen an Kunden	77.955	-6.485	71.470	-24.838			35	-24.803	16.549		-8.254	63.216
Schuldverschreibungen	116.387	27.771	144.158	-12.142				-12.142	-23.501		-35.643	108.515
Aktien	3	-1	2					0			0	2
Beteiligungen	7	0	7	-7				-7			-7	0
Anteile an verbundenen Unternehmen	545	47	592	-316				-316			-316	276
Treuhandvermögen	25	-2	23					0			0	23
Immaterielle Anlagewerte	31	-4	27					0			0	27
Sachanlagen	8	-3	5					0			0	5
Sonstige Vermögensgegenstände	536	599	1.135	-204			1.364	1.160			1.160	2.295
Rechnungsabgrenzungsposten	301	-49	252	-39			133	94			94	346
Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	0	0	0					0			0	0
Ausgleichsforderung	0	0	0	37.184	76.109	-123.991	-48	-10.746	-1	14.887	4.140	4.140
Summe der Aktiva	272.944	35.032	307.976	-1.759	0	-123.991	2.543	-123.207	-1	7.935	-115.273	192.703
Passiva												
Verbindlichkeiten geg. Kreditinstitute	72.334	20.763	93.097	-1.302			1.302	0	-6.512		-6.512	86.585
Verbindlichkeiten geg. Kunden	35.257	1.764	37.021	-62				-62			-62	36.959
Verbrieft Verbindlichkeiten	158.025	13.140	171.165			-123.991		-123.991			-123.991	47.174
Treuhandverbindlichkeiten	25	-2	23					0			0	23
Sonstige Verbindlichkeiten	112	-17	95	-94			1.106	1.012	14.447		15.459	15.554
Rechnungsabgrenzungsposten	491	-76	415	-9			136	127			127	542
Rückstellungen	1.151	-226	925	-292			-1	-293			-293	632
Nachrangige Verbindlichkeiten	3.026	-108	2.918					0			0	2.918
Genussrechtskapital	32	-15	17					0			0	17
Eigenkapital	2.491	-191	2.300					0	-1		-1	2.299
davon:												
a) gezeichnetes Kapital	983	0	983					0			0	983
b) Kapitalrücklage	5.039	0	5.039					0	-1		-1	5.038
c) Gewinnrücklagen	261	27	288					0			0	288
d) Bilanzverlust	-3.792	-218	-4.010					0			0	-4.010
Summe der Passiva	272.944	35.032	307.976	-1.759	0	-123.991	2.543	-123.207	-1	7.935	-115.273	192.703

Nach dem 1.10.2010 ergaben sich im Zusammenhang mit der FMS-Wertmanagement folgende Veränderungen:

	Nach Übertragung entstandene Veränderung im Zusammenhang mit der FMS-Wertmanagement							andere Veränderungen	31.12.2010
	Bilanz nach Übertragung 01.10.2010	Begleichung der Ausgleichsforderung durch Wertpapiere der FMS-Wertmanagement	Refinanzierung der FMS-Wertmanagement	Bezahlung von Wertpapieren durch die FMS-Wertmanagement (von SoFFin garantiert)	Veränderung kompensierende Effekte	aus dem Zahlungsverkehr entstandene Salden	Summe Änderungen nach Übertragung		
in Mio. €									
Aktiva									
Barreserve	197						0	5	202
Forderungen an Kreditinstitute	13.661				988		988	374	15.023
Forderungen an Kunden	63.216		59.940		-5.841	1.718	55.817	-2.089	116.944
Schuldverschreibungen	108.515	4.140		-79.002	3.763		-71.099	-3.678	33.738
Aktien	2						0	0	2
Beteiligungen	0						0	1	1
Anteile an verbundenen Unternehmen	276						0	13	289
Treuhandvermögen	23						0	-1	22
Immaterielle Anlagewerte	27						0	7	34
Sachanlagen	5						0	0	5
Sonstige Vermögensgegenstände	2.295				369		369	-539	2.125
Rechnungsabgrenzungsposten	346						0	-89	257
Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	0						0	29	29
Ausgleichsforderung	4.140	-4.140					-4.140	0	0
Summe der Aktiva	192.703	0	59.940	-79.002	-721	1.718	-18.065	-5.967	168.671
Passiva									
Verbindlichkeiten geg. Kreditinstitute	86.585		59.940	-79.002	-485	-1.700	-21.247	1.414	66.752
Verbindlichkeiten geg. Kunden	36.959				-33	3.418	3.385	-1.423	38.921
Verbriefte Verbindlichkeiten	47.174						0	-5.976	41.198
Treuhandverbindlichkeiten	23						0	-1	22
Sonstige Verbindlichkeiten	15.554				-118		-118	93	15.529
Rechnungsabgrenzungsposten	542				-85		-85	-95	362
Rückstellungen	632						0	48	680
Nachrangige Verbindlichkeiten	2.918						0	-121	2.797
Genussrechtskapital	17						0	0	17
Eigenkapital	2.299						0	94	2.393
davon:									
a) gezeichnetes Kapital	983						0	-318	665
b) Kapitalrücklage	5.038						0	0	5.038
c) Gewinnrücklagen	288						0	-9	279
d) Bilanzverlust	-4.010						0	421	-3.589
Summe der Passiva	192.703	0	59.940	-79.002	-721	1.718	-18.065	-5.967	168.671

Hypothekendarlehen (Aktivpos. 2 und 3)/ Pfandbriefumlauf (Passivpos. 1, 2 und 3)

Deckungsrechnung

in Tsd. €		2010	2009
A. Hypothekendarlehen			
Deckungswerte	Forderungen an Kreditinstitute		
	Hypothekendarlehen	18.796	21.230
	Forderungen an Kunden		
	Hypothekendarlehen	20.815.001	22.216.876
	Sachanlagen (Grundschulden auf bankeigene Grundstücke)	-	-
	sonst. Vermögensgegenstände	-	-
		20.833.797	22.238.106
Weitere Deckungswerte	andere Forderungen an Kreditinstitute	-	-
	Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.847.433	2.548.388
	Forderungen aus Derivaten gem. §19 (1) Nr. 4 PfandBG	-	-
Deckungswerte insgesamt		22.681.230	24.786.494
	Summe der deckungspflichtigen Hypothekendarlehen	17.354.674	22.012.552
	davon Verbindlichkeiten aus Derivaten gem. §19 (1) Nr. 4 PfandBG	264.712	46.391
Überdeckung		5.326.556	2.773.942
B. Öffentliche Pfandbriefe			
Deckungswerte	Forderungen an Kreditinstitute		
	a) Hypothekendarlehen	-	-
	b) Kommunalkredite	2.394.130	4.591.161
	Forderungen an Kunden		
	a) Hypothekendarlehen ¹⁾	214.448	292.965
	b) Kommunalkredite	21.463.546	26.178.455
	Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	17.859.178	25.975.684
		41.931.302	57.038.265
Weitere Deckungswerte	andere Forderungen an Kreditinstitute	1.865.000	1.980.000
	Forderungen aus Derivaten gem. §19(1) Nr. 4 PfandBG	46.688	5.254
Deckungswerte insgesamt		43.842.990	59.023.519
	Summe der deckungspflichtigen öffentlichen Pfandbriefe	39.548.235	53.159.809
	davon Verbindlichkeiten aus Derivaten gem. §19 (1) Nr. 4 PfandBG	-	-
Überdeckung		4.294.755	5.863.710

1) Von den Hypothekendarlehen wurden kommunal verbürgte Hypothekendarlehen zur Deckung von öffentlichen Pfandbriefen verwandt.

Angaben nach § 28 Pfandbriefgesetz

Umlaufende Hypothekendarlehen und dafür verwendete Deckungswerte

in Mio. €	Nominal		Barwert		Risikobarwert	
	2010	2009	2010	2009	2010	2009
Gesamtbetrag der im Umlauf befindlichen						
Hypothekendarlehen	17.354,7	22.012,6	18.415,5	23.164,1	17.038,7	21.689,5
davon Derivate			328,0	64,3		
Deckungsmasse	22.681,2	24.786,5	24.308,2	26.567,4	22.490,9	24.876,1
davon Derivate			370,6	403,6		
Überdeckung	5.326,5	2.773,9	5.892,7	3.403,3	5.452,2	3.186,6

Laufzeitstruktur (Restlaufzeit) nominal

in Mio. €	Hypothekendarlehen		Deckungsmasse	
	2010	2009	2010	2009
bis 1 Jahr	2.723,9	4.032,4	5.358,6	13.975,6
mehr als 1 Jahr bis 2 Jahre	4.472,4	3.720,7	3.535,8	2.126,2
mehr als 2 Jahre bis 3 Jahre	2.735,7	4.054,3	4.399,4	1.451,9
mehr als 3 Jahre bis 4 Jahre	2.398,0	2.063,3	2.321,3	1.270,9
mehr als 4 Jahre bis 5 Jahre	724,0	2.232,9	2.043,6	1.939,8
mehr als 5 Jahre bis 10 Jahre	2.614,6	2.887,8	3.291,5	3.515,5
mehr als 10 Jahre	1.686,1	3.021,2	1.731,0	506,6

Nach § 28 Pfandbriefgesetz sind im Umlauf befindliche Hypothekendarlehen nach ihrer Laufzeitstruktur darzustellen, während die Deckungsmassen nach Zinsbindungsfrist anzugeben sind. Durch die unterschiedliche Gliederungssystematik können temporäre Inkongruenzen in den einzelnen Laufzeitbändern entstehen, die im Rahmen der Gesamtbanksteuerung ausgeglichen werden.

Beim Risikobarwert wird der dynamische Ansatz verwandt.

Umlaufende öffentliche Pfandbriefe und dafür verwendete Deckungswerte

in Mio. €	Nominal		Barwert		Risikobarwert	
	2010	2009	2010	2009	2010	2009
Gesamtbetrag der im Umlauf befindlichen						
öffentlichen Pfandbriefe	39.548,2	53.159,8	42.727,2	56.661,6	36.783,6	48.159,8
davon Derivate			108,1	106,6		
Deckungsmasse	43.843,0	59.023,5	48.526,2	64.660,3	41.775,9	54.958,3
davon Derivate			353,2	528,8		
Überdeckung	4.294,8	5.863,7	5.799,0	7.998,7	4.992,3	6.798,5

Laufzeitstruktur (Restlaufzeit) nominal

in Mio. €	Öffentliche Pfandbriefe		Deckungsmasse	
	2010	2009	2010	2009
bis 1 Jahr	5.349,3	14.935,5	4.924,1	20.896,4
mehr als 1 Jahr bis 2 Jahre	4.042,6	5.242,6	5.471,4	3.197,7
mehr als 2 Jahre bis 3 Jahre	5.684,5	3.903,3	3.348,6	4.233,2
mehr als 3 Jahre bis 4 Jahre	2.049,4	5.471,5	5.499,9	3.203,4
mehr als 4 Jahre bis 5 Jahre	4.246,9	2.106,6	2.985,0	1.751,3
mehr als 5 Jahre bis 10 Jahre	6.752,0	10.162,2	9.407,6	11.131,5
mehr als 10 Jahre	11.423,5	11.338,1	12.206,4	14.610,0

Nach § 28 Pfandbriefgesetz sind im Umlauf befindliche öffentliche Pfandbriefe nach ihrer Laufzeitstruktur darzustellen, während die Deckungsmassen nach Zinsbindungsfrist anzugeben sind. Durch die unterschiedliche Gliederungssystematik können temporäre Inkongruenzen in den einzelnen Laufzeitbändern entstehen, die im Rahmen der Gesamtbanksteuerung ausgeglichen werden.

Beim Risikobarwert wird der dynamische Ansatz verwandt.

Zur Deckung von Hypothekendarlehen verwendete Forderungen nach Größengruppen ¹⁾

in Mio. €	2010	2009
bis einschließlich 300 Tsd. €	482,4	620,1
mehr als 300 Tsd Euro bis einschließlich 5 Mio. €	4.254,3	5.153,7
mehr als 5 Mio. €	16.097,1	16.464,3
Summe	20.833,8	22.238,1

¹⁾ ohne weitere Deckungswerte

Zur Deckung von Hypothekendarlehen verwendete Forderungen nach Gebieten, in denen die beliehenen Grundstücke liegen und nach Nutzungsart ¹⁾

in Mio. €	Deutschland				Belgien			
	Gewerblich		Wohnwirtschaftlich		Gewerblich		Wohnwirtschaftlich	
	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009
Wohnungen	0,0	0,0	65,6	88,8	0,0	0,0	0,0	0,0
Einfamilienhäuser	0,0	0,0	158,0	192,1	0,0	0,0	0,0	0,0
Mehrfamilienhäuser	0,0	0,0	4.177,8	5.045,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bürogebäude	3.259,4	3.632,2	0,0	0,0	15,3	15,3	0,0	0,0
Handelsgebäude	2.523,2	2.735,3	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Industriegebäude	84,8	85,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
sonstige gewerblich genutzte Gebäude	1.001,4	1.120,7	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten	168,1	253,6	20,6	28,5	0,0	0,0	0,0	0,0
Bauplätze	55,3	81,8	0,0	5,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Deckungswerte	7.092,2	7.908,8	4.422,0	5.359,4	15,3	15,3	0,0	0,0

in Mio. €	Frankreich / Monaco				Großbritannien (ohne Kanalinseln)			
	Gewerblich		Wohnwirtschaftlich		Gewerblich		Wohnwirtschaftlich	
	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009
Wohnungen	0,0	0,0	0,1	0,2	0,0	0,0	6,5	6,3
Einfamilienhäuser	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Mehrfamilienhäuser	0,0	0,0	27,1	73,1	0,0	0,0	81,2	86,0
Bürogebäude	1.286,4	1.226,6	0,0	0,0	658,9	744,2	0,0	0,0
Handelsgebäude	29,6	64,5	0,0	0,0	761,2	714,6	0,0	0,0
Industriegebäude	0,0	0,0	0,0	0,0	137,2	9,2	0,0	0,0
sonstige gewerblich genutzte Gebäude	12,4	12,4	0,0	0,0	572,9	563,3	0,0	0,0
unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten	24,0	81,1	0,0	0,0	69,7	0,0	0,0	0,0
Bauplätze	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Deckungswerte	1.352,4	1.384,6	27,2	73,3	2.199,9	2.031,3	87,7	92,3

in Mio. €	Niederlande				Österreich			
	Gewerblich		Wohnwirtschaftlich		Gewerblich		Wohnwirtschaftlich	
	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009
Wohnungen	0,0	0,0	0,1	0,2	0,0	0,0	0,0	0,0
Einfamilienhäuser	0,0	0,0	1,0	1,1	0,0	0,0	0,5	0,5
Mehrfamilienhäuser	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bürogebäude	520,9	549,7	0,0	0,0	50,8	58,9	0,0	0,0
Handelsgebäude	149,6	218,3	0,0	0,0	32,0	31,9	0,0	0,0
Industriegebäude	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
sonstige gewerblich genutzte Gebäude	4,8	33,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bauplätze	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Deckungswerte	675,3	801,0	1,1	1,3	82,8	90,8	0,5	0,5

in Mio. €	Schweiz				USA			
	Gewerblich		Wohnwirtschaftlich		Gewerblich		Wohnwirtschaftlich	
	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009
Wohnungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Einfamilienhäuser	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Mehrfamilienhäuser	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	84,0	140,5
Bürogebäude	46,0	55,6	0,0	0,0	818,4	883,4	0,0	0,0
Handelsgebäude	113,0	95,2	0,0	0,0	211,7	196,3	0,0	0,0
Industriegebäude	12,5	10,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
sonstige gewerblich genutzte Gebäude	0,0	0,0	0,0	0,0	195,4	183,4	0,0	0,0
unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bauplätze	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Deckungswerte	171,5	161,3	0,0	0,0	1.225,5	1.263,1	84,0	140,5

in Mio. €	Dänemark				Finnland			
	Gewerblich		Wohnwirtschaftlich		Gewerblich		Wohnwirtschaftlich	
	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009
Wohnungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Einfamilienhäuser	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Mehrfamilienhäuser	0,0	0,0	4,0	12,1	0,0	0,0	0,0	0,0
Bürogebäude	328,7	344,2	0,0	0,0	53,5	25,1	0,0	0,0
Handelsgebäude	13,3	13,4	0,0	0,0	28,8	28,8	0,0	0,0
Industriegebäude	0,0	0,0	0,0	0,0	3,2	0,0	0,0	0,0
sonstige gewerblich genutzte Gebäude	10,3	10,3	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bauplätze	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Deckungswerte	352,3	367,9	4,0	12,1	85,5	53,9	0,0	0,0

in Mio. €	Italien				Luxemburg			
	Gewerblich		Wohnwirtschaftlich		Gewerblich		Wohnwirtschaftlich	
	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009
Wohnungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Einfamilienhäuser	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Mehrfamilienhäuser	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bürogebäude	13,5	13,5	0,0	0,0	8,5	8,3	0,0	0,0
Handelsgebäude	99,0	104,2	0,0	0,0	22,6	0,0	0,0	0,0
Industriegebäude	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
sonstige gewerblich genutzte Gebäude	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bauplätze	16,8	0,0	0,0	26,8	0,0	0,0	0,0	0,0
Deckungswerte	129,3	117,7	0,0	26,8	31,1	8,3	0,0	0,0

in Mio. €	Norwegen				Polen			
	Gewerblich		Wohnwirtschaftlich		Gewerblich		Wohnwirtschaftlich	
	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009
Wohnungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Einfamilienhäuser	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Mehrfamilienhäuser	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bürogebäude	0,0	0,0	0,0	0,0	120,7	120,6	0,0	0,0
Handelsgebäude	15,4	14,5	0,0	0,0	160,3	228,7	0,0	0,0
Industriegebäude	37,7	27,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
sonstige gewerblich genutzte Gebäude	0,0	22,2	0,0	0,0	0,0	70,0	0,0	0,0
unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bauplätze	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Deckungswerte	53,1	63,7	0,0	0,0	281,0	419,3	0,0	0,0

in Mio. €	Schweden				Slowakei			
	Gewerblich		Wohnwirtschaftlich		Gewerblich		Wohnwirtschaftlich	
	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009
Wohnungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Einfamilienhäuser	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Mehrfamilienhäuser	0,0	0,0	414,9	386,7	0,0	0,0	0,0	0,0
Bürogebäude	313,2	269,7	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Handelsgebäude	63,6	56,5	0,0	0,0	38,1	52,3	0,0	0,0
Industriegebäude	221,1	200,4	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
sonstige gewerblich genutzte Gebäude	32,8	69,9	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bauplätze	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Deckungswerte	630,7	596,5	414,9	386,7	38,1	52,3	0,0	0,0

in Mio. €	Spanien				Tschechien			
	Gewerblich		Wohnwirtschaftlich		Gewerblich		Wohnwirtschaftlich	
	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009
Wohnungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Einfamilienhäuser	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Mehrfamilienhäuser	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bürogebäude	136,5	142,1	0,0	0,0	124,4	100,4	0,0	0,0
Handelsgebäude	160,8	159,4	0,0	0,0	78,4	109,6	0,0	0,0
Industriegebäude	6,8	6,8	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
sonstige gewerblich genutzte Gebäude	90,3	46,4	0,0	0,0	34,1	34,1	0,0	0,0
unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bauplätze	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Deckungswerte	394,4	354,7	0,0	0,0	236,9	244,1	0,0	0,0

in Mio. €	Ungarn				Japan			
	Gewerblich		Wohnwirtschaftlich		Gewerblich		Wohnwirtschaftlich	
	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009
Wohnungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Einfamilienhäuser	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Mehrfamilienhäuser	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	41,9	0,0
Bürogebäude	119,4	0,0	0,0	0,0	231,9	26,4	0,0	0,0
Handelsgebäude	65,2	184,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Industriegebäude	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
sonstige gewerblich genutzte Gebäude	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bauplätze	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Deckungswerte	184,6	184,2	0,0	0,0	231,9	26,4	41,9	0,0

in Mio. €	Rumänien				Slowenien			
	Gewerblich		Wohnwirtschaftlich		Gewerblich		Wohnwirtschaftlich	
	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009
Wohnungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Einfamilienhäuser	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Mehrfamilienhäuser	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bürogebäude	122,8	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Handelsgebäude	140,4	0,0	0,0	0,0	23,5	0,0	0,0	0,0
Industriegebäude	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
sonstige gewerblich genutzte Gebäude	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bauplätze	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Deckungswerte	263,2	0,0	0,0	0,0	23,5	0,0	0,0	0,0

in Mio. €	Gesamt			
	Gewerblich		Wohnwirtschaftlich	
	2010	2009	2010	2009
Wohnungen	0,0	0,0	72,3	95,5
Einfamilienhäuser	0,0	0,0	159,5	193,7
Mehrfamilienhäuser	0,0	0,0	4.830,9	5.743,4
Bürogebäude	8.229,2	8.216,2	0,0	0,0
Handelsgebäude	4.729,7	5.007,7	0,0	0,0
Industriegebäude	503,3	339,1	0,0	0,0
sonstige gewerblich genutzte Gebäude	1.954,4	2.165,7	0,0	0,0
unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten	261,8	334,7	20,6	28,5
Bauplätze	72,1	81,8	0,0	31,8
Deckungswerte	15.750,5	16.145,2	5.083,3	6.092,9

	2010	2009
Deckungswerte Gewerblich und Wohnwirtschaftlich gesamt	20.833,8	22.238,1

1) ohne weitere Deckungswerte

Rückständige Leistungen auf zur Deckung von Hypothekendarfbriefen verwendete Forderungen

Gesamtbetrag der mindestens 90 Tage rückständigen Leistungen

in Mio. €	2010	2009
Deutschland	18,0	17,5
Großbritannien	1,5	0,0
Frankreich	2,4	1,7
Italien	0,0	1,9
Summe	21,9	21,1

Nachfolgende Angaben beziehen sich auf zur Deckung von Hypothekendarfbriefen verwendete Forderungen:

Zwangsmaßnahmen (Aktivpos. 2 und 3)

	Anzahl der Fälle		davon gewerblich genutzt		davon Wohnzwecken dienend	
	2010	2009	2010	2009	2010	2009
Am 31. Dezember anhängige						
Zwangsversteigerungsverfahren	12	143	0	25	12	118
Zwangsverwaltungsverfahren	8	95	0	24	8	71
davon in den anhängigen Zwangsversteigerungsverfahren enthalten	8	88	0	22	8	66
Summe	12	150	0	27	12	123
Im Geschäftsjahr durchgeführte Zwangsversteigerungsverfahren	75	97	11	15	64	82

Eingesteigerte bzw. übernommene Objekte (Aktivpos. 10 und 11)

Im Berichtsjahr hat die Deutsche Pfandbriefbank AG keine Grundstücke zur Verhütung von Verlusten an Hypotheken übernehmen müssen.

Zinsrückstände (Aktivpos. 2 und 3)

Die Zinsrückstände aus Fälligkeiten vom 1. Oktober 2009 bis 30. September 2010 beliefen sich auf 9.136 Tsd. € (Vj. 7.770 Tsd. €). Sie sind in steuerlich zulässigem Umfang wertberichtigt.

in Mio. €	davon gewerblich genutzt		davon Wohnzwecken dienend	
	2010	2009	2010	2009
Gesamtbetrag der Rückstände auf die von Hypothekenschuldnern zu entrichtenden Zinsen, soweit nicht in den Vorjahren abgeschrieben	4,4	3,6	4,7	4,1

Zur Deckung von Öffentlichen Pfandbriefen verwendete Forderungen ¹⁾

in Mio. €	Deutschland		Belgien	
	2010	2009	2010	2009
Zentralstaat	837,9	833,4	200,0	350,2
regionale Gebietskörperschaften	12.640,3	12.696,2	187,1	214,9
örtliche Gebietskörperschaften	603,5	209,9	135,0	135,0
Sonstige Schuldner	4.809,9	10.416,6	193,2	243,2
Summe	18.891,6	24.156,1	715,3	943,3

in Mio. €	Dänemark		Finnland	
	2010	2009	2010	2009
Zentralstaat	0,0	0,0	7,5	6,9
regionale Gebietskörperschaften	0,0	0,0	0,0	0,0
örtliche Gebietskörperschaften	0,0	0,0	45,0	67,5
Sonstige Schuldner	37,4	41,4	7,5	6,9
Summe	37,4	41,4	60,0	81,3

in Mio. €	Frankreich / Monaco		Griechenland	
	2010	2009	2010	2009
Zentralstaat	3.114,6	527,5	0,0	2.091,1
regionale Gebietskörperschaften	90,0	90,0	0,0	0,0
örtliche Gebietskörperschaften	10,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige Schuldner	193,0	2.897,4	0,0	1.627,0
Summe	3.407,6	3.514,9	0,0	3.718,1

in Mio. €	Großbritannien		Island	
	2010	2009	2010	2009
Zentralstaat	0,0	0,0	0,0	0,0
regionale Gebietskörperschaften	14,5	8,4	0,0	0,0
örtliche Gebietskörperschaften	17,4	235,9	0,0	39,0
Sonstige Schuldner	232,4	225,2	0,0	24,3
Summe	264,3	469,5	0,0	63,3

in Mio. €	Italien		Japan	
	2010	2009	2010	2009
Zentralstaat	2.336,0	4.706,2	252,8	206,2
regionale Gebietskörperschaften	1.797,3	1.757,1	0,0	0,0
örtliche Gebietskörperschaften	192,1	429,2	60,0	60,0
Sonstige Schuldner	0,0	301,9	255,2	211,1
Summe	4.325,4	7.194,4	568,0	477,3

in Mio. €	Kanada		Litauen	
	2010	2009	2010	2009
Zentralstaat	0,0	0,0	0,0	35,0
regionale Gebietskörperschaften	0,0	209,8	0,0	0,0
örtliche Gebietskörperschaften	0,0	114,9	0,0	0,0
Sonstige Schuldner	0,0	121,1	0,0	0,0
Summe	0,0	445,8	0,0	35,0

in Mio. €	Niederlande		Österreich	
	2010	2009	2010	2009
Zentralstaat	36,0	0,5	4.080,4	3.975,5
regionale Gebietskörperschaften	0,0	0,0	854,0	884,4
örtliche Gebietskörperschaften	4,3	16,3	0,0	0,0
Sonstige Schuldner	0,0	48,1	1.344,4	2.092,4
Summe	40,3	64,9	6.278,8	6.952,3

in Mio. €	Polen		Portugal	
	2010	2009	2010	2009
Zentralstaat	754,8	648,1	327,5	514,1
regionale Gebietskörperschaften	0,0	0,0	429,5	429,5
örtliche Gebietskörperschaften	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige Schuldner	0,0	0,0	800,6	1.036,1
Summe	754,8	648,1	1.557,6	1.979,7

in Mio. €	Schweden		Schweiz	
	2010	2009	2010	2009
Zentralstaat	0,0	30,7	0,0	0,0
regionale Gebietskörperschaften	0,0	0,0	343,9	390,9
örtliche Gebietskörperschaften	0,0	0,0	0,0	75,1
Sonstige Schuldner	0,0	52,6	469,9	419,6
Summe	0,0	83,3	813,8	885,6

in Mio. €	Slowakei		Slowenien	
	2010	2009	2010	2009
Zentralstaat	35,0	44,0	290,0	245,0
regionale Gebietskörperschaften	0,0	0,0	0,0	0,0
örtliche Gebietskörperschaften	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige Schuldner	0,0	0,0	22,0	17,0
Summe	35,0	44,0	312,0	262,0

in Mio. €	Spanien		Tschechien	
	2010	2009	2010	2009
Zentralstaat	0,0	287,0	10,0	40,0
regionale Gebietskörperschaften	1.682,8	1.730,7	0,0	0,0
örtliche Gebietskörperschaften	260,0	135,0	0,0	0,0
Sonstige Schuldner	333,6	343,2	95,0	95,0
Summe	2.276,4	2.495,9	105,0	135,0

in Mio. €	Ungarn		USA	
	2010	2009	2010	2009
Zentralstaat	327,2	316,3	0,0	0,0
regionale Gebietskörperschaften	0,0	0,0	0,0	148,6
örtliche Gebietskörperschaften	0,0	0,0	0,0	559,2
Sonstige Schuldner	0,0	0,0	0,0	98,3
Summe	327,2	316,3	0,0	806,1

in Mio. €	Internationale Organisationen		Gesamt ²⁾	
	2010	2009	2010	2009
Zentralstaat	0,0	0,0	12.609,7	14.857,7
regionale Gebietskörperschaften	0,0	0,0	18.039,4	18.560,5
örtliche Gebietskörperschaften	0,0	0,0	1.327,3	2.077,0
Sonstige Schuldner	1.160,8	1.224,7	9.954,9	21.543,1
Summe	1.160,8	1.224,7	41.931,3	57.038,3

1) ohne Derivate

2) In der Verteilung und der Gesamtsumme sind weitere Deckungswerte über 1.865 Mio. € (weitere Deckung nach §20 (2) PfandBG) nicht berücksichtigt. Im Vorjahr sind weitere Deckungswerte über 1.980 Mio € in der Summe mit berücksichtigt.

Zur Deckung von Öffentlichen Pfandbriefen verwendete Forderungen¹⁾

Gesamtbetrag der mindestens 90 Tage rückständigen Leistungen

in Mio. €	2010	2009
Deutschland		
Zentralstaat	0,0	0,0
regionale Gebietskörperschaften	0,0	0,0
örtliche Gebietskörperschaften	0,0	0,0
Sonstige Schuldner	0,0	0,0
Summe	0,0	0,0

1) Überwiegend handelt es sich um rückständige Leistungen auf kommunalverbürgte Hypothekendarlehen.

Restlaufzeiten ausgewählter Bilanzpositionen

in Tsd. €	2010	2009
Forderungen an Kreditinstitute (Aktivpos. 2)	15.023.432	76.636.030
täglich fällig	4.368.746	4.049.038
Forderung mit Laufzeit	10.654.686	72.586.992
- bis drei Monate	7.462.005	66.773.329
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	684.785	2.820.488
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	1.112.786	1.566.454
- mehr als fünf Jahre	1.395.110	1.426.721
Forderungen an Kunden (Aktivpos. 3)	116.943.947	77.955.090
- mit unbestimmter Laufzeit	2	954
- bis drei Monate	62.388.496	6.889.570
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	5.645.779	10.359.319
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	23.706.723	32.019.117
- mehr als fünf Jahre	25.202.948	28.686.130
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (Aktivpos. 4)	33.737.859	116.387.505
davon im Folgejahr fällig werdend	4.024.631	69.922.601
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (Passivpos. 1)	66.751.626	72.334.654
täglich fällig	255.727	983.512
mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	66.495.899	71.351.142
- bis drei Monate	59.849.451	60.714.412
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	1.410.358	7.132.025
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	3.096.973	1.766.526
- mehr als fünf Jahre	2.139.117	1.738.179
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (Passivpos. 2)	38.920.939	35.256.931
täglich fällig	3.488.079	434.262
mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	35.432.860	34.822.669
- bis drei Monate	1.595.142	785.619
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	2.077.113	2.231.457
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	7.831.776	7.068.846
- mehr als fünf Jahre	23.928.829	24.736.747
Verbriefte Verbindlichkeiten (Passivpos. 3)	41.198.153	158.024.832
a) begebene Schuldverschreibungen	40.911.401	158.011.042
davon im Folgejahr fällig werdend	25.285.993	118.798.645
b) andere verbiefte Verbindlichkeiten	286.752	13.790
- bis drei Monate	124.687	1.224
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	162.065	7.529
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	-	-
- mehr als fünf Jahre	-	5.037

Nachrangige Vermögensgegenstände (Aktivpos. 2, 3 und 4)

In der Bilanz sind folgende nachrangige Vermögensgegenstände enthalten:

in Tsd. €	2010		2009	
	Gesamt	davon verbundene Unternehmen	Gesamt	davon verbundene Unternehmen
Forderungen an Kreditinstitute (Aktivpos. 2)	-	-	510.329	510.329
Forderungen an Kunden (Aktivpos. 3)	13.500	13.500	13.500	13.500
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
Anleihen und Schuldverschreibungen	-	-	-	-
von anderen Emittenten (Aktivpos. 4bb)	-	-	20.107	-

Aufteilung der börsenfähigen Wertpapiere und Finanzanlagen (Aktivpos. 4, 5, 6 und 7)

Die in den entsprechenden Bilanzpositionen enthaltenen börsenfähigen Wertpapiere teilen sich nach börsennotierten und nicht börsennotierten Wertpapieren wie folgt auf:

in Tsd. €	davon börsennotiert		davon nicht börsennotiert	
	2010	2009	2010	2009
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	32.520.420	110.710.520	1.217.439	5.676.985
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	-	451	1.328	1.233
Beteiligungen	-	-	-	-
Anteile an verbundenen Unternehmen	-	-	45	45

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (Aktivpos. 4)

Von den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren (Aktivpos. 4) hat die Bank fremde Anleihen mit einem Bilanzwert in Höhe von 31.752.368 Tsd. € (Vj. 40.921.397 Tsd. €) im Bestand. Davon sind 29.051.394 Tsd. € (Vj. 37.754.929 Tsd. €) wie Anlagevermögen und 2.700.974 Tsd. € (Vj. 3.166.468 Tsd. €) wie Umlaufvermögen bewertet. Im Berichtsjahr wurden keine Wertpapiere vom Liquiditätsvorsorgebestand in den Anlagebestand umgewidmet.

Insgesamt sind Wertpapiere des Anlagevermögens mit einem Buchwert von 18.084.393 Tsd. € (Vj. 30.846.511 Tsd. €) nicht mit dem niedrigeren am Bilanzstichtag beizulegenden Zeitwert von 16.277.755 Tsd. € (Vj. 28.385.595 Tsd. €) bewertet. Die unterlassenen Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Zeitwert in Höhe von 1.806.638 Tsd. € teilen sich auf die folgenden Emittentengruppen auf:

in Tsd. €	davon öffentliche Emittenten	davon Kredit-institute	davon andere Emittenten	Gesamt
	Buchwert	10.570.919	5.425.138	
Beizulegender Zeitwert	9.668.508	4.823.970	1.785.277	16.277.755
Unterlassene Abschreibungen im Anlagevermögen	902.411	601.168	303.059	1.806.638

Von den oben dargestellten unterlassenen Abschreibungen entfallen auf Anleihen der Staaten des Euroraumes, die im Fokus stehen:

in Tsd. €	Italien	Portugal	Gesamt
	Buchwert	1.313.132	
Beizulegender Zeitwert	1.052.868	269.622	1.322.490
Unterlassene Abschreibungen im Anlagevermögen	260.264	60.835	321.099

Bei allen Wertpapieren mit unterlassenen Abschreibungen geht die Bank davon aus, dass der Zeitwert lediglich vorübergehend unter dem Buchwert liegt. Zahlungsstörungen bzw. Zweifel an der Einbringlichkeit

dieser Wertpapiere bestehen nicht. Hinsichtlich der Staaten des Euroraumes, die im Fokus stehen, konnte auch vor dem Hintergrund des etablierten Finanzstabilitätsmechanismus auf eine Abschreibung auf den niederen beizulegenden Zeitwert verzichtet werden.

Im folgenden Jahr werden vom Bestand der Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere 6.819.072 Tsd. € fällig.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen (Aktivpos. 6 und 7)

Bei den Beteiligungen (Aktivpos. 6) und den Anteilen an verbundenen Unternehmen (Aktivpos. 7) war die Bank mit Ausnahme der Ragnarök Vermögensverwaltung AG & Co. KG, München, bei keinem Unternehmen unbeschränkt haftender Gesellschafter.

Name und Sitz	Kapitalanteil in % insgesamt § 16 Abs. 4 AktG	davon mittelbar	Eigenkapital Tsd.	Jahresergebnis Tsd.	letzter vorliegender Jahresabschluss	Währung
DEPFA Finance N.V., Amsterdam	100,00%		3.848	551	31.12.2010	EUR
FUNDUS Gesellschaft für Grundbesitz und Beteiligungen mbH, München	94,00%		904	-125 1)	31.12.2010	EUR
GfI-Gesellschaft für Immobilienentwicklung und -verwaltung mbH i.L., Stuttgart	100,00%		11	0	31.12.2009	EUR
Hypo Real Estate Capital Hong Kong Corp. Ltd. i.L., Hong Kong	100,00%		6.831	135	31.12.2010	HKD
Hypo Real Estate Capital India Corporation Private Ltd.	100,00%		337.975	23.108	31.03.2010	INR
Hypo Real Estate Capital Japan Corp., Tokio	100,00%		30.504.371	515.595	31.12.2010	JPY
Hypo Real Estate Capital Singapore Corporation Private Ltd.	100,00%		2.620	600	31.12.2010	SGD
Hypo Real Estate International Trust I, Wilmington	100,00%		350.057	0	31.12.2009	EUR
Hypo Real Estate International LLC I, Wilmington	100,00%		350.109	-5	31.12.2009	EUR
IMMO Immobilien Management Beteiligungsgesellschaft mbH, München	100,00%		28	-4	31.12.2010	EUR
IMMO Immobilien Management GmbH & Co. KG, München	94,00%		-7.535	-1.216	31.12.2010	EUR
IMMO Invest Real Estate GmbH, München	100,00%		28	84 1)	31.12.2010	EUR
IMMO Trading GmbH, München	100,00%		525	-864 1)	31.12.2010	EUR
Little Britain Holdings (Jersey) Ltd., Jersey	100,00%		-4.045	-4.045	31.12.2010	EUR
Meridies Grundbesitz- und Bebauungsgesellschaft mbH, München	94,00%		78	-470 1)	31.12.2010	EUR
mit folgender Beteiligung: Frappant Altona GmbH, München	94,04%	88,40%	25	-444 1)	31.12.2010	EUR
pbb Services GmbH, München	100,00%		3.020	2.888 1)	31.12.2010	EUR
Ragnarök Vermögensverwaltung AG & Co. KG, München	94,00%		-1.703 2)	-256 2)	31.12.2010	EUR
WestHyp Immobilien Holding GmbH, München	100,00%		392	-142	31.12.2009	EUR
mit folgender Beteiligung: Archplan Projekt Dianastraße GmbH, München	33,20%	33,20%	-214	-99	31.12.2009	EUR

Alle anderen Beteiligungen liegen unter 20%.

Weitere Beteiligungen an großen Kapitalgesellschaften, bei denen die Beteiligung 5% der Stimmrechte überschreitet, liegen nicht vor (Angabe gemäß § 340a Abs. 4 Nr. 2 HGB).

1) Ergebnisübernahme durch Gesellschafter aufgrund Ergebnisabführungsvertrag
(Bei der Meridies Grundbesitz- und Bebauungsgesellschaft mbH, München ist der Verlust der Frappant Altona GmbH, München in Höhe von -444 Tsd. € im Jahresergebnis neben dem eigenen Fehlbetrag enthalten)

2) Komplementärhaftung

Name und Sitz	Kapitalanteil in % insgesamt § 16 Abs. 4 AktG	davon mittelbar	Eigenkapital Tsd.	Jahresergebnis Tsd.	letzter vorliegender Jahresabschluss	Währung
SANO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Dresden KG, Düsseldorf	33,33%		-4.422	-147	31.12.2009	EUR
SOMA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Darmstadt KG, Düsseldorf	33,33%		-9.197	-705	31.12.2009	EUR
WISUS Beteiligungs GmbH & Co. Zweite Vermietungs-KG, München	33,00%		-2.780	214	31.12.2010	EUR

Alle anderen Beteiligungen liegen unter 20%.

Weitere Beteiligungen an großen Kapitalgesellschaften, bei denen die Beteiligung 5% der Stimmrechte überschreitet, liegen nicht vor (Angabe gemäß § 340a Abs. 4 Nr. 2 HGB).

Bei der WestHyp Immobilien Holding GmbH, München, erfolgte eine Abschreibung auf den niederen beizulegenden Wert in Höhe von 142 Tsd. €.

Bei dem voll konsolidierten verbundenen Unternehmen HREC India Corp. Private Ltd., Mumbai, erfolgte eine Abschreibung auf den niederen beizulegenden Wert in Höhe von 704 Tsd. €.

Devisenkurse zum 31.12.2010

Hongkong	1 € =	10,3856	HKD
Indien	1 € =	59,758	INR
Japan	1 € =	108,65	JPY
Singapur	1 € =	1,7136	SGD

Treuhandgeschäfte (Aktivpos. 8 und Passivpos. 4)

Das Treuhandvermögen und die Treuhandverbindlichkeiten gliedern sich in folgende Aktiv- und Passivpositionen auf:

in Tsd. €	2010	2009
Forderungen an Kunden	22.189	24.957
Sonstige Vermögensgegenstände	-	-
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	14.872	16.167
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	7.317	8.790

Immaterielle Anlagewerte (Aktivpos. 9)

Im ausgewiesenen Wert der immateriellen Anlagewerte sind gekaufte Software mit 25.038 Tsd. € (Vj. 25.682 Tsd. €) sowie Anlagen im Bau mit 8.621 Tsd. € (Vj. 4.823 Tsd. €) enthalten.

Sachanlagen (Aktivpos. 10)

Im ausgewiesenen Wert der Sachanlagen ist die Betriebs- und Geschäftsausstattung mit 5.145 Tsd. € (Vj. 7.768 Tsd. €) enthalten.

Entwicklung des Anlagevermögens - Anlagespiegel - (Aktivpos. 4, 6,7, 9 und 10)

in Tsd. €	Anschaffungs-/ Herstellungskosten 01.01.2010	Zugänge w/ Verschmelzung 2010	Zugänge 2010	Abgänge 2010	Umbuchungen 2010	Währungs- veränderungen 2010	Zuschreibungen 2010	Abschreibungen 2010	Abschreibungen kumuliert 31.12.2010	Restbuchwert 31.12.2010	Restbuchwert 31.12.2009
Immaterielle Anlagewerte	90.870	-	14.068	-3	-	1	-	-10.915	-71.277	33.659	30.505
Sachanlagen	21.537	-	621	-3.554	-	58	-	-2.245	-13.517	5.145	7.768
Veränderungen											
+ / -											
*)											
Wertpapiere des Anlagevermögens					-8.703.535					29.051.394	37.754.929
Beteiligungen					-6.375					534	6.909
Anteile an verbundenen Unternehmen					-256.121					289.024	545.145

*) Es wurde von der Zusammenfassungsmöglichkeit des § 34 Abs. 3 RechKredV Gebrauch gemacht.

Sonstige Vermögensgegenstände (Aktivpos. 11)

Die Position enthält im Wesentlichen Forderungen aus zinsbezogenen Kompensationsgeschäften im Zusammenhang mit der Auslagerung auf die FMS-Wertmanagement in Höhe von 1.816.980 Tsd. €, Steuerforderungen mit 60.953 Tsd. € (Vj. 126.581 Tsd. €) und den Ausgleichsposten aus der Bewertung der gesicherten Fremdwährungsgeschäfte in Höhe von 124.365 Tsd. € (Vj. 115.654 Tsd. €). Die zinsbezogenen Kompensationsgeschäfte werden im Abschnitt „Übertragung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten auf die FMS-Wertmanagement“ erläutert. Diese zinsbezogenen Kompensationsgeschäfte stellen nicht originäres Bankgeschäft dar. Um den besonderen Charakter dieser Geschäfte gerecht zu werden erfolgt ein Davon-Ausweis unter den sonstigen Vermögensgegenständen.

Aufgrund des Verrechnungsgebotes des § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB werden in den sonstigen Vermögensgegenständen nur mehr nicht verpfändete Ansprüche aus Rückdeckungsversicherungen für Pensionen in Höhe von 6.551 Tsd. € ausgewiesen. Die Zeitwerte der verpfändeten Ansprüche aus Altersversorgungsverpflichtungen werden nach Verrechnung mit den rückgedeckten Pensionsrückstellungen und Rückstellungen für Altersteilzeit im Posten „aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung“ ausgewiesen.

Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung (Aktivposten 13)

Der im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2010 ausgewiesene aktive Unterschiedsbetrag (§ 246 Abs.2 S.2 und 3 HGB) in Höhe von 28.914 Tsd. € resultiert aus der Verrechnung von Rückdeckungsansprüchen für Pensionen mit einem beizulegenden Zeitwert von 190.272 Tsd. € mit Pensionsrückstellungen in Höhe von 161.358 Tsd. €. Die ausgewiesenen Beträge unterliegen einer Ausschüttungsbegrenzung nach § 268 Abs. 8 HGB.

Erträge aus den Rückdeckungsansprüchen in Höhe von 11.852 Tsd. € wurden mit dementsprechenden Aufwendungen in Höhe 10.246 Tsd. € verrechnet.

Rechnungsabgrenzungsposten

in Tsd. €	2010	2009
Aktivpos. 12 a)		
Rechnungsabgrenzungsposten aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	122.775	163.977
davon:		
Disagio aus Schuldverschreibungen und aufgenommenen Darlehen	96.276	129.004
Agio aus Forderungen	26.499	34.973
Passivpos. 6 a)		
Rechnungsabgrenzungsposten aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	41.494	65.510
davon:		
Damnum aus Forderungen	28.987	48.172
Agio aus Schuldverschreibungen und aufgenommenen Darlehen	12.507	17.338

Sonstige Verbindlichkeiten (Passivpos. 5)

Die sonstigen Verbindlichkeiten beinhalten im Wesentlichen Verbindlichkeiten aus zinsbezogenen Kompensationsgeschäften im Zusammenhang mit der Auslagerung auf die FMS-Wertmanagement in Höhe von 15.476.196 Tsd. €, Verbindlichkeiten gegenüber Konzernunternehmen in Höhe von 21.432 Tsd. € (Vj. 11.785 Tsd. €) sowie Steuerverbindlichkeiten in Höhe von 8.150 Tsd. € (Vj. 7.771 Tsd. €). Die zinsbezogenen Kompensationsgeschäfte werden im Abschnitt „Übertragung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten auf die FMS-Wertmanagement“ erläutert. Diese zinsbezogenen Kompensationsgeschäfte stellen nicht originäres Bankgeschäft dar. Um den besonderen Charakter dieser Geschäfte gerecht zu werden erfolgt ein Davon-Ausweis unter den sonstigen Verbindlichkeiten.

Im Vorjahr waren ferner noch abzuführende Gebühren und Provisionen im Zusammenhang mit den Liquiditätsunterstützungen des SoFFin und des Bundes in Höhe von 60.042 Tsd. € enthalten.

Pensionsrückstellungen (Passivpos. 7a)

Zum Bilanzstichtag 31.12.2010 werden gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB nur mehr Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen nach Verrechnung des Deckungsvermögens hier ausgewiesen.

(Pensionsrückstellung 204.661 Tsd. €, davon mit Deckungsvermögen in Höhe von 161.358 Tsd. € verrechnet).

Die Pensionsrückstellungen für frühere Mitglieder des Vorstandes und deren Hinterbliebene betragen 50.066 Tsd. € (Vj. 65.161 Tsd. €).

Andere Rückstellungen (Passivpos. 7c)

In den anderen Rückstellungen sind folgende wesentlichen Einzelposten enthalten:

- Drohverlustrückstellungen für synthetische Collateralised Debt Obligations (CDOs) mit 242.333 Tsd. €
- Restrukturierungsrückstellungen in Höhe von 79.200 Tsd. €
- Rückstellungen für eine erfolgsabhängige Vergütung gegenüber dem Bund im Zusammenhang mit der Liquiditätsunterstützung der Jahre 2008 und 2009 in Höhe von 43.640 Tsd. €
- Rückstellungen aus Bewertungseinheiten in Höhe von 31.259 Tsd. €

Nachrangige Verbindlichkeiten (Passivpos. 8)

Es handelt sich um 100 Schuldscheindarlehen und 14 Namensschuldverschreibungen sowie 16 Inhaberschuldverschreibungen. Für die fest verzinslichen Schuldverschreibungen liegt die Verzinsung zwischen 4,0% p.a. und 9,1% p.a., die übrigen sind variabel verzinslich. Die Fälligkeitstermine liegen in den Jahren 2011 bis 2026. Bei 15 Schuldverschreibungen liegen Kündigungsrechte vor, die in den Jahren 2012 bis 2025 ausgeübt werden können.

Bei den nachrangigen Verbindlichkeiten sind Zinsaufwendungen in Höhe von 140.148 Tsd. € (Vj. 151.674 Tsd. €) angefallen. In der Bilanz sind unter dieser Position anteilige Zinsen in Höhe von 93.895 Tsd. € (Vj. 100.512 €) enthalten.

Im Berichtsjahr ist eine nachrangige Inhaberschuldverschreibung zinsfrei gestellt mit nominal 350.076 Tsd. € und einem Zinssatz von 5,879%. Die Schuldverschreibung beinhaltet eine Bedingung, dass im Falle eines Bilanzverlustes keine Zinsen zu zahlen sind.

Im Zuge der Verschmelzung mit der DEPFA Deutsche Pfandbriefbank AG sind im Jahr 2009 zwei Inhabergenussscheine und neun Namensgenussscheine zugegangen. Für diese wurden den Inhabern gem. § 23 UmwG gleichwertige Rechte gewährt. Der Rückzahlungsanspruch dieser Genussscheininhaber beträgt 562.727 Tsd. €. Die Rückzahlungsansprüche sind nachrangig nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger.

Die Bedingungen der Mittelaufnahmen sind so ausgestaltet, dass sie den Anforderungen des § 10 Abs. 5a KWG entsprechen.

Genussrechtskapital (Passivpos. 9)

Der Bestand setzt sich aus Inhabergenusssrechten in Höhe von nominal 113.000 Tsd. € (Vj. 221.372 Tsd. €) und Namensgenusssrechten in Höhe von nominal 36.226 Tsd. € (Vj. 41.726. Tsd. €) zusammen.

Es sind folgende Emissionen enthalten (jeweils in Tsd. €):

in Tsd. €			Verlustbetei-	Rückzahlungs-		
Emissionsjahr	Art	Nominal	ligung per	anspruch per	Zinssatz	Rückzahlung
			31.12.2010	31.12.2010		
1989	Namensgenussschein	10.226	10.226	-	8,00%	01.06.2015
2001	Namensgenussschein	21.000	21.000	-	7,10%	01.06.2012
2001	Namensgenussschein	5.000	5.000	-	7,13%	01.06.2012
2001	Inhabergenusschein	13.000	13.000	-	6,75%	30.06.2011
2001	Inhabergenusschein	50.000	41.631	8.369	7,00%	30.06.2012
2002	Inhabergenusschein	50.000	41.630	8.370	7,00%	02.07.2013
		149.226	132.487	16.739		

Die Genussscheinbedingungen begrenzen die Ausschüttung in der Form, dass durch sie kein Bilanzverlust entstehen darf. Im Geschäftsjahr 2010 sind in Höhe von 191 Tsd. € (Vj. 325 Tsd. €) Zinsaufwendungen entstanden.

Für die Ermittlung der Verlustteilnahme der Genussscheininhaber bestehen unterschiedliche Berechnungsarten in den Genussscheinbedingungen:

1. Der Genussscheininhaber nimmt im Verhältnis seines Rückzahlungsanspruchs zur Summe aus Gezeichnetem Kapital und Rücklagen der Bank am Bilanzverlust teil und
2. Der Genussscheininhaber nimmt im Verhältnis des jeweiligen Rückzahlungsanspruchs zum sonstigen Eigenkapital nach § 10 KWG teil.

Die Bedingungen für sämtliche Genussrechte entsprechen den Anforderungen des § 10 Abs. 5 KWG. Vorzeitige Rückzahlungsverpflichtungen sind in allen Fällen ausgeschlossen.

Die Rückzahlungsansprüche der Genussscheininhaber verminderte sich zum Bilanzstichtag auf 16.739 Tsd. €

Entwicklung des Eigenkapitals (Passivpos. 10)

in Tsd. €	Gezeichnetes Kapital			Kapital-	Gewinnrücklagen			Bilanz-	Gesamt
	Grund-	stille	Summe	rücklage	andere		verlust		
					gesetzliche	Gewinn-			
kapital	Einlage			Rücklage	rücklagen	Summe			
Eigenkapital zum 01.01.2010	380.376	602.924	983.300	5.039.123	12.655	248.334	260.989	-3.792.315	2.491.097
Übertrag FMS-Wertmanagement			-	-1.000			-		-1.000
Jahresfehlbetrag			-				-	-117.527	-117.527
"Verlustbeteiligung" stille Einlagen		-318.262	-318.262				-	318.262	-
Entnahme Genussrechtskapital			-				-	2.416	2.416
Veränderung Erstanwendung BilMoG			-			18.212	18.212		18.212
Eigenkapital zum 31.12.2010	380.376	284.662	665.038	5.038.123	12.655	266.546	279.201	-3.589.164	2.393.198

Gezeichnetes Kapital (Passivpos. 10a)

Das Grundkapital beträgt 380.376.059,67 € und ist eingeteilt in 134.475.308 auf den Inhaber lautende Stammaktien in Form von Stückaktien mit einem rechnerischen Anteil am Grundkapital von verkürzt 2,83 € je Stückaktie.

Am Aktienkapital der Bank hält die HRE Holding AG, München 100,00%. Der Finanzmarktstabilisierungsfonds (SoFFin) ist wiederum alleiniger Aktionär der HRE Holding AG, München.

Der Finanzmarktstabilisierungsfonds ist mit Vertrag vom 16. November 2009 als typisch stiller Gesellschafter mit einer stillen Einlage von 1,0 Mrd. € an der Deutschen Pfandbriefbank AG beteiligt. Die

stille Einlage wurde bar erbracht. Dem stillen Gesellschafter steht als Gewinnbeteiligung ein Zins von 10% p.a. bezogen auf den Einlagennennbetrag zu.

An einem Bilanzverlust nimmt der stille Gesellschafter im Verhältnis der stillen Einlage zum Gesamtbuchwert aller am Bilanzverlust teilnehmenden Haftkapitalanteile der Bank teil. Die Gesamtverlustbeteiligung des stillen Gesellschafters am Bilanzverlust ist auf seine stille Einlage begrenzt. Der Bilanzverlust, der auf das Jahr 2008 entfällt, wird zur Berechnung der Verlustteilnahme nicht einbezogen. Die stille Einlage wurde zum Jahresende 2010 um 318,3 Mio. € (Vj. um 397,1 Mio. €) auf 284,6 Mio. € (Vj. 602,9 Mio. €) herabgesetzt. Es besteht eine Wiederauffüllungsverpflichtung der stillen Einlage nach Herabsetzung seitens der Bank.

Der stille Gesellschafter ist zur Kündigung des Beteiligungsvertrages nicht berechtigt. Falls der Ausschluss der Kündigungsfrist nicht wirksam sein sollte, kann eine Kündigung nicht vor dem 31.12.2039 wirksam werden. Eine ganze oder teilweise Kündigung seitens der Bank ist keinesfalls vor Ablauf von fünf Jahren möglich. Die stille Beteiligung erfüllt das Kriterium der Nachrangigkeit gemäß §10 Abs. 5 und 5a KWG.

Das gezeichnete Kapital beträgt zum Bilanzstichtag 665.038.242,67 €.

Kapitalrücklage (Passivpos. 10b)

Der Bestand der Kapitalrücklage gemäß § 272 Abs. 2 Nr. 4 HGB belief sich zum Bilanzstichtag auf 3.241.811 Tsd. € (Vj. 3.242.811 Tsd. €).

Fremdwährungspositionen

Der Gesamtbetrag an Vermögensgegenständen in Fremdwährung beläuft sich auf 20.810 Tsd. € (Vj. 46.081.789 Tsd. €). Verbindlichkeiten in fremder Währung bestanden zum Jahresende in Höhe von 20.955 Tsd. € (Vj. 28.250.849 Tsd. €).

Zur Sicherheit übertragene Vermögensgegenstände

Folgende Vermögensgegenstände wurden für eigene Verbindlichkeiten zur Sicherheit übertragen:

in Tsd. €	Bilanzwert 2010	Bilanzwert 2009
Verpfändung von Wertpapieren aus Offenermarktgeschäften mit der EZB	9.904.904	75.214.157
Wertpapiere in Pension in Verbindung mit Repogeschäften	1.097.860	6.515.694
Darlehen in Pension in Verbindung mit Repogeschäften	622.810	771.951
Verpfändung von Darlehen zur Sicherung aufgenommener Darlehen	152.512	209.169
Verpfändung eines Wertpapiers zur Sicherung aufgenommener Darlehen	91.238	12.508
Bei Kreditinstituten hinterlegte Barsicherheiten	4.321.606	4.052.274

Im Rahmen von durchgeleiteten Repos ist das rechtliche Eigentum an Vermögensgegenständen in Höhe von 62,3 Mrd. € an die EZB weiter übertragen worden.

Alle Vermögensgegenstände außer den Barsicherheiten wurden für Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten übertragen. Die Barsicherheiten betreffen ausschließlich Derivatgeschäfte.

Forderungen an und Verbindlichkeiten gegenüber verbundene(n) Unternehmen und Unternehmen, zu denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

in Tsd. €		an/gegenüber verbundene(n) Unternehmen		an/gegenüber Unternehmen, zu denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	
		2010	2009	2010	2009
Forderungen an Kreditinstitute	(Aktivpos. 2)	-	63.101.863	-	-
Forderungen an Kunden	(Aktivpos. 3)	1.027.009	6.258.660	46.649	49.782
Schuldverschreibungen und	(Aktivpos. 4)	249.866	294.003	-	-
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(Passivpos. 1)	1.008.593	1.137.866	-	-
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	(Passivpos. 2)	29.667	390.743	-	-
Verbriefte Verbindlichkeiten	(Passivpos. 3)	-	35.820	-	-
Nachrangige Verbindlichkeiten	(Passivpos. 8)	660.325	660.343	-	-

Sonstige Angaben

Eventualverbindlichkeiten (Passivpos. 1b unter dem Strich)

Die Deutsche Pfandbriefbank AG, München als Rechtsnachfolger der Hypo Real Estate Bank International AG hat mit Erklärung vom 2. Januar 2006 die unwiderrufliche und bedingungslose Garantie für die Erfüllung sämtlicher Verbindlichkeiten der Hypo Public Finance Bank puc, Dublin übernommen. Durch den Verkauf sämtlicher Anteile an der Hypo Public Finance Bank puc, Dublin wurde gemäß Garantievertrag die Haftung auf alle Verbindlichkeiten beschränkt, die bis zum Zeitpunkt des Verkaufes bestanden. Aufgrund der derzeitigen Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Hypo Public Finance Bank puc, Dublin sowie ihrer erwarteten zukünftigen Entwicklung hält die Deutsche Pfandbriefbank AG einen Ausfall der Hypo Public Finance Bank puc, Dublin zwar nicht für ausgeschlossen jedoch für sehr unwahrscheinlich.

Die ausgewiesenen Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen in Höhe von 131.021 Tsd. € wurden im Rahmen des Bankgeschäfts gewährt. Vor Gewährung erfolgt eine sorgfältige Bonitätsprüfung der potenziellen Bürgschafts- bzw. Garantienehmer. Nachfolgende Bonitätsverschlechterungen werden intensiv beobachtet. Ihnen wird ggf. durch eine entsprechende Risikoversorge Rechnung getragen. Latente Risiken aus den Bürgschafts- bzw. Gewährleistungsverträgen werden durch zusätzliche Pauschalwertberichtigungen berücksichtigt. Für weitergehende zukünftige Ausfälle in diesem Zusammenhang hat die Deutsche Pfandbriefbank AG keine Anhaltspunkte.

Andere Verpflichtungen (Passivpos. 2c unter dem Strich)

Die ausgewiesenen unwiderruflichen Kreditzusagen betreffen mit 696.512 Tsd. € (Vj. 2.454.049 Tsd. €) ausschließlich Hypothekendarlehen. Im Vorjahr waren zusätzlich 133.650 Tsd. € an den öffentlichen Sektor gewährte Darlehen enthalten. Vor Zusageerteilung erfolgt eine sorgfältige Bonitätsprüfung der potenziellen Darlehensnehmer. Nachfolgende Bonitätsverschlechterungen werden intensiv beobachtet. Ihnen wird ggf. durch eine entsprechende Risikoversorge Rechnung getragen. Latente Risiken in den unwiderruflichen Kreditzusagen werden durch zusätzliche Pauschalwertberichtigungen berücksichtigt. Für weitergehende zukünftige Ausfälle hat die Deutsche Pfandbriefbank AG keine Anhaltspunkte.

Außerbilanzielle Geschäfte und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Zum Bilanzstichtag liegen folgende außerbilanzielle Geschäfte und sonstige finanzielle Verpflichtungen vor:

1.) Garantie

Verpflichtung zur Unterstützung der Deutschen Pfandbriefbank AG gegenüber Tochtergesellschaften

Die Deutsche Pfandbriefbank AG, München als Rechtsnachfolger der Hypo Real Estate Bank International AG hat sich gegenüber der Hypo Real Estate Bank International LLC I, und der Hypo Real Estate Capital Hongkong Corporation Limited i.L., Hongkong dazu verpflichtet, diese Gesellschaften so zu unterstützen, dass die Gesellschaften bei Fälligkeit in der Lage sind, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen. Aufgrund der derzeitigen Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Hypo Real Estate Bank International LLC I, und der Hypo Real Estate Capital Hongkong Corporation Limited i.L., Hongkong sowie ihrer erwarteten zukünftigen Entwicklung hält die Deutsche Pfandbriefbank AG einen Ausfall der Hypo Real Estate Bank International LLC I, und der Hypo Real Estate Capital Hongkong Corporation Limited i.L., Hongkong zwar nicht für ausgeschlossen jedoch für sehr unwahrscheinlich.

2.) Andere sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die Übertragung der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten auf die FMS-Wertmanagement erfolgte im Wesentlichen durch die Gewährung von Unterbeteiligungen, Treuhandabreden oder Risikoübernahmen (Garantien). Im § 8 des Rahmenvertrages wurde geregelt, dass die FMS-Wertmanagement die Prüfung der vollen dinglichen Übertragung verlangen kann. Spezifisch ist geregelt, dass die FMS-Wertmanagement die Übertragung verlangen kann, wenn kein wirtschaftlicher Nachteil beim Übertragenden entsteht oder wenn sie einen solchen Nachteil ausgleicht. Die direkten Kosten der Übertragung gelten nicht als Nachteil im

Sinne dieser Vorschrift. Würde ein wirtschaftlicher Nachteil entstehen, entscheidet die Finanzmarktstabilisierungsanstalt bindend, ob trotzdem eine Übertragung erfolgen soll. Die Finanzmarktstabilisierungsanstalt kann eine Übertragung auch dann bestimmen, wenn die FMS-Wertmanagement die Nachteile nicht ausgleicht. Die Kosten des Transfers gehen zu Lasten des übertragenden Rechtsträgers. Die oben genannten Passagen umfassen daher folgende eventuelle Kostenkomponenten:

1. Kosten der Prüfung
2. Kosten der Übertragung
3. Ausgleich wirtschaftlicher Nachteile

Im Rahmen der Übertragung der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten auf die FMS-Wertmanagement behält sich die FMSA vor, für die Stabilisierungsmaßnahme eine Zahlungsaufgabe nach § 8a Abs. 4 Nr. 8 FMStFG gegen die HRE zur Zahlung an die FMS-Wertmanagement festzusetzen, deren Betrag 1,59 Mrd. € nicht übersteigen darf. Durch diese Zahlungsaufgabe soll die Wettbewerbsneutralität wieder hergestellt werden. Die Zahlungsaufgabe kann auch in mehreren Bescheiden festgesetzt werden. Die Höhe der Zahlungsaufgabe ist jedoch so festzusetzen, dass nach Festlegung der Auflage die regulatorische Kernkapitalquote der Bankeinheiten in den HRE-Teilkonzernen Deutsche Pfandbriefbank und DEPFA zum 31. März 2011 jeweils 15% nicht unterschreitet. Darüber hinaus darf die Festlegung der Zahlungsaufgabe nicht dazu führen, dass die Teilkonzerne beziehungsweise deren Muttergesellschaften

1. insolvent, illiquide werden oder eine negative Fortführungsprognose eintritt,
2. geltende aufsichtsrechtliche Kapitalquoten, Großkreditgrenzen oder sonstige gesetzliche oder regulatorische Anforderungen verletzen,
3. ihr Rating unter Investment Grade fällt, oder
4. der Kaufpreis unter Berücksichtigung der Zahlungsaufgabe unter dem Marktwert der übertragenen Vermögenswerte fällt.

Gemäß dem Rahmenvertrag zur Übertragung von Risikopositionen und nichtstrategienotwendigen Geschäftsbereichen auf eine bundesrechtliche Abwicklungsanstalt nach § 8a Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz übernimmt die Deutsche Pfandbriefbank AG die gesamtschuldnerische Haftung für alle aus den Transaktionsverträgen folgenden Zahlungsverpflichtungen ihrer Tochterunternehmen, die im Rahmen der AidA-Transaktion Vermögenswerte auf die FMS-Wertmanagement übertragen haben. Aufgrund der derzeitigen Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Tochterunternehmen sowie ihrer erwarteten zukünftigen Entwicklung hält die Deutsche Pfandbriefbank AG einen Ausfall zwar nicht für ausgeschlossen jedoch für sehr unwahrscheinlich.

Andere zum Bilanzstichtag bestehende sonstige finanzielle Verpflichtungen liegen im geschäftsüblichen Rahmen.

Rechtsrisiken

Auf Grund der Natur und ihrer Geschäftstätigkeit ist die Deutsche Pfandbriefbank AG an mehreren Gerichtsverfahren beteiligt. Für die ungewissen Verbindlichkeiten aus diesen Verfahren bildet die Deutsche Pfandbriefbank AG Rückstellungen nur wenn mehr Gründe für einen Ressourcenabschluss sprechen als dagegen. Die Beurteilung der Rechtsrisiken hängt überwiegend von Einschätzungen ab. Die tatsächliche Verbindlichkeit kann erheblich von dieser Einschätzung abweichen. Bei der Bilanzierung der einzelnen Fälle verlässt sich die Deutsche Pfandbriefbank AG, abhängig von der Bedeutung und der Schwierigkeit des konkreten Falles, auf die eigene Expertise, die Gutachten externer Berater, vor allem Rechtsberater, Entwicklungen der einzelnen Verfahren wie auch Entwicklungen vergleichbarer Verfahren, Erfahrungen innerhalb des Konzerns sowie Erfahrungen Dritter in vergleichbaren Fällen.

Die Deutsche Pfandbriefbank AG ist an folgenden gerichtlicher und außergerichtlicher Verfahren beteiligt:

Im März 2009 hat ein ehemals in Frankreich tätig gewesener Kreditvermittler eine Klage gegen die Deutsche Pfandbriefbank AG beim Landgericht Stuttgart eingereicht, in der er Schadenersatz in Höhe von mindestens 20 Mio. € wegen der Aussetzung des Kooperationsvertrags fordert.

Die Entscheidung des Vorstands, für das Jahr 2008 keine diskretionäre variable Vergütung zu zahlen, hat seitdem bereits mehrere anhängige beziehungsweise angedrohte arbeitsgerichtliche Verfahren mit Mitarbeitern in Deutschland zur Folge. Die Frage, ob und in welcher Höhe Bonusansprüche der Mitarbeiter für das Jahr 2008 bestehen, ist eine Frage der Vertragsauslegung, insbesondere der Auslegung des billigen Ermessens sowie der Anwendung des Rechts der Allgemeinen Geschäftsbedingungen im Einzelfall. Bisher sind sechs erstinstanzliche Urteile gegen die Bank und zwei erstinstanzliche Urteile gegen die pbb Services zum Bonus für das Jahr 2008 ergangen (Arbeitsgericht München), in welchen den Bonusklagen in unterschiedlichen Quoten stattgegeben wurde. Die jeweilige Gesellschaft hat bereits in sieben Fällen Rechtsmittel gegen die den Bonusklagen (teilweise) stattgebenden Urteile eingelegt und beabsichtigt, dies auch in dem weiteren Verfahren zu tun. Zwischenzeitlich sind jedoch auch vier erstinstanzliche Urteile (davon drei Urteile des Arbeitsgerichts München und ein Urteil des Arbeitsgerichts Stuttgart) zugunsten der Bank ergangen, in welchen die Bonusklagen der Mitarbeiter jeweils vollständig abgewiesen wurden. Zwei der Kläger haben bereits Berufung eingelegt, ein Urteil ist mittlerweile rechtskräftig. In drei Fällen, in denen das Arbeitsgericht den Mitarbeitern noch Bonusansprüche zugesprochen hatte, hat das Berufungsgericht (Landesarbeitsgericht München) nunmehr zugunsten der Bank (2) beziehungsweise der pbb Services (1) entschieden. Eine Entscheidung (zugunsten der pbb Services) ist bereits rechtskräftig. Gegen eine Entscheidung (zugunsten der Bank) wurde Nichtzulassungsbeschwerde zum Bundesarbeitsgericht eingelegt. Es ist nicht auszuschließen, dass von weiteren Mitarbeitern Bonusansprüche für 2008 erfolgreich geltend gemacht werden, jedoch zeigen die zugunsten der Bank ergangenen Entscheidungen der Arbeitsgerichte München und Stuttgart sowie des Landesarbeitsgerichts München, dass die Gerichte ihren Entscheidungsspielraum auch dazu nutzen können, die Klagen vollständig abzuweisen.

Für das Jahr 2009 wurden ebenso von Mitarbeitern Bonusansprüche teilweise gerichtlich geltend gemacht. Der Vorstand hat die Entscheidung getroffen, auch für das Jahr 2009 konzernweit keine diskretionäre variable Vergütung zu zahlen. Eine nach Zweck, inhaltlicher Ausgestaltung und Höhe andere Zahlung wurde im Rahmen der Ersatzlösung für 2009 in 2010 unter anderem auch zur Minderung der operativen Risiken als auch im Sinne einer rechtlichen Befriedung angeboten. Bisher sind zwei erstinstanzliche Urteile gegen die Bank und ein erstinstanzliches Urteil gegen die pbb Services zum Bonus für das Jahr 2009 ergangen (Arbeitsgericht München), in welchen den Bonusklagen in unterschiedlichen Quoten stattgegeben wurde. Die jeweilige Gesellschaft hat bereits in allen drei Fällen Rechtsmittel gegen die den Bonusklagen (teilweise) stattgebenden Urteile eingelegt. Zwischenzeitlich sind auch zwei erstinstanzliche Urteile (davon ein Urteil des Arbeitsgerichts München und ein Urteil des Arbeitsgerichts Stuttgart) zugunsten der Bank ergangen, in welchen die Bonusklagen der Mitarbeiter jeweils vollständig abgewiesen wurden. Einer der Kläger hat bereits Berufung eingelegt. In zwei Fällen, in denen das Arbeitsgericht den Mitarbeitern noch Bonusansprüche zugesprochen hatte, hat das Berufungsgericht (Landesarbeitsgericht München) nunmehr zugunsten der Bank (1) beziehungsweise der pbb Services (1) entschieden. Die Entscheidung (zugunsten der pbb Services) ist bereits rechtskräftig. Auch hier ist nicht auszuschließen, dass von weiteren Mitarbeitern Bonusansprüche für 2009 erfolgreich geltend gemacht werden. Wir gehen jedoch davon aus, dass aufgrund der im Rahmen der Ersatzlösung angebotenen freiwilligen einmaligen Zahlung für den Entfall einer diskretionären variablen Vergütung für 2009 (in Deutschland gegen einen Verzicht), Klagen auf Zahlung von diskretionärer Vergütung für 2009 eher die Ausnahme sein werden. Die genannten Verfahren werden hauptsächlich von ehemaligen aber auch von aktiven Mitarbeitern geführt.

Finanzderivate

Nachstehend sind die am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelten derivativen Geschäfte entsprechend den Empfehlungen des Ausschusses für Bilanzierung des Bundesverbandes deutscher Banken i.V.m. § 285 Nr. 19 HGB n.F. dargestellt.

Die Finanzderivate werden fast ausschließlich zur Sicherung gegen Zins- und Währungsrisiken (nur OTC-Produkte) im Rahmen der Aktiv-/Passivsteuerung und der Mikrosteuerung abgeschlossen. Dem negativen Saldo aus den Marktwerten der Finanzderivate stehen insoweit grundsätzlich positive Marktwerte aus den korrespondierenden Bilanzgeschäften gegenüber. Kontrahenten bei den Derivaten sind OECD-Regierungen, -Banken, sowie -Finanzinstitute. In geringem Umfang werden Derivate mit Kunden abgeschlossen.

Zur Reduzierung sowohl des ökonomischen als auch des regulatorischen Kreditrisikos (Adressenausfallrisikos) werden zweiseitige Aufrechnungsvereinbarungen abgeschlossen. Dadurch können die positiven und negativen Marktwerte der unter einer Aufrechnungsvereinbarung einbezogenen derivativen Kontrakte miteinander verrechnet (Netting) sowie die regulatorischen zukünftigen Risikozuschläge dieser Produkte verringert werden. Im Rahmen des Netting-Prozesses reduziert sich das Kreditrisiko auf eine einzige Nettoforderung gegenüber dem Vertragspartner.

Sowohl für die regulatorischen Meldungen als auch für die interne Messung und Überwachung der Kreditengagements werden derartige risikoreduzierende Techniken nur dann eingesetzt, wenn sie bei Insolvenz des Geschäftspartners in der jeweiligen Rechtsordnung auch durchsetzbar sind. Zur Prüfung der Durchsetzbarkeit werden dafür erstellte Rechtsgutachten genutzt.

Darüber hinaus geht die Bank mit ihren Geschäftspartnern auch Sicherheitenvereinbarungen ein, um die sich nach einem Netting ergebende Nettoforderung/-verbindlichkeit abzusichern (Erhalt oder Stellung von Sicherheiten). Dieses Sicherheitenmanagement führt zur Kreditrisikominderung durch zeitnahe (meist tägliche) Bewertung und Anpassung des unbesicherten Kreditrisikos je Kontrahent.

Das Nominalvolumen der nicht bilanzwirksamen Geschäfte beträgt Ende 2010 444.889 Mio. €. Das Adressenausfallrisiko beläuft sich zu diesem Zeitpunkt nach der Marktbewertungsmethode (ungenettet) auf 20.775 Mio. € (entspricht 4,7% des Nominalvolumens). Der beizulegende Zeitwert der Derivate wurde auf der Basis allgemein anerkannter finanzmathematischer Modelle berechnet. Im Wesentlichen sind dies das Discounted Cashflow-, das Black Scholes- und das Hull-White-Modell.

Finanzderivate	Nominalbetrag					Marktwert			
	Restlaufzeit			Summe		positiv		negativ	
	<= 1 Jahr	1 - 5 Jahre	> 5 Jahre	2010	2009	2010	2009	2010	2009
in Mio. €									
Zinsbezogene Geschäfte	51.010	203.584	161.525	416.119	333.674	19.534	12.251	19.205	14.032
OTC-Produkte									
FRA's	-	-	-	-	1.000	-	-	-	-
Zins-Swaps (gleiche Währung)	47.802	198.532	161.466	407.800	321.612	19.490	12.185	19.140	13.901
Zinsoptionen - Käufe	1.605	2.514	-	4.119	5.182	35	53	9	13
Zinsoptionen - Verkäufe	1.603	2.538	59	4.200	5.869	9	13	56	116
Sonstige Zinskontrakte	-	-	-	-	10	-	-	-	2
Währungsbezogene Geschäfte	10.427	16.065	2.278	28.770	29.120	1.241	572	1.160	521
OTC-Produkte									
Devisentermin-Geschäfte	6.971	286	-	7.257	16.895	111	45	143	327
Cross-Currency-Swaps	3.456	15.779	2.278	21.513	12.226	1.130	527	1.017	194
Summe	61.437	219.649	163.803	444.889	362.794	20.775	12.823	20.365	14.553

Für die Finanzderivate werden folgende Wertkomponenten in der Bilanz gezeigt:

		Anteilige Zinsen		
		Zins- bezogene Geschäfte	Währungs- bezogene Geschäfte	Summe
in Mio. €		551	9	560
Forderungen an Kreditinstitute	(Aktivpos. 2)	2.612	29	2.641
Forderungen an Kunden	(Aktivpos. 3)	33	1	34
Sonstige Vermögensgegenstände	(Aktivpos. 11)	1.589	10	1.599
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(Passivpos. 1)	2.560	20	2.580
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	(Passivpos. 2)	-	-	-
Sonstige Verbindlichkeiten	(Passivpos. 5)	1.123	11	1.134
		Währungseffekt		
		Zins- bezogene Geschäfte	Währungs- bezogene Geschäfte	Summe
in Mio. €		-	124	124
sonstige Vermögensgegenstände	(Aktivpos. 11)	-	124	124

		Options-/Upfrontprämien		
in Mio. €		Zins- bezogene Geschäfte	Währungs- bezogene Geschäfte	Summe
		-172	-7	-179
Rechnungsabgrenzungsposten (aktiv)	(Aktivpos. 12)	55	6	61
Rechnungsabgrenzungsposten (passiv)	(Passivpos. 6)	227	13	240

		Drohverlustrückstellung		
in Mio. €		Zins- bezogene Geschäfte	Währungs- bezogene Geschäfte	Summe
sonstige Rückstellungen	(Passivpos. 7)	-30	-1	-31

Kreditderivate

Zum Jahresende 2010 tritt die Bank wie auch im Vorjahr als Sicherungsnehmer in Form von Kreditderivaten nicht auf.

Die Bank ist als Sicherungsgeber mit Credit Default Swaps mit einer Vertragslaufzeit von mehr als 5 Jahren in Höhe von 242 Mio. € (Vj. 225 Mio. €) im US Kreditderivatemarkt engagiert. Diese hatten einen Marktwert in Höhe von 242 Mio. €.

Bewertungseinheiten

Bei der Deutschen Pfandbriefbank AG werden derzeit nur Zinsrisiken im Rahmen von Mikro Bewertungseinheiten abgesichert. Die Buchwerte, der in Bewertungseinheiten einbezogenen Grundgeschäfte (bei Derivaten der Fair Value) sind in der folgenden Tabelle ersichtlich:

Buchwert in Tsd. €	2010
Aktiva	
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	10.598.727
Forderungen an Kunden	11.691.045
Forderungen an Kreditinstitute	248.008
Passiva	
Verbriefte Verbindlichkeiten	-21.858.211
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	-25.459.883
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-227.172
Derivate Positive Marktwerte (clean)	2.273.484
Derivate Negative Marktwerte (clean)	-2.576.825

Die Höhe der in Bewertungseinheiten abgesicherten Risiken (entspricht dem risikoinduzierten Fair Value Anteil) ergibt sich aus folgender Übersicht:

	wirksamer Teil	negativer unwirksamer Teil
in Tsd. €	2010	2010
Aktiva		
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.094.569	-858
Forderungen an Kunden	648.726	-1.671
Forderungen an Kreditinstitute	16.966	-
Passiva		
Verbriefte Verbindlichkeiten	-633.924	-4.524
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	-479.136	-4.211
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-42.333	-333
Derivate Positive Marktwerte	1.327.149	-5.325
Derivate Negative Marktwerte	-1.932.017	-14.192
Summe	0	-31.113

Der negative unwirksame Teil stellt die aus Bewertungseinheiten mit negativer Ineffektivität resultierenden Effekte dar, für die eine Drohverlustrückstellung aus schwebenden Geschäften von 31 Mio. € eingebucht wurde.

Aufgrund der Vorgehensweise der Deutschen Pfandbriefbank AG Grund- und Sicherungsgeschäfte zu analogen oder sehr ähnlichen Konditionen abzuschließen, ist zu erwarten, dass die Risiken der zu Bewertungseinheiten zusammengefassten Geschäfte vergleichbar sind und sich weitestgehend gegenläufig entwickeln, sich also ausgleichen. Grundsätzlich werden die Sicherungsbeziehungen bis zur Fälligkeit der Sicherungsgeschäfte abgeschlossen, frühere Auflösungen, oder zeitlich begrenzte Absicherungen sind in Einzelfällen möglich.

Zur Beurteilung der Wirksamkeit der Sicherungsbeziehungen werden überwiegend Sensitivitätsanalysen herangezogen. Zur rechnerischen Ermittlung des Betrages der bisherigen Unwirksamkeit werden die risikoinduzierten Werte von Grund- und Sicherungsgeschäft gegenübergestellt.

Organe

Aufsichtsrat

Name, Wohnsitz	
Dr. Bernd Thiemann, Kronberg	Selbständiger Unternehmensberater (Vorsitzender des Aufsichtsrats)
Dagmar Kollmann, Bad Homburg	Vorsitzender des Gesellschafterausschusses der Kollmann GmbH (stellvertretende Vorsitzende des Aufsichtsrats)
Ursula Bestler, München	Bankangestellte
Dr. Günther Bräunig, Frankfurt	Mitglied des Vorstands der KfW
Georg Kordick, Poing	Bankangestellter
Dr. Hedda von Wedel, Andernach	Präsidentin des Bundesrechnungshofs a.D.

Vorstand

Name, Wohnsitz	
Dr. Axel Wieandt, Königstein	(Vorsitzender des Vorstands) (bis 25.03.2010)
Manuela Better, München	(Vorsitzende des Vorstands ab 25.03.2010)
Dr. Kai Wilhelm Franzmeyer, Bad Homburg	(bis 06.12.2010)
Wolfgang Groth, Tawern	(ab 01.01.2011)
Frank Krings, Hofheim	(bis 06.12.2010)
Dr. Bernhard Scholz, Regensburg	(seit 1.01.2010)
Alexander Freiherr von Uslar-Gleichen, Grünwald	

Mitarbeiter

Jahresdurchschnitt	männlich	weiblich	Gesamt
Vollzeitbeschäftigte	458	261	719
Teilzeitbeschäftigte	12	84	96
	470	345	815
Auszubildende	2	1	3
	472	346	818

Kredite an Organmitglieder

Zum Bilanzstichtag bestanden keine Forderungen gegenüber amtierenden Organmitgliedern aus Krediten oder Vorschüssen.

Eigene Aktien oder Anteile

Im Berichtsjahr hat die Bank keine Stückaktien von der HRE Holding AG erworben. Zum Bilanzstichtag sind keine eigenen Aktien im Bestand.

Konzernabschluss

Die HRE Holding AG, München, erstellt einen Konzernabschluss nach den International Financial Reporting Standards (IFRS), in den die Deutsche Pfandbriefbank AG einbezogen ist. Der Konzernabschluss wird im elektronischen Bundesanzeiger bekannt gemacht. Daneben besteht die Möglichkeit, den Konzernabschluss im Internet einzusehen.

Entsprechenserklärung zum Public Corporate Governance Kodex

Vorstand und Aufsichtsrat der Gesellschaft haben für diese als ein mittelbar vollständig im Eigentum der Bundesrepublik Deutschland stehendes Unternehmen die Anwendung des Public Corporate Governance Kodex mit der Maßgabe "Comply or Explain" beschlossen. Die Gesellschaft hat eine Entsprechenserklärung zum Public Corporate Governance Kodex auf ihren Internetseiten (www.hyporealestate.com) veröffentlicht.

München, den 23. März 2011

Deutsche Pfandbriefbank AG, München

Der Vorstand

Manuela Better

Alexander von Uslar

Wolfgang Groth

Dr. Bernhard Scholz

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Deutschen Pfandbriefbank AG, München, vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Bank so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Bank beschrieben sind.

München, den 23. März 2011

Deutsche Pfandbriefbank AG

Der Vorstand

Manuela Better

Alexander von Uslar

Wolfgang Groth

Dr. Bernhard Scholz

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss --bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang-- unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Deutschen Pfandbriefbank AG, München, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Ohne diese Beurteilung einzuschränken, weisen wir auf die Ausführungen der Gesellschaft im Lagebericht im Abschnitt „Bestandsgefährdende Risiken“ sowie im Anhang im Abschnitt „Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze“ hin. Dort ist dargelegt, dass der Fortbestand der Deutsche Pfandbriefbank AG und ihrer Tochtergesellschaften davon abhängt, dass die Europäische Kommission die vom Finanzmarktstabilisierungsfonds durchgeführten Unterstützungsmaßnahmen genehmigt. Weiterhin ist erforderlich, dass die Genehmigung der Europäischen Kommission nur mit solchen Auflagen verbunden wird, die im Rahmen einer betriebswirtschaftlich tragfähigen Unternehmensplanung umsetzbar sind und insbesondere die aufsichtsrechtliche Wirksamkeit der durch die Unterstützungsmaßnahmen herbeigeführten Eigenmittelhilfen nicht gefährden.

München, den 24. März 2011

KPMG AG

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Wiechens
Wirtschaftsprüfer

Muschick
Wirtschaftsprüfer